DJV NRW
03_2026

JOURNAL



Foto: Frank Sonnenberg

EINE FRAGE DER BALANCE

VON PRESSEFREIHEIT, SELBSTKONTROLLE UND REGULIERUNG

JOURNALISTENTAG
AM 21. NOVEMBER IN DORTMUND

PRESSEAUSWEIS
AB SOFORT BEANTRAGEN

Im Bild: Ulrike Kaiser, Vorsitzende im Programmausschuss der LFM-Medienkommission

Helaba



MITEINANDER MEHR

ERFOLGSGESCHICHTEN SCHREIBEN.

Große Ideen beginnen damit, dass man sich auf Augenhöhe zusammensetzt. Es ist das Miteinander, das den Unterschied macht und uns ermöglicht, Ziele zu erreichen, Erfolge zu teilen und gemeinsam zu wachsen. Mit unseren Kundinnen und Kunden entwickeln wir vorausschauende Strategien und Lösungen für ihre Projekte. So entstehen langjährige und vertrauensvolle Partnerschaften, in denen Ideen zu Erfolgsgeschichten werden.

MITEINANDER MEHR MÖGLICH MACHEN!

Editorial von Andrea Hansen

MUT KOPIERT MAN NICHT



Foto: Uwe Voelkner/ Fotoagentur FOX

Mir ist etwas aufgefallen beim Podcasthören. Immer häufiger fangen Host-Formate mit einer Variante folgender Begrüßung an: Ein munteres „Hey", dann ein paar einordnende Informationen und am Ende: „Und jetzt … geht's los!" Das ist eigentlich der Signature-Einstieg von Khesrau Behroz. Und weil er bei ihm funktioniert, wird er munter kopiert. Wahrscheinlich so lange, bis Behroz sich genötigt sieht, einen neuen zu finden, während alle anderen mich weiter an-heyen.

Das ist ein Problem in weiten Teilen unserer Branche: Erfolgskonzepte werden kopiert, statt eigene zu entwickeln. Der Trend-Podcast wird nachgebaut, das virale Kurzvideo-Format übernommen, Themen abgeschrieben, die Newsletter-Tonalität vom großen Player kopiert. In Zeiten knapper Budgets scheint es sicherer, auf etwas zu setzen, das woanders bereits funktioniert hat, als selbst ins innovative Risiko zu gehen.

Doch genau hier liegt der Denkfehler: Was in einem Medium funktioniert, passt nicht automatisch für andere. Wer nur kopiert, wird nie schaffen, was echte Medienvielfalt ausmacht: Unterscheidbarkeit, Kernkompetenz und Wiedererkennbarkeit.

Wird uns das Nachahmen retten? Ich bezweifle es. Wenn am Ende überall dieselben Podcast-Intros, Reels-Formate und Porträt-Serien laufen, haben wir keine Vielfalt, sondern nur mehr vom Gleichen – schön verpackt, aber austauschbar. Echte Verbindung entsteht durch Originalität – nur so wird man zur Marke, die sich eventuell auch wieder mehr Nutzende etwas kosten lasen.

Denn hinter der Kreativitätskrise liegt ja das viel größere Problem: der Crash des Geschäftsmodells. Was die Branche jetzt dringender als alles andere braucht, ist mehr Mut zum Besonderen: dem eigenen Ton, einer neuen Fehlerkultur, zur exklusiven Geschichte anstelle des einen Themas, das alle gerade beackern.

In dieser inhaltlichen liegt auch eine Führungsfrage. Mut kann und darf man nicht nur von Redakteurinnen und Reportern erwarten, die im Alltag wenig Zeit zum Nachdenken und Ausdiskutieren haben – neben unzähligen Konferenzen, übervollen To-do-Listen und Honoraren im Sinkflug.

Mut braucht Vorbild und Rückendeckung von oben: Chefredaktionen, Verlags- und Senderleitungen, die Budgets zum Ausprobieren freigeben. Die Verantwortung fürs Risiko übernehmen. Die aushalten, dass Innovation selten im ersten Versuch gelingt. Die nicht nach der ersten Enttäuschung wieder auf Nummer sicher setzen, auch wenn die Tabellenkalkulation das gerne hätte.

Genau darüber wollen wir beim JoTag am 21. November in Dortmund sprechen: nicht übers blanke Überleben, sondern übers Gestalten. Lasst uns Geschichten vom Gelingen erzählen. Man darf sich ja schon von den Ideen anderer inspirieren lassen ;-) Nur sollte man am Ende eben eigene entwickeln, findet eure

Andrea

IMPRESSUM:

Nr. 3/26, 59. Jahrgang, Oktober 2026. Offizielles Organ des Deutschen Journalisten-Verbands, Gewerkschaft der Journalistinnen und Journalisten, Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.
40010 Düsseldorf, Postfach 10 19 62
Telefon: 0211/2 33 99-0; Telefax: 0211/2 33 99-11
zentrale@djv-nrw.de

Herausgeber:
Deutscher Journalisten-Verband,
Landesverband NRW e.V.
Verantwortlich: Andrea Hansen (V.i.S.d.P.)
Redaktion und Koordination:
Corinna Blümel, Carmen Molitor
Anschrift der Redaktion:
40010 Düsseldorf, Postfach 101962
Telefon: 0211/2 33 99-36; Telefax: 0211/2 33 99-11
redaktion@djv-nrw.de

Verantwortlich für Sonderveröffentlichungen:
RDN Verlags GmbH (V.i.S.d.P., Adresse rechts)
Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als eine Stellungnahme des Landesvorstands des DJV-Landesverbands NRW gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des Verfassers dar. Keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte.

Erscheinungsweise:
Quartalsweise, das Erscheinen der jeweils ersten Ausgabe des Jahres verschiebt sich in Abhängigkeit vom Termin der Gewerkschaftstags. Bei Verzögerungen oder Nichterhalt wenden Sie sich sofort an den DJV-Landesverband NRW. Adressänderungen bitte direkt an die Geschäftsstelle des DJV-Landesverbands NRW.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Verlag:
RDN Verlags GmbH
Anton-Bauer-Weg 6 | 45657 Recklinghausen
Telefon: 0 23 61/49 04 91-10; Telefax: 0 23 61/49 04 91-29

Anzeigen:
Schürmann + Klagges GmbH & Co. KG
Anzeigenberatung: Tobias Röhrig
Telefon: 0234/9214-114
tobias.roehrig@skala.de

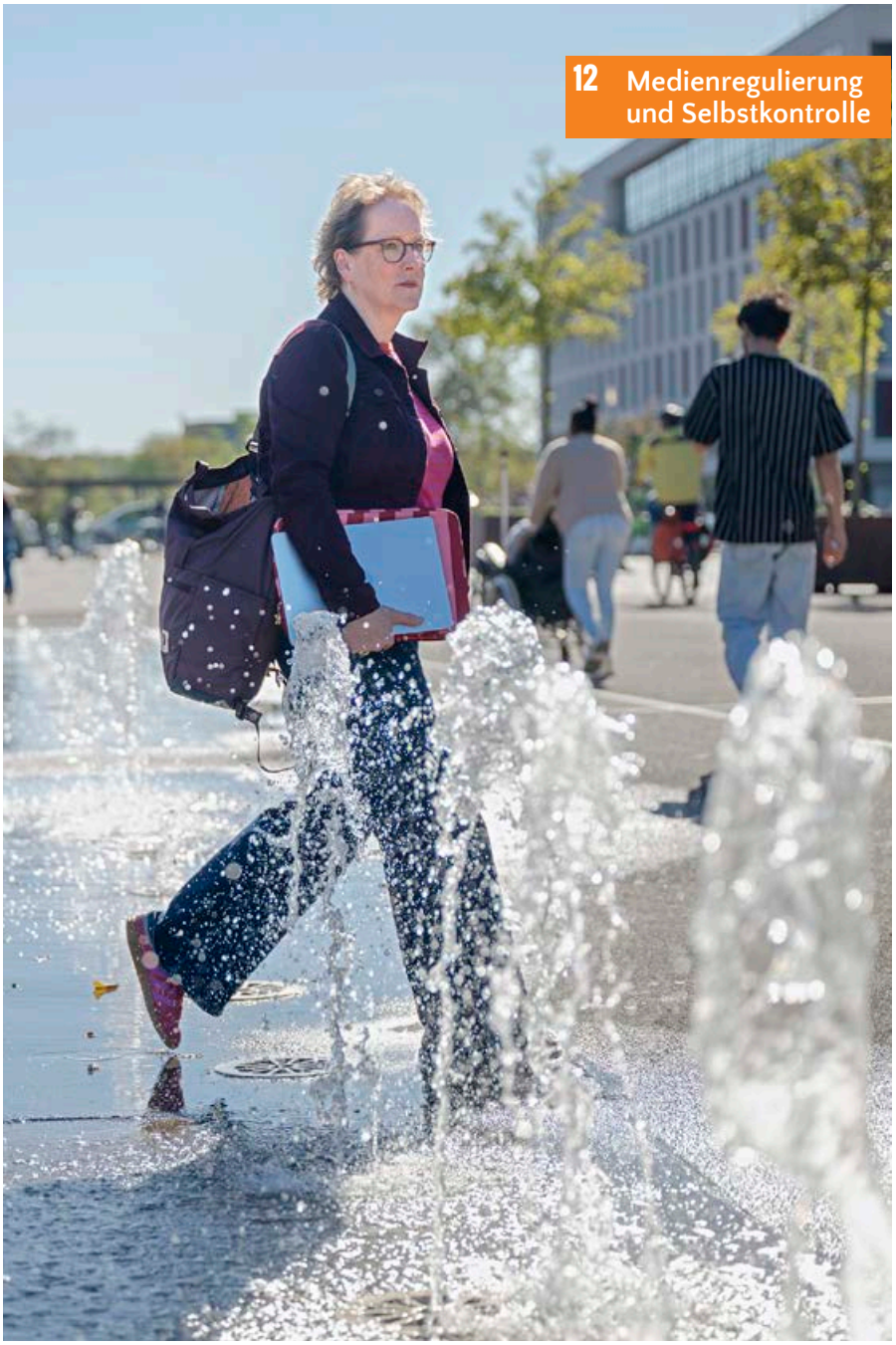
Mediadaten zum Download unter
journal-nrw.de/mediadaten

Druck:
Silber Druck oHG
Otto-Hahn-Straße 25 | 34253 Lohfelden

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Düsseldorf

journal-nrw.de

Nachhaltig gedruckt mit Ökofarben auf FSC-zertifiziertemPapier.



12 Medienregulierung und Selbstkontrolle

Foto: Frank Sonnenberg



26 Kein Recht auf eine eigene Wahrheit

Foto: Stefan Kaminski

EDITORIAL

03 Mut kopiert man nicht

KOMMENTAR

17 Die AfD und der ÖRR: Was wäre wenn?

IM GESPRÄCH

18 Ulrike Kaiser

TITELTHEMA

12 **Medienregulierung und Selbstkontrolle**

22 Wie funktioniert staatsferne Aufsicht?

26 Kein Recht auf eine eigene Wahrheit

30 Wenn die Suchmaschine selbst antwortet

MEDIENSZENE NRW

34 Programmreform im Deutschlandfunk

36 Nächster Stellenabbau bei RTL

37 WDR: So viel Umbau war noch nie

38 RRG: Ein unwürdiges Ende

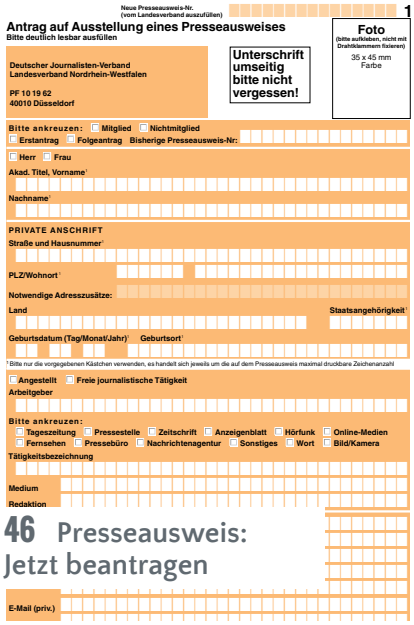
40 Medien-Ticker



Mit mehreren Streiks 2017 und 2018 hatte die RRG-Belegschaft einen Haustarifvertrag erstritten.

Foto: Corinna Blümel

34 Ein unwürdiges Ende für die Rheinische Redaktionsgemeinschaft



Neue Presseausweis-Nr. (vom Landesverband auszufüllen) 1

Antrag auf Ausstellung eines Presseausweises
Bitte deutlich lesbar ausfüllen

Foto (bitte aufkleben, nicht mit Drahtklammern fixieren) 35 x 45 mm Farbe

Unterschrift umseitig bitte nicht vergessen!

Deutscher Journalisten-Verband
Landesverband Nordrhein-Westfalen
PF 10 19 62
40010 Düsseldorf

Bitte ankreuzen: ☐ Mitglied ☐ Nichtmitglied
☐ Erstantrag ☐ Folgeantrag Bisherige Presseausweis-Nr:

☐ Herr ☐ Frau
Akad. Titel, Vorname*
Nachname*

PRIVATE ANSCHRIFT
Straße und Hausnummer*
PLZ/Wohnort*
Notwendige Adresszusätze:
Land Staatsangehörigkeit*
Geburtsdatum (Tag/Monat/Jahr)* Geburtsort*

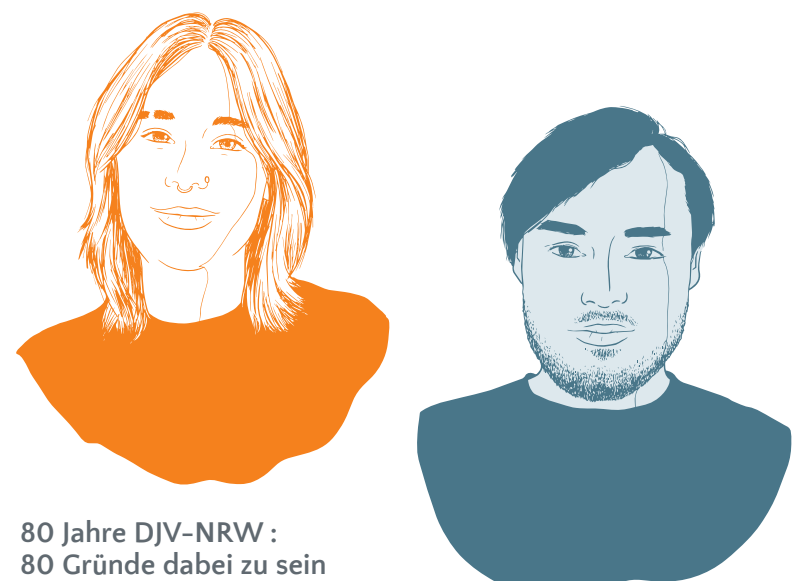
* Bitte nur die vorgegebenen Kästchen verwenden, es handelt sich jeweils um die auf dem Presseausweis maximal druckbare Zeichenanzahl

☐ Angestellt ☐ Freie journalistische Tätigkeit
Arbeitgeber

Bitte ankreuzen:
☐ Tageszeitung ☐ Pressestelle ☐ Zeitschrift ☐ Anzeigenblatt ☐ Hörfunk ☐ Online-Medien
☐ Fernsehen ☐ Pressebüro ☐ Nachrichtenagentur ☐ Sonstiges ☐ Wort ☐ Bild/Kamera
Tätigkeitsbezeichnung
Medium
Redaktion

E-Mail (priv.)

46 Presseausweis: Jetzt beantragen



32 80 Jahre DJV-NRW : 80 Gründe dabei zu sein

Illustration: Vera Molthagen

TARIFE

41 WDR, außerdem Deutsche Welle, Deutschlandfunk, Lokalfunk, ZDF

MEDIENPOLITIK

42 Gespräche mit Medienpolitikern

44 Systemreform Lokalfunk

MEIN DJV

32 Grafik
80 Jahre – 80 Gründe

59 Personen

60 Vor Ort

49 PRESSESTELLEN

VOLO-CAMPUS

06 Das Volo: Lieber breit oder fokussiert?

UND SONST ...

08 Das Bild

10 Navigator

66 Letzte Seite: Mein Blick auf die Medienwelt

+++ EINHEFTER JOURNALISTENTAG +++ HINTER SEITE 48 +++

LIEBER BREIT ODER FOKUSSIERT?

Die Süddeutsche Zeitung (SZ) verändert ihre Volo-Ausbildung. Statt der klassischen Variante hat sie ausschließlich Schwerpunkt-Volontariate mit Fokussierung auf ein Themenfeld ausgeschrieben. Das JOURNAL hat bei jungen Kolleginnen und Kollegen nachgefragt, wie sie die Idee finden.

Von Marie Illner



Foto: Kai Kitschenberg/Funke Foto Services

Vitus Weber
volontiert bei der WAZ.

Wahlstationen sollten bleiben

Ich finde reine Schwerpunkt-Volos sinnvoll. Ich habe in meinem Volontariat erlebt, dass die einzelnen Stationen der Ausbildung oft zeitlich viel zu kurz sind und die Einblicke damit nicht tief genug. So wäre ich etwa in der Berliner Politikredaktion gerne länger als vier Wochen geblieben. Ich sehe einen Schwerpunkt als Türöffner auf dem Arbeitsmarkt. Schließlich funktionieren ausgeschriebene Stellen auch nicht nach den Logiken eines Volontariats: Ich habe noch keine Stelle gesehen, bei der „von allem ein bisschen" gefragt ist. Nach dem Volontariat muss man sich also ohnehin festlegen.
Andererseits muss ich auch zugeben: Hätte ich mich selbst von Anfang an auf einen Schwerpunkt festgelegt, wäre das wohl ein ganz anderer Schwerpunkt gewesen als der, den ich jetzt für mich entdeckt habe. Erst in meiner breiten Ausbildung habe ich gemerkt, dass mir Social Media ziemlich liegt. Vorher habe ich gedacht, das wäre gar nichts für mich. Daher wäre mein Rat an Redaktionen, die nur noch Schwerpunkt-Volos anbieten: Behaltet es bei, dass es Wahlstationen gibt – so wird das ein guter Mix zwischen „fachlicher Tiefe" und „eigene Stärken erkennen".

Redaktionen brauchen Expertise

Ich verstehe, warum die SZ künftig stärker auf Schwerpunkt-Volontariate setzt. Ich habe selbst einen Master in angewandter Nachhaltigkeit gemacht und merke, dass Fachwissen im Journalismus immer wichtiger wird. Gerade in Zeiten von Fake News, Desinformation und KI muss viel Faktenwissen vorhanden sein, um Informationen richtig einordnen und überprüfen zu können. Auch aus meiner Masterarbeit zum Klimajournalismus in der Regionalberichterstattung weiß ich, dass es in Redaktionen teilweise an genau solcher Fachexpertise fehlt. Deshalb halte ich es grundsätzlich für sinnvoll, Schwerpunkte in Redaktionen zu schaffen.
Gleichzeitig glaube ich, dass das allein nicht reicht. Es braucht mehr Netzwerke mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und vor allem mehr Weiterbildung für die Journalistinnen und Journalisten, die bereits in den Redaktionen arbeiten. Man sollte nicht nur einen Jahrgang mit spezialisierten Volontärinnen und Volontären ausbilden, die danach vielleicht wieder weg sind.



Foto: Kalouna Toulakoun

Veerle Seelig
ist freie Hörfunkjournalistin und Mitglied im Fachausschuss Junge Journalist:innen.

Einerseits, andererseits

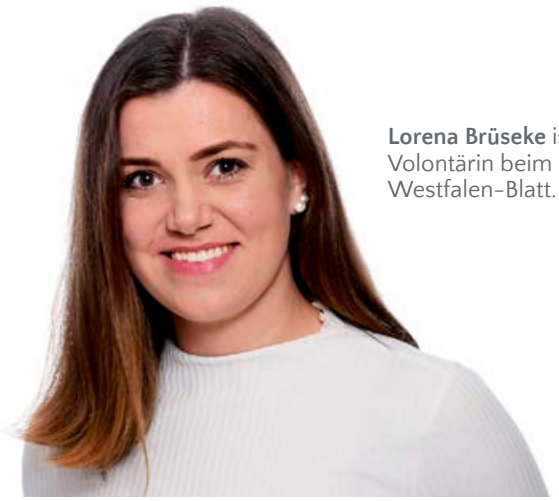


Foto: privat

Lorena Brüseke ist Volontärin beim Westfalen-Blatt.

Ich habe gemischte Gefühle zu den Schwerpunkt-Volontariaten. Ich selbst mache ein Volontariat im Lokaljournalismus. Die Festlegung auf den lokalen Bereich kann man aus meiner Sicht auch schon als einen Schwerpunkt bezeichnen. Mein Volontariat ist aber breit aufgestellt, und ich würde es nicht missen wollen, in so viele verschiedene Bereiche Einblicke zu bekommen.

Im Lokaljournalismus gilt das meiner Erfahrung nach eher als in anderen Redaktionen: Man muss von allem ein bisschen können. Außerdem spricht für mich gegen eine frühe Spezialisierung: Das Volontariat ist doch genau dafür da, herauszufinden, was man eigentlich will. Ich hätte mich vorher nicht festlegen wollen und kannte meine Stärken und Schwächen gar nicht so umfassend.

Klar – wer schon vorher weiß, wohin der Weg gehen soll, für den bietet ein Schwerpunkt-Volo sicherlich die Chance, ein gutes Netzwerk aufzubauen, Kontakte schon früh zu pflegen und Wissen auszubauen. Wenn jemand sich für einen Schwerpunkt entscheidet, dann wäre meine Überlegung: Nehmt etwas, das auf dem Arbeitsmarkt auch in anderen Bereichen gefragt ist. Eine tiefere Ausbildung etwa im Bereich Social Media, Videoschnitt oder KI bietet im Zweifel sicher mehr Möglichkeiten der Umschulung.

Zu früh für eine Spezialisierung



Foto: Fotostudio Balsereit

Michael Hartke hat bei Radio RSG volontiert. Er leitet den Fachausschuss Junge Journalist:innen.

Ich sehe es kritisch, wenn das klassische Volo abgeschafft wird und man sich von Anfang an spezialisiert. Ich finde, da geht einiges an breiter Aufstellung verloren. Im klassischen Volo lernt man ganz unterschiedliche Themenbereiche kennen – von Politik und Wirtschaft über Wissenschaft bis Sport. Außerdem knüpft man so auch wichtige Kontakte. Gerade die Reporter-Einsätze haben mir in meinem Volo sehr viel Spaß gemacht. Ich fürchte, dass das bei einem spezialisierten Volo eingeschränkter wäre.

An manchen Stellen hätte ich mir selbst wiederum mehr fachliche Tiefe gewünscht, etwa bei der Kommunalpolitik. Das allein hätte mich aber nicht erfüllt. Wenn ich mich sehr früh auf ein Gebiet festgelegt hätte, hätte ich möglicherweise weniger Bezüge zu anderen Bereichen gefunden und wäre in meiner Sichtweise eingeschränkter gewesen. Kurzum: Der Weg vom Speziellen ins Allgemeine ist aus meiner Sicht schwieriger als umgekehrt.

Besser: sich erst einmal ausprobieren und sich nicht zu früh festlegen. Praktika und Hospitanzen können dabei immer helfen. Und der SZ würde ich raten: Auch bei einer Spezialisierung sollte ein Grundwissen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft definitiv erhalten bleiben.

NEUANFANG MIT „ROSENKAVALIER“

Mit einer Neuinszenierung des „Rosenkavaliers“ von Richard Strauss feierte die Oper Köln am 27. September ihr Comeback: Nach geschlagenen 14 Jahren Sanierung und Kosten von gut 1,5 Milliarden Euro arbeiten Schauspiel und Oper nun wieder an alter Stätte am Offenbachplatz. Fotograf **Matthias Jung** hat die Endproben durch den Sucher beobachtet und versucht, dabei sowohl der Intention des Regieteams als auch der Stimmung des Stücks in Bildern gerecht zu werden. Zu seinen Spezialgebieten zählt die Bühnenfotografie, hauptsächlich für Opern- und Schauspielhäuser in NRW.





Kritik an Reform der Nachrichtendienste

DJV fordert Nachbesserungen am Gesetzentwurf

Der Bundesnachrichtendienst (BND) und das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) sollen nach dem Willen der Bundesregierung mehr Befugnisse bekommen als bisher. Der Gesetzentwurf dazu war im September in erster Lesung im Bundestag. Zu den geplanten Optionen gehören unter anderem erweiterte Zugriffsmöglichkeiten auf Messengerdienste, Funkzellenabfragen und längere Speicherfristen bei der strategischen Aufklärung. Zudem sollen die Nachrichtendienste stärker mit künstlicher Intelligenz und biometrischen Verfahren arbeiten können. Angesichts dieser zusätzlichen technischen Möglichkeiten müsse der Schutz journalistischer Kommunikation eindeutig und lückenlos geregelt sein, fordert der DJV. „Journalistinnen und Journalisten müssen Informantenschutz bieten können, ohne befürchten zu müssen, dass Nachrichtendienste ihre Kommunikation oder Recherchen ausspähen“, erklärte der DJV-Bundesvorsitzende Mika Beuster.
Der Entwurf enthält zwar Regelungen für Berufsgeheimnisträger wie Journalistinnen und Journalisten. Diese bleiben aber hinter dem notwendigen Schutzniveau zurück. Besonders problematisch aus Sicht des DJV: Der Schutz greift nicht zuverlässig, wenn bei einer Überwachungsmaßnahme gegen dritte Personen der Kontakt zu einer Journalistin oder einem Journalisten sichtbar wird. „Je mächtiger Nachrichtendienste werden, umso stärker müssen Journalistinnen und Journalisten sowie deren Quellen geschützt werden“, fordert Beuster.
Die im BND-Gesetzentwurf vorgesehene Differenzierung nach Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsort lehnt der DJV ab. Für ausländische und im Ausland tätige Journalistinnen und Journalisten müsse ein gleichwertiger Schutz gelten.
Der DJV hatte bereits im Juli 2026 gemeinsam mit BDZV, MVFP, dju in ver.di, Vaunet, Deutschem Presserat und Deutschlandradio umfassende Nachbesserungen am Reformvorhaben gefordert und eine entsprechende Stellungnahme an das Bundesinnenministerium übermittelt.

Stipendien der VG Bild-Kunst

Bewerbungen ab sofort möglich

Die VG Bild-Kunst hat für die Berufsgruppe II (Fotografie, Illustration, Design) zwei Programme zur Kulturförderung aufgelegt: Eines wird für Projekte vergeben, das zweite für Publikationen. Anträge für die beiden Förderprogramme können zweimal jährlich – ausschließlich online – eingereicht werden. Die Bewerbungsfrist endet zum 15. Mai beziehungsweise zum 15. November. Das Online-Portal für die nächste Bewerbungsphase ist seit Mitte September freigeschaltet.
Über die Anträge entscheidet der Vergabebeirat der Berufsgruppe II. Ein rechtlicher Anspruch auf Förderung besteht nicht. Zu den weiteren Verfahrensbestimmungen sind die jeweiligen Förderrichtlinien zu konsultieren.
Weitere Informationen zur Projekt- und Publikationsförderung bei der VG Bild-Kunst:
https://t1p.de/nw34m

Besser mit Stress im Redaktionsalltag umgehen

Die Helpline bietet jetzt auch Workshops an



Die Helpline unterstützt mental belastete Journalistinnen und Journalisten nicht nur am Telefon (030 – 7543 7633) und via Signal-Chat (journalisten_helpline.26), sondern auch mit interaktiven Workshops vor Ort in den Redaktionen. Sie unterstützen bei der Suche nach den Ursachen von Belastungen und helfen bei der Entwicklung von Ideen zum richtigen Umgang mit diesen Belastungen. Auch für individuelle Anliegen und Bedürfnisse der Teilnehmenden ist Raum.
Das Angebot umfasst einen zweistündigen Einführungs-Workshop zu Themen wie Selbstfürsorge, kollegiale Unterstützung und Prävention sowie vierstündige und bei Bedarf ganztägige Intensivkurse für Redaktionen, kleinere Teams und Ausbildungsinstitutionen. Die inhaltliche Ausgestaltung der Workshops richtet sich nach dem konkreten Bedarf. Beispielhafte Workshop-Themen und weitere Informationen unter **netzwerkrecherche.org/helpline/workshops/**.



Tobias Fenneker (M.) gewann den Audiopreis 2026 in der vom DJV-NRW gestifteten Kategorie „Information“ zusammen mit Mareike Gröneweg (nicht im Bild).

Foto: Landesanstalt für Medien NRW

NRW-Lokalfunk: Einsatz und Ideenreichtum

DJV-NRW zeichnet beim LFM-Audiopreis 2026 aufwendige Recherche aus

Allen Widerständen zum Trotz leisten die Lokalradios in NRW Hervorragendes: Die Kolleginnen und Kollegen greifen wichtige Themen vor ihrer Haustür auf, investieren viel Zeit für Recherche und liefern qualitativ hochwertigen Journalismus ab. Das zeigte sich beim Audiopreis 2026.

„Die Beschäftigten im NRW-Lokalfunk sind seit Jahren mit Sparzwängen konfrontiert, Stellen werden gestrichen, eine Tariferhöhung lässt seit Langem auf sich warten – umso beeindruckender, dass sie weiter mit viel Engagement und Leidenschaft Radio machen und sich ins Zeug legen, um ihren Hörern und Hörerinnen wichtige Themen nahezubringen“, lobte Andrea Hansen, Landesvorsitzende des DJV-NRW und Mitglied der Jury.

Der DJV-NRW hatte erneut den Preis in der Kategorie „Information“ gestiftet. Dieser ging in diesem Jahr an Tobias Fenneker von Radio Hochstift und Mareike Gröneweg von der Tageszeitung Neue Westfälische. Sie wollten wissen, ob die Kokainschwemme auch auf dem Land ankommt, also auch im Hochstift. Eine gemeinsame Themenwoche im Lokalradio und in der Tageszeitung zeigte die Ergebnisse der aufwendigen Recherche. Dazu gehörten nicht nur Gespräche mit Konsumenten, Polizisten, Sozialarbeitern und Ärzten, sondern auch ein Abwassermonitoring und eine Graphic Novel.

„Eine herausragende crossmediale Arbeit“, befand die Jury. „Die Recherche holt ein gesellschaftliches Problem mitten in den Alltag der Menschen – nicht um zu dramatisieren, sondern um aufzuklären und Lösungsansätze aufzuzeigen.“

Bei der Preisverleihung am 25. September in Köln wurden Preise in acht redaktionellen Kategorien vergeben. Mit dem Audiopreis werden herausragende redaktionelle Beiträge und Werbung im privaten Audiobereich in NRW ausgezeichnet. In diesem Jahr wurden zum ersten Mal auch die Campusradio-Preise in diesem Rahmen verliehen./**sax**

Ein ausführlicher Bericht ist im Netz erschienen:
www.journal-nrw.de/nrw-lokalfunk-beweist-einsatz-und-ideenreichtum

FOTOS EINREICHEN!

Für unsere Rubrik „Das Foto“ (siehe vorhergehende Doppelseite) suchen wir nach Bildern, die zeigen, was Fotojournalismus in NRW leisten kann. Überraschende Motive oder Blickwinkel, herausragende Ereignisse oder Events: Schicken Sie uns Ihre Bilder an *redaktion@djv-nrw.de*, Stichwort „Foto“. Sollte Ihr Bild für den Abdruck ausgewählt werden, gibt es natürlich Honorar.

DIE ZAHL

Angesichts der einfachen Erstellung und Verbreitung von irreführenden und falschen Informationen im Netz, gerade von KI-generierten Bildern und Videos, steigt bei Nutzenden die Unsicherheit, ob sie zwischen Fakten und Falschmeldungen unterscheiden können. **49 Prozent** der erwachsenen Userinnen und User äußern diese Bedenken. In den beiden vergangenen Jahren lag der Wert bei 42 Prozent.
Quelle: Reuters Digital News Report

PREISE & STIPENDIEN

Bis zum 31. Oktober 2026 können Bilder für den **Journalistenpreis NRW-Pressefoto** eingereicht werden, mit dem der Landtag das beste Pressefoto aus NRW prämiert. Der Preis, der die Arbeit der Fotografinnen und Fotografen würdigt, ist mit insgesamt 22 000 Euro dotiert. Mit seiner Ausstellung bietet der Wettbewerb zugleich einen Jahresrückblick professioneller Pressebilder in NRW. Bewerben können sich Fotografinnen und Fotografen mit Wohnsitz in NRW, die überwiegend journalistisch tätig sind. Gesucht sind Nachrichtenfotos, die in den zwölf Monaten vor Einsendeschluss entstanden sind und in journalistischen Medien (Print und Online) veröffentlicht wurden. Sie sollen das aktuelle Geschehen widerspiegeln. In diesem Jahr ist ein Sonderpreis „NRW-Momente im Sport“ ausgeschrieben. Außerdem gibt es wieder einen Nachwuchspreis (Altersgrenze 30 Jahre).
Für den DJV-NRW sitzt Geschäftsführer Volkmar Kah in der Jury. Weitere Informationen: **www.landtag.nrw.de**

EINE FRAGE DER BALANCE

Im Spannungsfeld von Pressefreiheit und Medienregulierung

von Corinna Blümel



Ungewöhnliche öffentliche Aufmerksamkeit löste im Juni 2026 ein Hinweisschreiben der Landesanstalt für Medien NRW (LFM) aus. Mit solchen Schreiben weisen Medienanstalten Blogger, Content-Creatorinnen oder Podcaster darauf hin, dass ihr reichweitenstarkes Format als journalistisch-redaktionelles Angebot bestimmten Regeln unterliegt, die sie in einem konkreten Fall nicht eingehalten haben.

Hinweisschreiben sind, wie die LFM selbst schreibt, „das mildeste Mittel, um einem Anbieter Gelegenheit zu geben, einen möglichen Verstoß zu beseitigen oder dazu Stellung zu nehmen". Erst bei wiederholten oder schwerwiegenden Verstößen können förmliche Beanstandungen oder schärfere Maßnahmen folgen. Die Reaktion auf solche Hinweisschreiben ist häufig Erstaunen, meist aber verbunden mit Kooperation. Die Öffentlichkeit bekommt davon eher nichts mit.

In dem eingangs erwähnten Fall folgte dagegen eine Empörungswelle. Denn Empfänger des Schreibens war Ben Berndt, Gastgeber des Podcasts Ungeskriptet. Einer seiner Gäste, AfD-Politiker Björn Höcke, hatte in einem vierstündigen Gespräch unwidersprochen behauptet, die SA hätte kein offizielles Motto gehabt.

Zur Korrektur aufgefordert

Die LFM forderte Berndt auf, diese historische Unwahrheit nachträglich zu korrigieren oder einzuordnen. Dies sei bei einem nicht live ausgestrahlten Format wie einem Podcast mit zumutbarem Aufwand möglich, etwa durch eine Texteinblendung. Berndt lehnte dies entschieden ab, sprach von Zensur und stellte die Zuständigkeit der LFM infrage. Er sei kein Journalist, sondern Gastgeber eines ungeschnittenen Gesprächsformats.

Auf den ersten Blick mag diese Argumentation sogar plausibel erscheinen: Warum kann jemand nicht einfach Menschen einladen, stundenlang mit ihnen plaudern und die Aufzeichnung als Podcast ins Netz stellen? Das kann er oder sie, solange dabei die Regeln eingehalten werden: Denn der Medienstaatsvertrag legt in Paragraf 19 fest, dass auch „geschäftsmäßig angebotene,



Gesetze und selbstauferlegte Regeln setzen den Rahmen für die freie Berichterstattung von Journalistinnen und Journalisten (hier bei einem Statement von NRW-Justizminister Benjamin Limbach im Düsseldorfer Landtag). Vieles davon gilt auch für reichweitenstarke Blogger oder Podcaster.

Foto: picture alliance/dpa | Christoph Reichwein

journalistisch-redaktionell gestaltete Telemedien“ anerkannten journalistischen Grundsätzen genügen müssen. Das gilt unabhängig davon, ob die Macherinnen und Macher ihr Format selbst als journalistisch verstehen.

Für Telemedien zuständig

Hier kommen die 14 Landesmedienanstalten ins Spiel. Sie üben Aufsicht nicht nur über den privaten Rundfunk aus, sondern auch über Telemedien, also digitale Angebote wie Websites, Podcasts, Foren und soziale Medien. Die Kontrolle, ob § 19 MStV eingehalten wird, ist dabei ein Prüfbereich neben weiteren Feldern, die auf anderen gesetzlichen Grundlagen basieren und auch Angebote wie Onlineshops umfassen, die nicht als journalistisch-redaktionell eingestuft werden.

Und wie ging es im Fall des Podcast Ungeskriptet weiter? Die Landesanstalt für Medien NRW hat ihre Prüfung im September 2026 abgeschlossen. In einer Pressemitteilung begründet sie den Verzicht auf weitere medienaufsichtsrechtliche Maßnahmen: „Im Zuge der öffentlichen Debatte wurde die betreffende Aussage umfassend aufgearbeitet und richtiggestellt. In der Berichterstattung wurde wiederholt darauf hingewiesen, dass die SA eine Losung hatte und Björn Höcke wegen der Verwendung dieser Losung mehrfach rechtskräftig verurteilt wurde. Damit ist die im Interview selbst unterbliebene Einordnung der Falschaussage inzwischen öffentlich erfolgt.“

Auch wenn Ben Berndt vermutlich denkt, die Auseinandersetzung gewonnen zu haben, ist die LFM mit diesem Ausgang zufrieden, erklärte LFM-Direktor Dr. Tobias Schmid am 3. Oktober beim b° future festival (siehe Kasten): Die breite Diskussion habe nicht nur geholfen, die Öffentlichkeit vor nachweislich falschen Informationen zu schützen. Sie habe vor allem Aufmerksamkeit dafür geschaffen, dass auch digitale Angebote wie Podcasts nicht im rechtsfreien Raum agieren, sondern einer Aufsicht unterliegen.

Aufsicht ist keine Zensur

Artikel 5 des Grundgesetzes legt die Basis für Presse- und Rundfunkfreiheit und stellt klar: „Eine Zensur findet nicht statt.“ Er definiert aber auch die „Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre“. Das Abwägen zwischen der diesen Grundrechten und den geltenden Gesetzen kennen Journalistinnen und Journalisten aus ihrer täglichen Arbeit. Für Menschen, die ohne journalistische Ausbildung publizistische tätig sind, ist das nicht so selbsterklärend.

Aber egal, wie laut vor allem aus der Ecke der „Alternativmedien“ und ihrer Anhängerschaft Zensur gerufen wird: Bei der Aufsicht geht nicht um die Unterdrückung missliebiger Meinungen

Der DJV-NRW beim b° future festival

Am 2. und 3. Oktober waren DJV und DJV-NRW mit einem gemeinsamen Stand beim „b° future festival für Journalismus und konstruktiven Dialog“ auf dem Münsterplatz in Bonn vertreten. Das Ziel: Die Diskussion über Journalismus und seine Arbeits- und Rahmenbedingunen mitten unter die Menschen tragen.
Das DJV-Programm umfasste mehrere Workshops und Paneldiskussion. Hochkarätig besetzt war die Diskussion „Wem gehört der Journalismus der Zukunft – KI, Urheberrecht und die Macht über Inhalte“, unter anderem mit WDR-Intendantin Dr. Katrin Vernau und NRW-Medienminister Nathanael Liminiski. Weitere Themen waren das Spannungsfeld von kommunaler Pressearbeit und Lokaljournalismus und – unten im Bild – ein Panel zu Selbstkontrolle und Medienregulierung. Dort sprach (v. l.) DJV-NRW-Landesvorsitzende Andrea Hansen mit Corinna Blümel (WDR-Rundfunkrat), Annette Kalscheur (Deutscher Presserat), Christoph Brill (DJV) und Tobias Schmid (Landesanstalt für Medien NRW).



Foto: Carmen Molitor

Was ist wo geregelt?

EU-Ebene: Die EU setzt den übergeordneten Rahmen für Medien und digitale Dienste, den die Mitgliedsstaaten in nationales Recht umsetzen müssen. Geregelt werden hier Medienfreiheit und -vielfalt (EMFA), Urheberrecht, Fernsehen und Streaming (AVMD-Richtlinie), Datenschutz (DSGVO) sowie Plattformregulierung, Moderation, Transparenz, Werbung und systemische Risiken (Digital Services Act, DSA).

Bundesebene: Der Bund regelt medienübergreifende und allgemeine Rechtsfragen. Grundlage ist insbesondere das Grundgesetz mit Art. 5 GG, der Meinungs-, Informations-, Presse-, Rundfunk- und Filmfreiheit garantiert. Zur Bundesgesetzgebung gehören unter anderem das Urheberrechtsgesetz, das Jugendschutzrecht, strafrechtliche Vorschriften sowie der DSA in Verbindung mit dem Digitale-Dienste-Gesetz (DDG).

Länderebene: Die Länder sind für die Rundfunkregulierung zuständig, die sie gemeinsam über Staatsverträge beschließen. Zentral ist der Medienstaatsvertrag (MStV). Er gilt für privaten und öffentlich-rechtlichen Rundfunk sowie für journalistische Telemedien, Medienplattformen und Intermediäre. Zudem regelt er unter anderem Transparenz, Medienkonzentration, Werbung und die Auffindbarkeit bestimmter Inhalte. Weitere Regelungen auf Länderebene: Ergänzend gibt es Staatsverträge zu Jugendmedienschutz, Rundfunkbeitrag und Rundfunkfinanzierung. Landesmediengesetze regeln unter anderem Organisation und Zuständigkeiten der jeweiligen Landesmedienanstalt. Landesrundfunkgesetze betreffen die jeweiligen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten.

Anzeige

PRESSE-VERSORGUNG

wiederwas???

Wiederanlage. Bei Ihrer Presse-Versorgung. Weil Ihr Kapital mehr kann.

Mit einer Wiederanlage bei der Presse-Versorgung bleibt Ihr angespartes Kapital dort, wo es schon eine Menge für Sie getan hat. Und arbeitet dort weiter für Sie und Ihre Pläne.

Jetzt beraten lassen:
presse-versorgung.de/wiederwas

und Informationen, sondern um die Einhaltung gesetzlicher Vorgaben: Dazu gehören etwa der Schutz der Menschenwürde und der erwähnte Jugendschutz. Medienanstalten gehen gegen Hass, gegen Desinformation oder fehlende Werbekennzeichnungen vor. Immer gilt es dabei, die Balance zwischen Regulierung und Freiheit zu wahren.

Grundsätzlich zu unterscheiden sind dabei inhaltliche Kontrolle und rechtlicher Rahmen: Die inhaltliche Kontrolle publizistischer Angebote ist in Deutschland aus historischen Gründen bewusst staatsfern organisiert: um Missbrauch, staatliche Propaganda und Zensur wie im Nationalsozialismus zu verhindern. Zu den Organen der Selbstkontrolle der Medien gehören der Presserat und die Aufsichtsgremien der öffentlich-rechtlichen Anstalten, die sich auf den Pressekodex beziehungsweise die Programmgrundsätze stützen (siehe auch „Genau hinschauen", Seite 21).

Das Recht und die Gerichte

Den rechtlichen Rahmen setzt ein komplexes Geflecht von Bundes- und Landesgesetzen zur Medienregulierung, eng verknüpft mit der europäischen Ebene, setzt den Rahmen (siehe Kasten Seite 15 „Was ist wo geregelt"). Hinzu kommen gerichtliche Entscheidungen, die die Umsetzung der Regeln gegebenenfalls überprüfen und den Rechtsrahmen damit auch präzisieren.

So hat zum Beispiel das Bundesverfassungsgericht entscheidende Grundsatzurteile zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk gefällt, etwa zur Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern, zum Auftrag der Grundversorgung, zur Finanzierung sowie zur Staatsferne der Gremien. Auch das Spannungsverhältnis zwischen Pressefreiheit, Persönlichkeitsschutz und Sorgfaltspflichten der Medien war wiederholt Gegenstand von Urteilen verschiedener Gerichte.

Ein prominentes Beispiel für gerichtliche Klärung ist das Compact-Magazin: Die damalige Bundesinnenministerin Nancy Faeser hatte im Sommer 2024 versucht, die dahinterstehende Compact-Magazin GmbH über das Vereinsrecht zu verbieten, weil sie sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richte. Das Bundesverwaltungsgericht bestätigte im Juni 2025 zwar, dass das Vereinsgesetz grundsätzlich auch gegen Presse- und Medienunternehmen anwendbar ist, hob das Verbot aber auf: Die Voraussetzungen des eng auszulegenden Verbotsgrunds waren nicht erfüllt. Der Pressefreiheit kam dabei besonderes Gewicht zu. Das Gericht machte damals deutlich: Ein Verbot ist erst dann gerechtfertigt, wenn verfassungsfeindliche Aktivitäten die Organisation prägen.

Dagegen bestätigte das Berliner Verwaltungsgericht im Juni das 2022 verhängte Sendeverbot gegen RT DE, das deutschsprachigen Fernsehprogramm von Russia Today. Der Grund: Dem russischen Sender fehlte für Deutschland die erforderlich medienrechtliche Zulassung. Und im Januar verfügte die Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) der Landesmedienanstalten eine Sperrung der Internetseite des bereits seit 2023 verbotenen palästinensischen Netzwerks Samidoun.

Freiheit zulassen und schützen

In diesen beiden letztgenannten Fällen wurden also Medienangebote tatsächlich verboten. Da könnte man fragen: Wo bleibt die Freiheit? Wollen Deutschland und andere Demokratien im Westen nicht diejenigen sein, die die Meinungs- und Medienfreiheit hochhalten, die anders als autoritäre Staaten wie Russland oder China nicht kontrollieren, was veröffentlich werden darf und was nicht? Da genau steht die Regulierung im Spannungsverhältnis zu Presse- und Medienfreiheit.

Genau dazu positioniert sich die Landesanstalt für Medien NRW in ihrer Selbstbeschreibung: „Die Welt von heute bietet größtmögliche Freiheit – diese Freiheit müssen wir zulassen und wir müssen sie schützen." Und mit Verweis auf den gesetzlichen Auftrag heißt es dort: „Wir sind dafür da, ein demokratisches Mediensystem zu schützen – mit Meinungsfreiheit und dem Schutz der Menschenwürde, der Jugend, der Nutzerinnen und Nutzer und mit medialer Vielfalt."

Wo es bessere Regulierung braucht

Ein wachsendes Ungleichgewicht in der Balance zwischen Freiheit und Regulierung hat sich allerdings bei den sogenannten Intermediären, also Suchmaschinen, Facebook, YouTube und Co., im Vergleich zu Medien herausgebildet. Deswegen nehmen die Medienanstalten diese zunehmend in den Blick: Wenn sie mittels KI eigene Inhalte kreieren, sollen sie sich nicht mehr auf das Haftungsprivileg zurückziehen können (siehe dazu „Wenn die Suchmaschine selbst antwortet, Seite 30).

Doch es geht nicht nur um das Haftungsprivileg und den Schutz vor Desinformation. Wirksame Regulierung braucht es zum Beispiel auch bei der Plattformtransparenz, bei algorithmische Empfehlungssystemen und bei der Konzentrationskontrolle. Für KI fordert der Verband strenge Regeln wie Kennzeichnungspflichten und Urheberschutz beim KI-Training. Auch ein Bundespresseauskunftsgesetz sowie der bessere Schutz von Medienschaffenden vor Gewalt und vor missbräuchlichen SLAPP-Klagen stehen auf der Agenda des DJV. Für diese und weitere medienpolitische Themen bringt der DJV sich regelmäßig mit juristischen Stellungnahmen, Kampagnen und Lobbyarbeit in Landesparlamente, den Bundestag und europäische Gesetzgebungsverfahren ein.||

Kommentar

DIE AFD UND DER ÖRR: WAS WÄRE WENN?

Jüngst wurde das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) 75 Jahre alt. Neben vielen anderen Meriten hat es wichtige Entscheidungen zu Presse- und Rundfunkfreiheit getroffen, ebenso zur Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Sender. Vorstellbar, dass es auf diesem Feld künftig noch ganz andere Fragen vorgelegt bekommt. Denn in Sachsen-Anhalt und in Mecklenburg-Vorpommern wurde die AfD bei den Landtagswahlen stärkste Kraft. Zwar ist noch nicht klar, ob sie eine Regierung stellen wird. Aber viele Szenarien haben Gewicht gewonnen. Dazu gehört die Kündigung der Medienstaatsverträge.

Alles gedanklich durchgespielt

Ob und auf welcher Basis eine Kündigung verfassungskonform wäre, könnte eine erste Frage sein, die das BVerfG klären müsste. Kluge Köpfe haben aber auch längst durchgespielt, was so ein Ausstieg gegebenenfalls bedeuten würde. Für die Kündigung gälte eine Zweijahresfrist. In dieser Zeit liefe theoretisch alles wie bisher – inklusive der Pflicht, Rundfunkbeiträge zu zahlen.

Aber was hieße es konkret, wenn Sachsen-Anhalt den Vertrag für den MDR kündigt oder Mecklenburg-Vorpommern den für den NDR? Falls die verbliebenen Länder nicht von ihrem Sonderkündigungsrecht Gebrauch machten, würden beide Mehrländeranstalten in verkleinerter Form fortgeführt.

Der MDR wäre weiterhin für Sachsen und Thüringen zuständig. Der NDR behielte das Sendegebiet Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Aufgrund der grundgesetzlich gesicherten Rundfunkfreiheit könnten MDR und NDR weiter über ihr „verlorenes" Bundesland berichten. Der Auftrag etwa für Regionalmagazine entfiele aber.



Foto: Ben Knabe

Corinna Blümel ist stellvertretende Vorsitzende im WDR-Rundfunkrat und betreut als fest-freie Redakteurin das JOURNAL. | Foto: WDR/Ben Knabe

Schon während der Kündigungsfrist könnten die Beitragseinnahmen sinken – weil mehr Menschen die Zahlung verweigern und die betreffenden Bundesländer den Beitrag kaum eintreiben würden. Das hätte Folgen über die beiden Anstalten hinaus. Zunächst beträfe das die ARD mit ihrem solidarischen Finanzausgleich. Aber auch ZDF, Deutschlandfunk und die Medienanstalten wären betroffen, und das nicht nur, weil mit dem Beitragsaufkommen auch ihr Anteil schrumpft. Denn auch sie unterhalten Einrichtungen in den beiden Ländern.

Der Auftrag bleibt ja

Und was geschähe etwa in Sachsen-Anhalt, wenn der MDR nicht mehr zuständig wäre? Die Landesregierung müsste eine neue gesetzliche Grundlage für einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk schaffen, der verfassungsrechtlich gesicherte Anforderungen erfüllt: Gefordert ist ein Programm, das staatsfern organisiert und funktionsgerecht finanziert ist, das ein flächendeckendes Angebot von regionalen, bundesweiten und internationalen Themen sicherstellt und das zur Meinungsvielfalt beiträgt.

Die AfD stellt sich einen „Grundfunk" vor, der über Abomodelle und gegebenenfalls Werbung sowie Haushaltsmittel finanziert werden soll. Ob sich so ein Programm entsprechend den verfassungsrechtlichen Vorgaben erstellen ließe, erscheint fraglich. Und spätestens beim steuerfinanzierten Anteil käme Karlsruhe ins Spiel.

Bleibt eine weitere Frage: Welche Sanktionsmöglichkeiten gäbe es, wenn eine AfD-Regierung ein entsprechendes Urteil nicht umsetzt? Tatsächlich sind zivil- und strafrechtliche Konsequenzen möglich, wenn Ministerpräsidenten oder Minister vorsätzlich verfassungswidrig handeln. Zudem kann das BVerfG ausstehende Beschlüsse durch eine sogenannte Ersatzvornahme erzwingen. Das dürfte eher schwierig sein, wenn es darum ginge, einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk aufzubauen. Als schärfstes Instrument bleibt der sogenannte Bundeszwang nach Artikel 37 GG: Wenn eine Landesregierung BVerfG-Urteile ignoriert oder sich weigert, bundesrechtlichen Pflichten nachzukommen, hat die Bundesregierung das Recht, dem Land und seinen Behörden direkte Weisungen zu erteilen. Sie kann zur Durchsetzung ihrer Weisungen sogar Bundeskommissare einsetzen, die vorübergehend die Kontrolle über Behörden oder Finanzen eines Landes übernehmen, um die Einhaltung der Verfassung sicherzustellen.

Wollen wir so etwas wie den Bundeszwang erleben? Sicher nicht! Aber mich beruhigt es zu wissen, dass der Staat dieses Mittel hat, um Recht durchzusetzen, falls der schlimmste Fall eintritt.||

WICHTIG IST DER ÖFFENTLICHE DISKURS

1987 wurde in NRW eine Landesmedienanstalt gegründet, die heute den Namen Landesanstalt für Medien NRW (LFM) trägt. Seitdem sitzt Ulrike Kaiser dort als Mitglied bezeihungsweise stellvertretendes Mitglied in der Medienkommission, zurzeit ist sie Vorsitzende des Programmausschusses. Zum Ende der Amtszeit wird sie ausscheiden. Das JOURNAL hat mit ihr über fast 40 Jahre Medienpolitik gesprochen.

Von Corinna Blümel

JOURNAL: Sieben Amtsperioden warst Du Mitglied der LFM-Medienkommission, mal als stellvertretende Ausschussvorsitzende, mal als Ausschussvorsitzende. Was für eine lange Zeit!
Ulrike Kaiser: Ja, ich habe vier Direktoren und vier Kommissionsvorsitzende erlebt und mit vielen tollen Leuten im Haupt- und Ehrenamt zusammengearbeitet. Mehr LFM geht eigentlich nicht. Für diese prägende Erfahrung bin ich wirklich dankbar. Ganz besonders auch dem DJV-NRW, der mir über die ganzen Jahre sein Vertrauen geschenkt hat.

JOURNAL: Um die Zeitspanne zu verdeutlichen: Als Du angefangen hast, lag der Startschuss für den privaten Rundfunk gerade drei Jahre zurück, und die dazugehörige Medienaufsicht entstand erst. Seitdem gab es einen tiefgreifenden Medienwandel. Mal im Schnelldurchgang darauf geschaut: Wie hat sich das auf die Aufgaben der Medienanstalten ausgewirkt?
Kaiser: Die Aufgaben und Ansprüche haben sich natürlich sehr verändert, auch das Rollenverständnis. 1987 hieß die LFM noch Landesanstalt für Rundfunk und betonte den Begriff der Medienaufsicht. Es ging überwiegend um Programmkontrolle des Privatfunks, um Werbeverstöße, um Sex und Gewalt im Fernsehen, um Reality TV und skandalträchtige Nachmittags-Talks. Ab den Neunzigern haben die Länder, auch NRW, Medienpolitik dann zunehmend als Standortpolitik begriffen.

JOURNAL: Da interessierten in erster Linie die Arbeitsplätze bei den Privatsendern und die Steuereinnahmen und weniger die publizistische Vielfalt. Was bedeutete das für die Medienaufsicht?
Kaiser: Das hat die wirksame Kontrolle nicht gerade erleichtert. Später kam die Auseinandersetzung um die Medienkonzentration hinzu. Da gerieten die Medienanstalten allerdings schnell an Grenzen: Bis heute fehlen ja wirksame Instrumentarien zur Beschränkung der Medienkonzentration, abgesehen von Beiträgen und Fensterprogrammen.

JOURNAL: Inzwischen spielen sowohl die europäische Medienpolitik als auch das Internet mit seinen Plattformen eine wesentliche Rolle in der Aufsicht. Bei Letzterem kommen wir vermutlich auch zum gewandelten Rollenverständnis der LFM, das Du erwähnt hast?
Kaiser: Genau, das hat sich zunehmend in Richtung Beratung, Moderation und Förderung ausgerichtet. Die LFM hat in den letzten Jahren viele Projekte aufgesetzt, zum Beispiel zur Medienkompetenz, ohne dass sie dabei Abstriche bei ihrer Aufsichtsfunktion gemacht hätte.

JOURNAL: Die Aufsicht nimmt sie ja auch sehr aktiv im Internet wahr.
Kaiser: Unter der Initiative des aktuellen Direktors Tobias Schmid setzt die LFM zusätzliche Instrumentarien ein, um den Fehlentwicklungen im Netz wirksamer zu begegnen. Dazu gehören etwa die Aktion „Verfolgen statt nur löschen“ und das Tool Kivi, das das Netz systematisch

Die Medienkommission

Die Medienkommission der Landesanstalt für Medien NRW (LFM) besteht aus 40 Mitgliedern (plus 40 Stellvertreterinnen und Stellvertretern). Sie arbeiten ehrenamtlich und stehen repräsentativ für die Gesellschaft in NRW. Wichtige Entscheidungen, etwa über neue Projekte, die Vergabe von Rundfunklizenzen oder neue Stellen für die Medienanstalt, kann der Direktor der LFM nicht alleine treffen, er braucht die Zustimmung der Medienkommission. Das System ist vergleichbar mit der Aufsicht im öffentlich-rechtlichen Rundfunk.



Reicher Erfahrungsschatz: Ulrike Kaiser saß sieben Amtsperioden als ordentliches beziehungsweise stellvertretendes Mitglied in der Medienkommission der LFM.

Foto: Frank Sonnenberg

durchforstet, um strafbare Inhalte aufzuspüren. Beides hat bundes- und teils sogar europaweit Nachahmer gefunden.

JOURNAL: Manche Aktivitäten finden große öffentliche Aufmerksamkeit, etwa jüngst das Hinweisschreiben an den Podcaster Ben Berndt zu einer Ausgabe von Ungeskriptet. Da wurde direkt die Zuständigkeit der LFM infrage gestellt.
Kaiser: Und gleich kam auch der Vorwurf der Zensur. Dabei hat die LFM einfach getan, was das Gesetz vorsieht. Denn heute sind Medienanstalten ja auch für die Kontrolle digitaler Medien zuständig. Deswegen beschäftigt sich die LFM eben mit Influencerinnen, Bloggern oder digitalen Creatoren. Das heißt einerseits Beratung und Förderung in der Start-up-Phase. Aber andererseits kontrollieren Medienanstalten: Funktioniert der Jugendschutz, werden die Werberegeln eingehalten und juristische Grundsätze beachtet, sind die Beiträge frei von strafbaren Inhalten?

JOURNAL: Beim Podcast Ungeskriptet ging es um eine falsche und nicht korrigierte Tatsachenbehauptung im vierstündigen Interview mit Björn Höcke.
Kaiser: Generell wägt die LFM immer zwischen Meinungsfreiheit und Aufsichtsinteressen ab. Ersteres steht ja im Claim der LFM: „Der Meinungsfreiheit verpflichtet". Aber natürlich ist das Internet kein rechtsfreier Raum. Und das gilt auch für Creatorinnen oder Influencer.
Dabei hätten sie ja eine andere Möglichkeit: Wenn sie ein journalistisches Medium sind, können sie sich freiwillig dem Presserat anschließen und sich den Grundsätzen des Pressekodex verpflichten. Dann wäre nicht mehr eine Landesanstalt für sie zuständig, sondern der Presserat. Aber das machen viele nicht. Dann kriegen sie eben gegebenenfalls ein Mahnschreiben von der LFM. Selbst damit ist die Medienanstalt zurückhaltend. Denn es geht nicht direkt um die große Keule mit Geldbußen oder Ähnlichem, sondern um Beratung: Das dürft ihr, das dürft ihr nicht. Und nach meiner Einschätzung macht die Landesanstalt das gut und auch angemessen.

JOURNAL: Positiv ist daran, dass der Vorgang Aufmerksamkeit auf die Arbeit der Medienanstalten gelenkt hat. Wo doch kaum jemand weiß, wie Medienaufsicht, ob bei privaten oder den öffentlich-rechtlichen Sendern, funktioniert.
Kaiser: Deshalb ist es so wichtig, dass die Medienanstalten verstärkt an die Öffentlichkeit gehen. Gerade Tobias Schmid und der Vorsitzende der Medienkommission, Werner Schwaderlapp, achten darauf, die Aufsicht in einen gesellschaftlichen Diskurs münden zu lassen: Dass man nicht im kleinen Zirkel tagt. Dass die Öffentlichkeit alles begleiten kann. Und dass wir auch die Öffentlichkeit in ihrem Umgang mit Medien begleiten. Beides ist aus meiner Sicht unheimlich wichtig.

JOURNAL: Eins Deiner Herzensthemen war der Lokalfunk, der gerade schwierige Anpassungen durchläuft. Gab es weitere?
Kaiser: Wenn ich zurückschaue, habe ich drei große Projekte begleitet. Anfangs ging es um den Aufbau der Landesmedienanstalt und des Lokalfunks. Später kam der Aufbau der Journalistenförderung hinzu, die in der Stiftung Vielfalt und Partizipation startete und später wieder in die LFM integriert wurde. Und als Drittes kam ich zum Lokalfunk zurück: Seit einigen Jahren läuft der Strukturprozess, um die Zukunft des Lokalfunks zu sichern. Ja, der war immer mein Lieblingskind. Wir haben in Nordrhein-Westfalen ein wirklich einmaliges Modell, europaweit einmalig. Dafür hat sich jeder Einsatz gelohnt.

JOURNAL: Den Lokalfunk aufbauen: Wie können wir uns das konkret vorstellen?

Kaiser: In der Anfangszeit haben wir im entsprechenden Ausschuss quasi in Dauer getagt. Denn das erste Landesrundfunkgesetz setzte im Prinzip nur Rahmendaten dazu, wie das System verfasst sein sollte. Zu allen Detailpunkten hieß es: Das Weitere regelt die Landesanstalt durch Satzung.

JOURNAL: Was war denn gesetzlich vorgegeben?
Kaiser: Zu den Vorgaben gehörte, dass der Lokalfunk flächendeckend senden sollte, aber es gab noch keine Verbreitungsgebiete. Um die festzulegen, hatten wir aufwendige Regionalkonferenzen. Die Verlegerbeteiligung stand fest, auch dass die Kommunen einen Anteil übernehmen mussten. Da wollten alle mitreden, um für sich das Beste herauszuholen. In der zweiten Amtsperiode hat der Lokalfunkausschuss mehr als 70-mal getagt, insgesamt 300 bis 310 Stunden. Was der Gesetzgeber außerdem vorgegeben hatte, waren Programmgrundsätze in Anlehnung an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Also, das war schon anspruchsvoll.



Foto: Frank Sonnenberg

Auch wenn der Lokalfunk vor Herausforderungen steht: Das einmalige Konstrukt hat über Jahre funktioniert, betont Ulrike Kaiser.

JOURNAL: Und festgeschrieben war mit dem Zwei-Säulen-Modell die Trennung von wirtschaftlicher und inhaltlicher Steuerung. Bedeutete das nicht von Anfang an Gerangel mit den Verlagen?
Kaiser: Ich denke, dass die Verleger vom Lokalfunk profitiert haben, und das meine ich nicht nur finanziell. Aber natürlich lag in dem System eine künstliche Trennung zwischen dem Kapital in den Betriebsgesellschaften und den Redaktionen in den Veranstaltergemeinschaften. Wir mussten schnell lernen, dass die zwei Säulen nicht losgelöst voneinander agieren können. Und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wurden schnell vorgegeben. Direkt zu Beginn gab es die Auseinandersetzung über die Ausstattung: Wie viele Redakteurinnen und Redakteure braucht ein Lokalradio für ein Qualitätsprogramm? Damals gab es auch den langen Lokalfunkstreik für vernünftige tarifliche Rahmenbedingungen.

JOURNAL: Und nun musstest Du Dich in Deiner letzten Amtsperiode damit befassen, wie der Lokalfunk zu retten ist. Bestimmt nicht leicht.
Kaiser: Das ist für mich kein schönes Gefühl.
Wenn ich vom Lokalfunk spreche, denke ich oft an Reinhard Meys Textzeile „Mit wie viel Hoffnung hat alles angefangen“. Diese Hoffnung war wirklich da. Es gab Anfragen aus anderen Bundesländern, wo es bereits Privatfunksender gab. Man dachte: Jetzt kommt das verheißene Modell Nordrhein- Westfalen mit einem Lokalfunk abseits vom Dudelfunk. Privatfunkleute etwa aus Bayern oder Baden-Württemberg wären gerne nach Nordrhein-Westfalen gewechselt. Und heute steht der Lokalfunk so unter Druck, das ist bedauerlich. Aber unterm Strich kann ich sagen: Das Konstrukt hat über Jahrzehnte hervorragend funktioniert.

JOURNAL: Seit es im Landesmediengesetz eine Begrenzung auf drei Amtszeiten für die Medienkommission gibt, hast Du zwei absolviert. Du hättest also noch einmal antreten können.
Kaiser: Mir fällt der Abschied auch nicht leicht. Aber es ist an der Zeit. Und das sage ich nicht nur, weil ich schon öfter als Urgestein bezeichnet worden bin. Jetzt sind andere dran. Und ich bin sicher, die werden es gut machen. ||



Foto: Frank Sonnenberg

Annette Kalscheur, Redakteurin bei der WAZ, wurde vom DJV in den Presserat entsandt.

GENAU HINSCHAUEN

Wie funktioniert staatsferne Medienaufsicht?

von Sascha Fobbe

Der Fernsehbeitrag über Windkrafträder scheint zu einseitig zu sein, in einem Radiobeitrag wird Werbung nicht sauber vom Programm getrennt, und in einem Zeitungsartikel berichtet der Reporter negativ über eine Person: Es gibt viele Gründe, warum sich Menschen über Medieninhalte beschweren. Das können sie bei unterschiedlichen Institutionen – je nachdem, wo der Beitrag erschienen ist: beim Deutschen Presserat, wenn es um Printmedien und deren Onlineangebote geht, bei den Gremien im öffentlich-rechtlichen Rundfunk oder bei der Landesanstalt für Medien NRW (LFM), wenn Privatrundfunk oder digitale Medien betroffen sind.

Damit haben Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, konkrete Verstöße gegen gesetzlich verankerte Programmgrundsätze zu melden wie Achtung und Schutz der Menschenwürde, Sachlichkeit, Wahrheit und Sorgfalt in der Darstellung beziehungsweise Verstöße gegen den Pressekodex. Ob einer Beschwerde stattgegeben wird, hängt davon ab, ob wirklich gegen Programmgrundsätze, journalistische Standards oder Gesetze verstoßen wurde.

Intensive Diskussionen

Beschwerden in diesem Sinn würden grundsätzlich ernst genommen und in den Gremien, vor allem in den damit befassten Ausschüssen intensiv diskutiert, erklären Corinna Blümel, stellvertretende Vorsitzende des WDR-Rundfunkrats, und Katrin Kroemer, erste stellvertretende Vorsitzende des ZDF-Fernsehrats, die beide vom DJV in die Gremien entsandt wurden.

Auf der ersten Stufe versuchen die Beschwerdestellen, Themen zur Zufriedenheit des Publikums zu klären. Gelingt das nicht, befasst sich die Intendanz gründlich damit – mit Unterstützung des Justiziariats. Auf dieser Ebene werden schon viele Vorgänge abgeschlossen, ohne dass es öffentlich gemacht wird.

Ausnahmen gibt es: Kürzlich hat das ZDF eine fehlerhafte Anmoderation zu einem Beitrag über Ausschreitungen in



Foto: Frank Sonnenberg

Corinna Blümel, fest-freie Redakteurin beim JOURNAL, ist stellvertretende Vorsitzende im WDR-Rundfunkrat. Entsandt wurde sie vom DJV-NRW.

Belfast korrigiert und die fehlerhafte Fassung aus der Mediathek entfernt: Die Anmoderation hatte suggeriert, Elon Musk habe über seine Plattform X dazu aufgerufen, „Jagd auf Migranten" zu machen. Der US-Milliardär hatte sich dagegen verwahrt und über Anwälte eine Unterlassung erwirkt.

Gremien sind erst der dritte Schritt

Nur wenn im mit der Publikumsstelle und im Schriftwechsel mit der Intendantin oder dem Intendanten keine Lösung gefunden wird, befassen sich die Räte bei ZDF und WDR mit einer förmlichen Programmbeschwerde. Wird ihr stattgegeben, korrigiert der Sender Beiträge oder entfernt sie ganz aus der Mediathek. Im Einzelfall können auch arbeitsrechtliche Konsequenzen geprüft werden. Allerdings werden „Programmbeschwerden in den Rundfunkräten und im Fernsehrat des ZDF in der Regel abgewiesen, weil selten wirkliche Rechtsverstöße festzustellen sind", erläutert Blümel.

Oft betreffen die Beschwerden gar keine Programmgrundsätze, sondern sind eher Geschmacksfragen, berichtet Kroemer. Eine Zeit lang beschwerten sich viele Menschen über das Gendern beim ZDF, Zielscheibe sind immer wieder auch das ZDF Magazin Royale oder die heute-show. Ein Aufregerthema, an das sich Kroemer erinnert, war der ans Kreuz genagelte Plüsch-Osterhase in einem Beitrag der heute-show aus dem Jahr 2018. Der ZDF-Fernsehrat sah darin keinen Verstoß gegen Programmgrundsätze, wobei der Vertreter der katholischen Kirche im Fernsehrat der Beschwerde eher stattgegeben hätte. „Wir waren aber insgesamt der Meinung, dass Christen sich natürlich über den Beitrag ärgern durften, weil er sie ja auch in ihrem Glauben berührte, aber dass es eben Satire war und kein Verstoß gegen das Achtungsgebot religiöser Überzeugungen", sagt Kroemer. Damals wurden auch Strafanzeigen gegen das ZDF gestellt, aber von den Staatsanwaltschaften abgewiesen.

Bestimmte Reizthemen

Oft geht es darum, dass Zuschauer mangelnde Ausgewogenheit in Beiträgen bemängeln. Besonders bei Reizthemen wie Windkraft, Nahost, Ukrainekrieg oder Rechtspopulismus kommt das vor. Betroffen sind häufig investigative Formate, aber auch Magazinbeiträge, Instagram-Posts oder wie im oben erwähnten Fall Anmoderationen. Dabei muss ein Sender zwar insgesamt ausgewogen berichten, aber er muss nicht in jedem einzelnen Beitrag über ein Thema immer alle Meinungen ausführlich darlegen, sodass diesen Beschwerden ebenfalls in der Regel nicht stattgegeben wird.

Allerdings bekommen die jeweils betroffenen Redaktionen einen Hinweis, wenn ein Beitrag im Einzelfall Schwächen aufweist. Das hat der WDR-Rundfunkrat schon bisher informell so gehandhabt, mit der jüngsten Novelle gibt es im WDR-Gesetz dazu eine offizielle Möglichkeit, die „Ermahnung". Beim ZDF funktioniert das ähnlich: Erkennt der Fernsehrat, dass zwar kein Verstoß gegen die Programmrichtlinie vorliegt, aber der Ärger eines Zuschauers oder einer Zuschauerin nachvollziehbar ist, bekommt die Redaktion einen entsprechenden Hinweis.

Auch bei der Landesanstalt für Medien NRW (LFM) kann man (über die Internetseite) Beschwerden zu Inhalten privater Rundfunkanbieter und zu Online-Angeboten abgeben. Im Gegensatz zum Presserat und den Gremien der Öffentlich-Rechtlichen darf die LFM auch von sich aus tätig werden und tut dies aktiv (siehe dazu auch „Wichtig ist der öffentliche Diskurs", Seite 18).

Manchen reicht das nicht

Menschen können aber nicht nur das Angebot der staatsfernen Aufsicht, nutzen, sondern auch gegen Medien klagen oder zu anderen Rechtsmitteln greifen, wie im erwähnten Beispiel die Unterlassungserklärung, die Elon Musk im Juni gegenüber dem ZDF erwirkt hatte.

Vor allem Prominente leiten oft gleich rechtliche Schritte ein, das können sich

finanziell aber nur wenige leisten. Volkmar Kah, Geschäftsführer des DJV-NRW und stellvertretendes Mitglied in der Medienkommission der LFM, begrüßt daher die Möglichkeiten der kostenlosen Beschwerden bei Presserat, dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk oder den Landesmedienanstalten: „Es geht darum, dass Menschen, die das Gefühl haben, dass nicht angemessen oder nach journalistischen Kriterien berichtet wird, sich dagegen zur Wehr setzen können“, sagt er. Auch angesichts der vielen „Lügenpresse“-Vorwürfe sei es wichtig, dass Bürgerinnen und Bürger wüssten, welchen Regulierungen Medien unterliegen und welche Möglichkeiten es gibt, sich über deren Berichterstattung zu beschweren.

Mehr als 2 600 Beschwerden

Von diesen Möglichkeiten wird ausgiebig Gebrauch gemacht: Der Presserat befasste sich 2025 mit mehr als 2 600 Beschwerden. Er prüft, ob in Print- oder Onlinemedien gegen den Pressekodex verstoßen wurde. Ist dies der Fall, werden Hinweise, Missbilligungen oder Rügen (als schwerwiegendste Maßnahme) ausgesprochen. Im vergangenen Jahr waren es mehr als 100 Rügen.

Ein beliebtes Beschwerdethema ist die Cannabis-Freigabe, berichtet Annette Kalscheur, die vom DJV in das Gremium entsandt wurde. „Da gibt es anscheinend eine Gruppe, die auf einem wissenschaftlich extrem anspruchsvollen Niveau darüber diskutiert, ob die Freigabe sinnvoll war oder die Gefahren überwiegen. Wir können aber am Ende wirklich nur nach dem Pressekodex entscheiden, ob journalistisch sauber gearbeitet wurde oder nicht. Den Wissenschaftsstand kann ich ja überhaupt nicht bewerten. Das ist dann schon eine Herausforderung.“

Die dickste Akte, mit der Kalscheur sich befassen musste, hatte 400 Seiten. Im Schnitt haben solche Akten etwa 40 Seiten. Nach ihrer Beobach-

Anzeige

Ihre Kommune ist im Eimer?

Kein Problem.
Im Lokalen steht, wer den Eimer hat.

Redaktionskonferenz Finanzen
vom **7. bis 9. Dezember** 2026
in München

Mehr unter
www.drehscheibe.org



Adobe Stock / Burly

tung lässt der Einsatz von KI Beschwerdetexte länger werden. Vier, demnächst fünf Beschwerdeausschüsse befassen sich mit den Anfragen. Lohnt sich die Mühe? Kalscheur sagt: teils, teils. Besonders Regionalmedien reagierten auf die Hinweise des Presserats, korrigierten Texte und wiesen transparent darauf hin. Bei überregionalen Boulevard-Medien überwiege aber der Eindruck, dass dieselben Fehler immer wieder gemacht werden. Klicks und Reichweite zählen da offensichtlich mehr als seriöser Journalismus.

Glaubwürdigkeit als größtes Kapital

Hier greife die Selbstkontrolle zu kurz, kritisiert Kah, denn wirkliche Sanktionsmöglichkeiten gebe es nicht. Dabei müsste allen Medien klar sein, dass Glaubwürdigkeit ihr größtes Kapital ist. Verlage, öffentlich-rechtliche und private Rundfunkanbieter sollten sich gut überlegen, wofür ihre Marke steht. „Immerhin müssen diese für ihre Inhalte haften. Bei den sogenannten Intermediären wie Facebook oder Google gibt es dafür keine rechtlichen Grundlagen. Sie müssen sich nicht an die deutschen Pressegesetze halten", moniert Kah. Ein Thema, das die Medienhäuser schon länger beschäftigt und sie bei der Politik auf Gleichbehandlung drängen lässt. Und obwohl Intermediäre mit KI-generierten Texten, Videos und Bildern zunehmend selbst zu Inhalteanbietern werden, unterliegen sie auch keiner Kontrolle, die mit Presserat oder Rundfunkgremien vergleichbar wäre (siehe dazu auch „Wenn die Suchmaschine selbst antwortet", Seite 30).

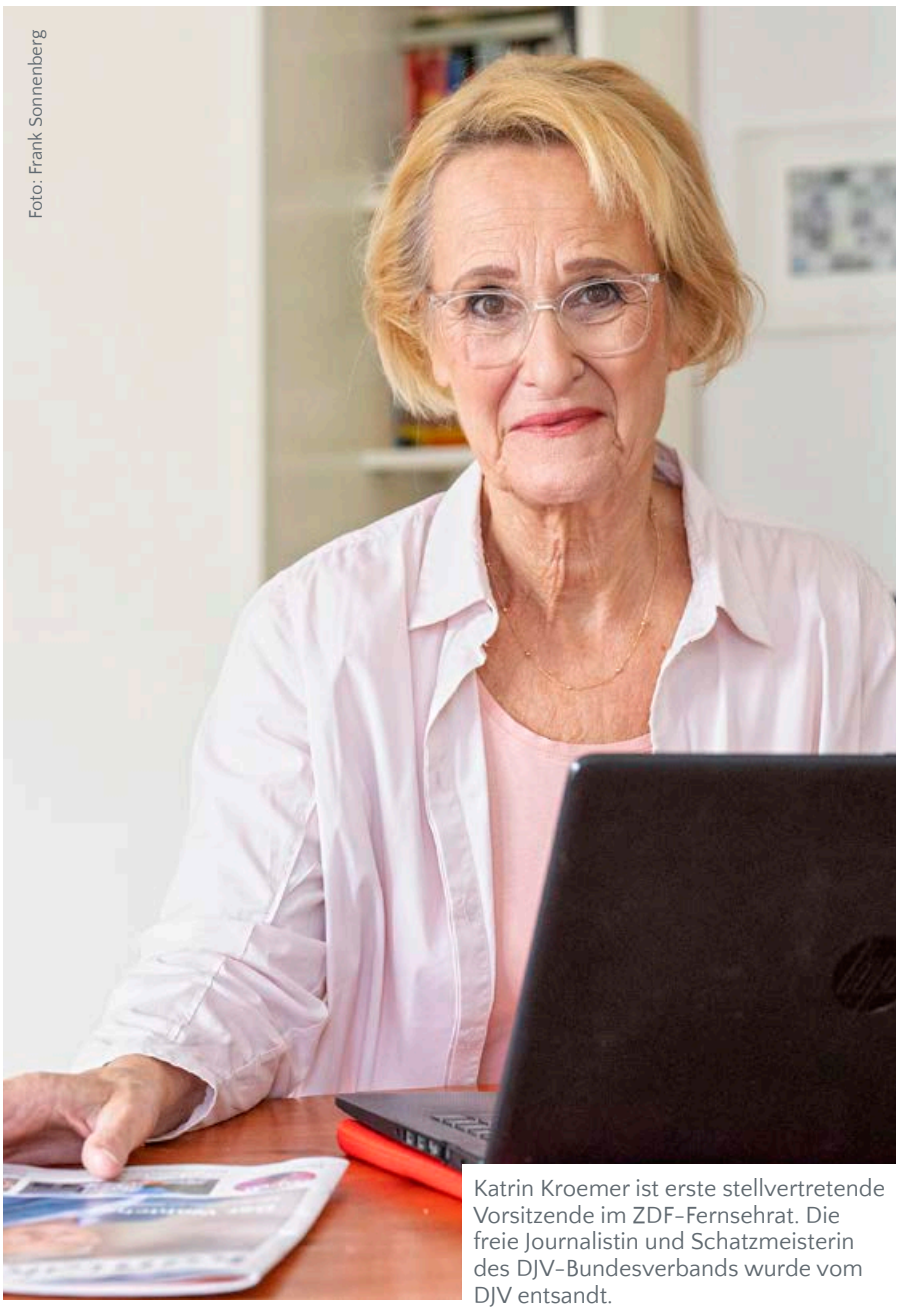


Foto: Frank Sonnenberg

Katrin Kroemer ist erste stellvertretende Vorsitzende im ZDF-Fernsehrat. Die freie Journalistin und Schatzmeisterin des DJV-Bundesverbands wurde vom DJV entsandt.

Während in diesem Bereich nahezu jede Behauptung und Verdrehung folgenlos veröffentlicht werden kann, müssen Medien sich der Kritik an ihrer Berichterstattung stellen. Der ZDF-Fernsehrat hatte es 2025 mit insgesamt 124 Beschwerden zu tun. Für den WDR hatte Intendantin Katrin Vernau jüngst in einer Rundfunkratssitzung erwähnt, dass es im vergangenen Jahr 101 Beschwerden waren und bis Ende August bereits 94 Beschwerden beim Sender eingegangen waren. Mit 31 davon hat sich der Rundfunkrat befasst.

Ganze Beschwerdewellen

Wie viele kritische Zuschriften insgesamt jährlich bei WDR und ZDF eingehen, darüber gibt es keine genauen Zahlen. Wie beschrieben können viele dieser Eingaben schon im Vorfeld ausgeräumt werden, sodass sie nicht als formale Programmbeschwerde bei Fernseh- oder Rundfunkrat landen. Es werden einige Tausend im Jahr sein, schätzt Blümel. Die Zahlen steigen in jüngerer Zeit stark. Zu den Gründen gehört unter anderem,



Foto: Frank Sonnenberg

Volkmar Kah, Geschäftsführer des DJV-NRW, sitzt als stellvertretendes Mitglied in der Medienkommission der Landesanstalt für Medien NRW (LFM).

dass man über die Website rundfunkalarm.de vorgefertigte Beschwerden verschicken kann.

„Offenbar verabreden sich hier Gruppen, um viele Beschwerden zu ein und demselben Thema zu schicken", erklärt Kroemer. Um diese extrem angestiegenen Beschwerdezahlen zu begrenzen, sehen die Richtlinien zu Programmbeschwerden beim ZDF inzwischen vor, dass Beschwerden mit „noreply"-Absendern (wie über rundfunkalarm.de verschickt) nicht mehr berücksichtigt werden. Das Gleiche gilt für diejenigen, die nur Beschimpfungen enthalten.

Auch beim WDR gilt inzwischen: Zuschriften über Drittplattformen ohne Rückkanal müssen nicht bearbeitet und beantwortet werden.

Es sind in der großen Mehrzahl ältere Männer, die Beschwerden an den Presserat, das ZDF und den WDR richten, beobachten Kalscheur, Kroemer und Blümel übereinstimmend. Zudem beschweren sich Kalscheur zufolge vermehrt Mandatsträger über zu kritische Berichterstattung (siehe dazu auch „Kein Recht auf eine eigene Wahrheit", Seite 26). Das betrifft häufig Dunja Hayali beim ZDF, aber zuletzt auch Melanie Amann, Chefredakteurin von Funke Digital, in Bezug auf ihren Podcast Unframed. Sie befragte den AfD-Politiker Hans-Thomas Tillschneider zu mehreren AfD-Themen, er beendete die Aufnahme vorzeitig mit der Begründung, er werde unfair behandelt.

„Solche Beschwerden von Interviewten kommen tatsächlich auch beim Presserat an", berichtet Kalscheur, „so dass ich mich manchmal frage, wie es mit der Medienkompetenz der Amtsträger bestellt ist, die sich natürlich auch kritische Fragen gefallen lassen müssen."

Beim WDR funktioniere die inhaltliche Medienaufsicht, wie wohl auch bei anderen öffentlich-rechtlichen Sendern, sagt Blümel. Grobe Schnitzer fielen höchstwahrscheinlich auf – nicht zuletzt, weil heutzutage so viele Menschen versuchten, den ARD, ZDF und Co. Fehler nachzuweisen. Bei Social-Media-Posts der Öffentlich-Rechtlichen sei die Gefahr aufgrund der schieren Menge größer, dass etwas durchgehen könnte. Aber klar sei, dass auch diese sich an rechtliche Vorgaben und die Programmrichtlinien halten müssen.

Leitfaden zur Bearbeitung

Kroemer begrüßt, dass es für das Beschwerdemanagement des ZDF einen Leitfaden mit klaren Programmrichtlinien gibt, an dem sich der Fernsehrat orientieren kann. Die Mitglieder des Fernsehrats bekommen diese Inhalte in Workshops vermittelt, „in denen es nicht darum geht, wie Beschwerden am besten abgewehrt, sondern wie sie ordentlich bearbeitet werden". Dahinter stehe es nicht, Kollegen und Kolleginnen zu brandmarken, betont Kroemer. „Jeder Mensch macht Fehler, aber Journalisten und Journalistinnen arbeiten in der Regel gewissenhaft."

Wie Kah sehen es auch auch Blümel, Kalscheur und Kroemer positiv, dass es für alle eine einfache und kostenlose Möglichkeit gibt, sich zu beschweren, wenn sie glauben, dass eine Redaktion journalistische Regeln oder Pressegesetze nicht einhält.

„Aus meiner Sicht als DJV-NRW-Geschäftsführer stelle ich schon fest, dass die Kolleginnen und Kollegen in den Redaktionen mittlerweile sehr, sehr sensibel sind, was eigene Fehler angeht", betont Kah. „Oft reicht es, wenn Menschen in den Redaktionen anrufen, damit etwas korrigiert oder abgestellt wird. Wenn das nicht hilft, dann gibt es eben die Möglichkeit der Beschwerde."||

KEIN RECHT AUF EINE EIGENE WAHRHEIT

Wie viel Pressefreiheit muss die Demokratie aushalten?

von Carmen Molitor

Es ist eine der wichtigsten Aufgaben von Journalistinnen und Journalisten, mit ihren Recherchen, ihren Berichten und Kommentaren die Machtvollen in Staat und Wirtschaft zu kontrollieren – von der kommunalen Ebene bis hin zur Bundespolitik. Wenn ihnen das gelingt, halten sie wie Putzerfische die Demokratie sauber und überlebensfähig.

Aber wie viel Pressefreiheit muss Demokratie, müssen Politikerinnen und Politiker aushalten können? Wo sehen sie selbst Grenzen dieser Freiheit – jenseits der juristisch definierten? Reichen die derzeitigen Gesetze und Selbstregulierungen der Medien in ihren Augen aus, um einen fairen Umgang zwischen Medien und Politik sicherzustellen? Und wie ändert sich der Umgang zwischen Politik und Medien eigentlich in diesen Zeiten, in denen der rechte politische Rand längst ein eigenes journalistisches Ökosystem aufgebaut hat? Das JOURNAL hat bei drei Politprofis nachgefragt.

Ist Pressefreiheit eine Zumutung?

Ob für ihn die Pressefreiheit schon einmal eine Zumutung war? Nein, sagt der frühere CDU-Generalsekretär und Außenpolitiker Ruprecht Polenz aus Münster. Er hat in seinem Leben viel Erfahrung im Umgang mit Medien und Medienregulierung gesammelt. Einerseits als Spitzenpolitiker der CDU auf kommunaler, Landes- und Bundesebene. Andererseits als ehemaliger Vorsitzender des ZDF-Fernsehrats von 2002 bis 2016.

Er habe sich von Journalistinnen und Journalisten eigentlich fast immer fair behandelt gefühlt, berichtet Polenz. „Irritierend finde ich manchmal das, was als Hoch- oder Runterschreiben von Politikern bezeichnet wird. Im ersteren Fall werden auch offenkundige Fehler eher übersehen, beim Runterschreiben werden sie mit der Lupe gesucht, und an dem zuvor Gepriesenen bleibt kein gutes Haar mehr."

Für Polenz steht fest: Politprofis müssen Kritik der Presse aushalten, auch wenn sie diese als unsachlich oder überzogen empfinden. „Kritisch wird es dort, wo es um die wahrheitsgemäße Darstellung von Fakten geht. Ein Recht auf eigene Wahrheit gibt es auch für Journalisten nicht", präzisiert er. Man müsse auch über Tatsachen berichten, „die nicht zu den gemachten kritischen Vorwürfen passen, wenn ihre Kenntnis zur Beurteilung des Sachverhalts gehört".

Einen etwas anderen Blick in Sachen Zumutung hat Ina Blumenthal: Natürlich könne Pressefreiheit für Politikerinnen und Politiker genau eine solche sein. Sie hält das „sogar für ein gutes Zeichen. Wenn Journalismus nie unbequem ist, wenn keine kritischen Nachfragen kommen und niemand unsere Entscheidungen hinterfragt, dann macht die Presse ihren Job nicht", sagt die SPD-Landtagsabgeordnete für Gevelsberg, Ennepetal, Breckerfeld und Hagen, die selbst schon als Journalistin arbeitete. Als Politikerin gehören medienpolitische Themen zu ihren Arbeitsschwerpunkten; Blumenthal sitzt im Ausschuss für Kultur und Medien im Düsseldorfer Landtag.

Die 45-Jährige weiß, dass man in der politischen Arbeit mit Medien oft ein dickes Fell braucht: „Manchmal wird eine Aussage zugespitzt,manchmal trifft ein kritischer Artikel einen wunden Punkt, oder man denkt nach einem Interview: Das hätte ich gerne anders dargestellt gesehen. Aber genau das muss Politik aushalten. Wir sind diejenigen, die öffentliche Verantwortung tragen, und deshalb müssen wir uns auch öffentlich befragen und kritisieren lassen."

An eine Grenze komme diese Freiheit für sie allerdings dort, „wo aus Meinung beispielsweise eine



Politprofis müssen Kritik der Presse aushalten, meint der ehemalige CDU-Generalsekretär Ruprecht Polenz.

konkrete Bedrohung, eine strafbare Beleidigung oder die Verbreitung bewusst unwahrer Tatsachen wird. Das sind aber Grenzen, die für alle gelten müssen, und zwar unabhängig davon, ob mir eine Meinung gefällt oder nicht." Blumenthal bringt es so auf den Punkt: „Kritik an einer Politikerin muss möglich sein. Einschüchterung einer Politikerin ist etwas anderes." Andersherum müssten auch Journalistinnen und Journalisten scharf kritisieren dürfen, ohne deshalb bedroht oder eingeschüchtert zu werden.

Auch Awet Tesfaiesus hält die Pressefreiheit für eine Voraussetzung der Demokratie. „Das heißt aber nicht, dass jeder journalistische Umgang deshalb richtig ist", stellt die Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen klar. Sie ist Sprecherin ihrer Fraktion für Kultur und Medien und wurde 2021 als erste Schwarze Frau – so ihre Selbstbezeichnung – in den Deutschen Bundestag gewählt.

Auch sie habe schon einzelne Journalistinnen und Journalisten als Zumutung empfunden, räumt Tesfaiesus ein. „Aber das ist dann eine Frage des journalistischen Umgangs und nicht der Pressefreiheit. Vor allem, wenn eine Grenze zur Privatsphäre überschritten wurde."

Ein Schutz für die Machtkritik

Tesfaiesus erwartet von Journalistinnen und Journalisten, dass sie sich an journalistische Standards und den Pressekodex halten. Aber: Wer politische Verantwortung übernehme und damit Macht ausübe, müsse sich auch harte, polemische und zugespitzte Kritik gefallen lassen. „Das Bundesverfassungsgericht betont ausdrücklich, dass die Meinungsfreiheit gerade aus dem besonderen Schutzbedürfnis der Machtkritik erwachsen ist. Wo die Grenzen liegen, bestimmt aber nicht die Politik nach eigenem Ermessen." Das mache das Grundgesetz im Artikel 5, Absatz 2 – es nennt die allgemeinen Gesetze, den Jugendschutz und das Recht der persönlichen Ehre.

„Für mich ist deshalb entscheidend: Politikerinnen und Politiker dürfen die Grenze des Sagbaren nicht danach bestimmen, was sie persönlich als verletzend oder unangenehm empfinden", betont Tesfaiesus. Problematisch werde die Pressefreiheit dort, „wo nicht mehr die politische Auseinandersetzung im Mittelpunkt steht, sondern das private und familiäre Umfeld gezielt hineingezogen wird".

Ein Gefüge aus Paragrafen und Selbstregulierungen der Medienbranche hegt die Pressefreiheit in Deutschland bisher zuverlässig ein. Doch reichen angesichts der aktuellen Umbrüche und neuen Playern im Journalismus die bestehenden Gesetze aus, um die Pressefreiheit zu schützen und trotzdem einen fairen Umgang von Presse und Politik zu regeln?

„Was die Presse angeht, ja", antwortet der Christdemokrat Ruprecht Polenz. „Aber was die Medien angeht, besteht ein riesiger Regulierungsbedarf für Social Media. Sie wirken wie ein Durchlauferhitzer für die Bildung der öffentlichen Meinung. Die Algorithmen wirken durch ihre Bevorzugung negativ emotionalisierender, polarisierender Posts demokratiezerstörend." Mit Social Media kennt Polenz sich aus: Den X-Account des 80-Jährigen lesen fast 100 000 Follower.

Grenzen der Selbstregulierung

Während die begleitende Kontrolle von Programmgrundsätzen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk aus seiner Sicht gut funktioniere, beklagt der Politiker einen Bedeutungsverlust des Deutschen Presserats: „Lautstarke Internet-Medien wie NIUS unterzeichnen die Selbstverpflichtungserklärung erst gar nicht", argumentiert Polenz. „Bei der Berichterstattung über die Herkunft von Straftätern hat der Presserat dem Druck nachgegeben und die – meiner Einschätzung nach sinnvolle – Empfehlung aufgegeben, dass nur dann darüber berichtet werden soll, wenn die Kenntnis zur Beurteilung der Straftat von Bedeutung ist. Die Folge: Es wird dann besonders ausführlich berichtet, wenn der Tatverdächtige ein Ausländer, Muslim oder jemand mit Migrationshintergrund ist."

Mit Blick auf die sogenannten „alternativen" Medien am rechten politischen Rand sind sich Polenz, Tesfaiesus und Blumenthal relativ einig: Die Pressefreiheit gelte selbstverständlich auch für sie und habe genauso selbstverständlich auch für sie Grenzen. „Meinungs- und Pressefreiheit schützt nicht nur Meinungen, die ich teile", erklärt dazu Ina Blumenthal. „Auch Medien, Influencer oder Podcaster aus dem rechten oder rechtspopulistischen Spektrum haben grundsätzlich das Recht, ihre Positionen

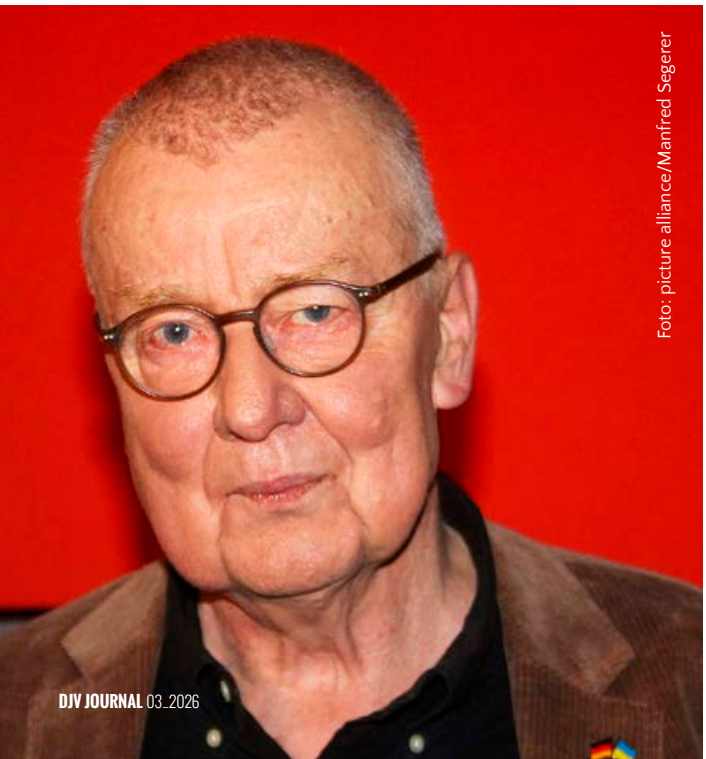


Foto: picture alliance/Manfred Segerer



Foto: Fabian Strauch

Pressefreiheit gilt „auch für Meinungen, die ich nicht teile“, betont SPD-Politikerin Ina Blumenthal.

zu vertreten. Aber Pressefreiheit ist kein Freifahrtschein für Desinformation, Hetze oder die systematische Verächtlichmachung von Menschen und demokratischen Institutionen.“

Blumenthal sieht mit Sorge, wie aus dem rechten Spektrum gezielt eigene Medienöffentlichkeiten aufgebaut würden. „Dort werden politische Gegnerinnen und Gegner teilweise persönlich angegriffen, Journalistinnen und Journalisten diffamiert und bewusst Narrative verbreitet, die Misstrauen in demokratische Institutionen und den Journalismus schüren. Das ist für mich keine normale politische Auseinandersetzung mehr, wenn gezielt mit falschen Tatsachenbehauptungen oder Einschüchterung gearbeitet wird.“

Entscheidend dafür, wer die Pressefreiheit für sich geltend machen kann, sei deshalb nicht, aus welchem politi-

§188 StGB: Mit Kanonen auf Spatzen

Wie ein gut gemeintes Gesetz die Meinungsfreiheit einschränkt

Weil er Bundeskanzler Friedrich Merz in einem Facebook-Kommentar als „Lackaffe“ bezeichnet hatte, fand sich ein Mann Anfang 2026 vor dem Amtsgericht Heilbronn wieder. Zwar wurde das Verfahren gegen eine Geldauflage von 100 Euro eingestellt. Aber das Gericht war überzeugt, dass „Lackaffe“ eine strafbare Politikerbeleidigung nach §188 Strafgesetzbuch (StGB) sei.

Der Paragraf bot auch die Grundlage für eine Strafanzeige gegen den Journalisten eines Jagd-Magazins. Er hatte den Landrat von Ludwigslust-Parchim in einem deutlich als satirisch erkennbaren Beitrag „prunksüchtig“ genannt. Seit Monaten wird gegen den Journalisten ermittelt. Wie kann es sein, dass der Staat derart mit Kanonen auf Spatzen schießt?

Für Ronen Steinke, Journalist der Süddeutschen Zeitung, ist das ein deutliches Warnsignal dafür, dass in Deutschland die freie Meinungsäußerung gefährdet ist – und zwar vonseiten des Staates. Mit seinem Buch „Meinungsfreiheit: Wie Polizei und Justiz unser Grundrecht einschränken – und wie wir es verteidigen“ hat Steinke eine gesellschaftliche Debatte dazu aufgegriffen, ob die Anwendung des § 188 in der Praxis nicht längst über das gut gemeinte Ursprungsziel hinausschießt.

Der Paragraf wurde als Schutz vor Verleumdung und übler Nachrede eingeführt und 2021 um den Tatbestand der Beleidigung von Politikerinnen und Politikern bis hinab auf die kommunale Ebene erweitert. Die Zahl der Ermittlungsverfahren nach dem „188“ ist seit 2021 explodiert. Allein in NRW stieg die Zahl von 199 Fällen (2021) auf 1218 Fälle im Jahr 2024 – Tendenz steigend.

Wenn es nach der saarländischen Justizministerin Petra Berg geht, könnte der Paragraf, der die Meinungsfreiheit auch in eher harmlos wirkenden Fällen so resolut beschneidet, womöglich aber bald die Pressefreiheit schützen: Die Sozialdemokratin schlägt vor, auch Journalistinnen und Journalisten sollten vom §188 vor üblen Beleidigungen in Ausübung ihres Berufes geschützt werden, und hat eine entsprechende Prüfbitte zur Ausweitung des Gesetzes an das Bundesjustizministerium gerichtet. Es gehe ihr dabei angesichts der zunehmenden Verhetzung von Medienschaffenden nicht um den persönlichen, individuellen Schutz der jeweiligen Journalistinnen und Journalisten, sondern um „Demokratieschutz“. Der Staat habe eine Schutzpflicht gegenüber unabhängiger und freier Berichterstattung./**CM**

schen Spektrum ein Medium komme, sondern nach welchen journalistischen und demokratischen Standards es arbeite. „Kritik an Politik ist legitim. Rechtspopulistische Positionen muss eine Demokratie aushalten. Rechtsextreme Hetze und gezielte Desinformation dürfen aber nicht dadurch verharmlost werden, dass man sie einfach als ‚andere Meinung' bezeichnet."

Ein Mittel gegen Desinformation

Für Ina Blumenthal bieten freie Medien ein Gegengewicht zu jenen, „die gezielt versuchen, Fakten durch Stimmung und demokratischen Diskurs durch Feindbilder zu ersetzen. Pressefreiheit ist das Mittel gegen Desinformation. Genau das gilt heute vielleicht mehr denn je."

In der Frage hält auch Awet Tesfaiesus eine genaue Unterscheidung „zwischen Journalismus und anderen Formen öffentlicher Kommunikation" für wesentlich. „Influencer, Podcaster oder politische Akteure können enorme Reichweiten erzielen, ohne journalistischen Standards oder dem Pressekodex verpflichtet zu sein. Das gilt unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung. Bei rechtspopulistischen und rechtsextremen Akteuren kommt hinzu, dass Medien und unabhängiger Journalismus selbst immer wieder zum Gegenstand politischer Angriffe gemacht werden."

Sie ziehe daraus aber nicht den Schluss, die Pressefreiheit sei einzuschränken, betont Awet Tesfaiesus: „Im Gegenteil. Wir müssen uns umso stärker Gedanken darüber machen, wie wir eine vielfältige, unabhängige und wirtschaftlich tragfähige Medienlandschaft erhalten. Wir brauchen starken professionellen Journalismus, der recherchiert, überprüft und einordnet und damit als Korrektiv in unserer demokratischen Öffentlichkeit wirken kann."

Plädoyer für ein Medieninformationsgesetz

Die grüne Medienpolitikerin hält noch bessere rechtliche Rahmenbedingungen für die Arbeit der Presse für nötig. „Dazu gehört für mich insbesondere ein eigenes Medieninformationsgesetz", so Tesfaiesus. „Journalisten und Journalistinnen sind für ihre Arbeit auf Informationen von Behörden angewiesen. Während die Landespressegesetze in den Ländern den Auskunftsanspruch der Presse gegenüber Behörden ausdrücklich regeln, fehlt auf Bundesebene bislang eine entsprechende gesetzliche Regelung."

Tesfaiesus fordert, dass der Auskunftsanspruch gegenüber Bundesbehörden klar und verbindlich gesetzlich geregelt werde. „Gerade mit Blick auf mögliche Änderungen beim Informationsfreiheitsgesetz ist es wichtig, den Zugang der Presse zu staatlichen Informationen nicht zu schwächen, sondern rechtssicher abzusichern. Auch bei der Umsetzung des European Media Freedom Act (EMFA) sieht sie noch Handlungsbedarf. Es brauche beides: Selbstregulierung der Medien und „einen verlässlichen gesetzlichen Rahmen, der die Unabhängigkeit der Presse gegenüber staatlicher Einflussnahme schützt".||



Awet Tesfaiesus betont den Wert eines starken und professionellen Journalismus.

Foto: Stefan Kaminski

WENN DIE SUCHMASCHINE SELBST ANTWORTET

KI-Zusammenfassungen machen Plattformen zu Inhalteanbietern

von Kai Heddergott

Als zwei Münchner Verlage im Frühjahr ihre eigenen Namen bei Google eingaben, lasen sie Erstaunliches: Angeblich locken sie Menschen in Abo-Fallen und betrieben unseriöse Geschäfte. Verfasst hatte die negative Auskunft kein Mensch, sondern der AI-Overview, die „Übersicht mit KI", also jener automatisch erzeugte Antworttext, den Google seit 2025 über die Trefferlisten bei Suchanfragen setzt.

Die Vorwürfe waren unzutreffend, die generative KI hatte hier Informationen unsauber extrahiert und letztlich falsch zusammengeschoben. Die Verlage (Verlagshaus 24/GeraNova Bruckmann Verlagshaus GmbH sowie der Gera-Mond Verlag) zogen vor Gericht und bekamen recht. Mit dem Urteil vom 28. Mai 2026 untersagte das Landgericht München I dem Suchmaschinen-Konzern die über die KI-Zusammenfassung verbreiteten Behauptungen und drohte ein Ordnungsgeld von bis zu 250 000 Euro an.



Fotos Gert Krautbauer

„KI-Suchmaschinen sind Inhalteanbieter – und müssen auch so reguliert werden."

Thorsten Schmiege

Thorsten Schmiege ist Präsident der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM) und Vorsitzender der Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten (DLM).

Vom Vermittler zum Anbieter

Die Begründung reichte über den Einzelfall hinaus: Google hafte als unmittelbarer Störer und könne sich nicht auf die Haftungsprivilegien für Suchmaschinen berufen. Wer eine KI eigene Antworten formulieren lässt, steht dafür ein wie für eigenen Inhalt. Das Urteil ist aktuell noch nicht rechtskräftig, Google hat Berufung angekündigt.

Zu demselben Schluss wie der richterliche Entscheid kommt ein Rechtsgutachten, das die Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten (DLM) am 25. Juni 2026 in Hamburg vorstellte. Die Rechtswissenschaftler Jan Oster und Christoph Busch formulieren darin eine

klare Aussage: KI-generierte Antworten sind regelmäßig eigene Inhalte des Anbieters. Das gilt nicht nur, wenn die Software nach einem Prompt halluziniert, also Sachverhalte frei erfindet. Sondern auch dann, wenn sie aus fremden Quellen durch algorithmische Aufbereitung, Vermischung und Verdichtung gezielt Neues schafft.

Damit greift das zentrale Schutzschild der Plattformen nicht mehr: das Haftungsprivileg des Digital Services Act (DSA), der EU-Verordnung über digitale Dienste. Dessen Artikel 4 bis 6 befreien Vermittler von der Verantwortung für fremde Inhalte, aber nur für Informationen, die Nutzerinnen und Nutzer bereitstellen. Ein selbst formulierter Antworttext ist keine solche fremde Information.

Dr. Thorsten Schmiege, Vorsitzender der DLM (zugleich Präsident der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien, BLM), führte in der Pressemitteilung zur Vorstellung des Gutachtens aus: „KI-Suchmaschinen sind Inhalteanbieter – und müssen auch so reguliert werden." Und weiter stellte er eine Frage, auf die er gleich einen Antwortvorschlag mitlieferte: „Aber haftet der KI-Anbieter auch für halluzinierte, frei erfundene Falschinformationen? Eine eigenständige Telemedien-Kategorie für KI-Suchmaschinen im Medienstaatsvertrag würde hier für Klarheit sorgen."

Erster Bescheid zu KI-Übersichten

Aus dieser Rechtsauffassung wurde bald darauf Verwaltungshandeln. Die Kommission für Zulassung und Aufsicht (ZAK) der Medienanstalten erließ am 14. Juli 2026 erstmals Bescheide gegen Googles AI-Overviews und den KI-Chatbot Perplexity. Sie stützte sich dabei auf die Paragrafen 91 bis 94 Medienstaatsvertrag. Diese verpflichten Medienintermediäre, also Dienste, die über die Auffindbarkeit fremder Inhalte mitentscheiden, zu Transparenz und Diskriminierungsfreiheit.

Der Vorwurf hier: Die prominent platzierte KI-Antwort dränge die Linkübersicht nach unten und benachteilige journalistische Angebote. Google hat Rechtsmittel angekündigt, bestandskräftig sind die Bescheide noch nicht. Der Suchmaschinen-Anbieter verwies darauf, dass sich die „Vorlieben der Menschen bei der Suche nach Informationen wandeln" und dass die KI-Übersichten ohnehin das „Sucherlebnis" in Deutschland verbesserten. Geführt hatten die Verfahren die Medienanstalten Hamburg/Schleswig-Holstein und Berlin-Brandenburg.

„KI-Suchmaschinen und -Chatbots sind Inhalteanbieter – und wir wenden deutsches Medienrecht ab sofort konsequent auf sie an", führte Thorsten Schmiege, diesmal in der Doppelrolle als Vorsitzender von ZAK und DLM, dazu aus. Und weiter: „Wer über die Auswahl und Platzierung von Links die Auffindbarkeit von Inhalten steuert, muss dies transparent machen – sonst verschwindet die Vielfalt journalistisch-redaktioneller Medien".

Es geht auch um Reichweite

Für die Nutzung redaktioneller Inhalte bedeutet der Rechtsstreit um die KI-Übersichten nicht nur eine juristische Fachdebatte. Die zunehmend durch KI-Zusammenfassungen getriggerte Nutzungsveränderung hat Folgen für den Journalismus insgesamt: Wenn die schnell lesbare Antwort über den Suchtreffern steht, klickt kaum noch jemand weiter. Längst etabliert sich der Begriff „No-Klick-Internet". Diese Entwicklung ist eine ernsthafte Bedrohung für journalistische Geschäftsmodelle, die zur Monetarisierung ihrer Inhalte durch Werbung auf Klicks angewiesen sind.

Der deutsche SEO-Dienstleister Sistrix hat im Februar in einem Blog-Beitrag eine Analyse von rund 100 Millionen Suchbegriffen der Google-Suche zusammengefasst: Danach fällt die Klickrate auf den ersten Treffer von 27 auf 11 Prozent, sobald eine KI-Übersicht erscheint. Auf Deutschland bezogen sind das monatlich rund 265 Millionen organische Klicks weniger. Google äußerte sich kritisch zur von Sistrix angewandten Methodik und ließ sich auf der Website des Festivals Online Marketing Rockstars so zitieren: „Diese Studie weist erhebliche blinde Flecken auf – grundlegende Informationen wie der untersuchte Zeitraum oder die Entscheidung zwischen Mobile- und Desktop-Traffic fehlen völlig." Auf die übergeordneten Veränderungen bei der Online-Suche ging der Google-Sprecher auch hier nicht ein. Der Versuch einer Entkräftung blieb erneut blass.

Juristischer Hebel (noch) mit Fragezeichen

Ob der Versuch der deutschen Medienaufsicht, Google für KI-generierte Inhalte in Haftung zu nehmen, juristisch langfristig trägt, muss sich zeigen. Kritische Stimmen verweisen auf das Herkunftslandprinzip: Google Ireland sitzt in Dublin, und der DSA harmonisiert die Plattformregulierung europaweit. Nationale Sonderpflichten könnten daran scheitern. Als Präzedenz hierfür gilt das Netzwerkdurchsetzungsgesetz, das das Verwaltungsgericht Köln 2022 in Teilen für europarechtswidrig erklärte, gerade wegen dieses Prinzips.

Aktuell arbeiten die Bundesländer am Digitale-Medien-Staatsvertrag. Die Ministerpräsidentenkonferenz kündigte am 25. Juni 2026 an, mit einer Novelle zum 1. August 2027 den Einsatz von KI durch die Landesmedienanstalten bei ihrer Internet-Aufsicht zu regeln. Bis zur Bestätigung der jüngsten Urteile und Bescheide bleibt die Einschätzung zu den AI-Overviews vorerst noch eine begründete Auffassung der zuständigen Medienbehörden. Vermutlich wird erst eine höchstrichterliche Klärung den Rahmen fest abstecken.||

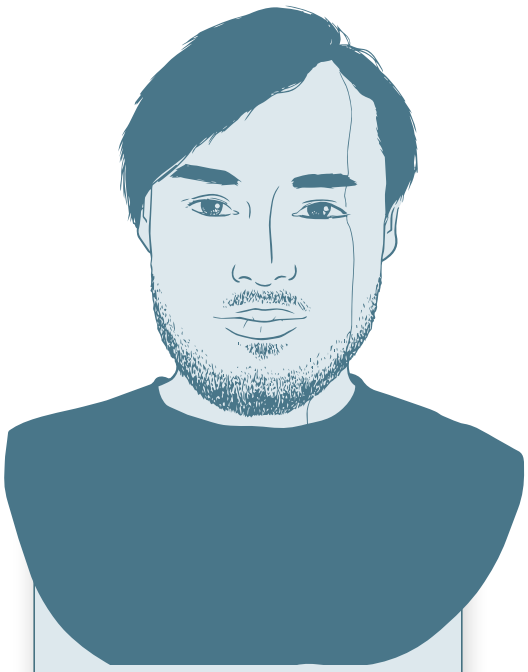
80 JAHRE – 80 GRÜNDE

Der DJV ist 80 Jahre alt geworden. Auf Anregung des Landesvorstands haben wir dazu auf Instagram eine Glückwunschkette mit Reels gestartet, in denen Journalistinnen und Journalisten ihre Gründe für ihre Mitgliedschaft nennen. Hier sind acht davon. Mehr unter www.instagram.com/DJV_NRW.



VEERLE SEELIG:
AUSTAUSCH

„Gerade am Anfang ist man mega lost als junge Person und weiß nicht, ob das alles so richtig ist, wie mit einem umgegangen wird oder welche Rechte man bei Honoraren und Tarifen hat. Da war und ist die Gewerkschaft eine gute Säule für mich."



TOM SCHNEIDER
EVENTS

„Mir geht es um die Gemeinschaft, die mir als junger Journalist viel geben kann. Dass man beim DJV zusammenkommt mit Menschen aus unterschiedlichen Ressorts und Medien. Sei es am JoTag und gerade für mich als junger Mensch bei Events für Junge. Ist zum einen gut fürs Netzwerk, aber auch, weil man mitkriegt, wie andere arbeiten und davon für die eigene Arbeit viel mitnehmen kann."



ANNETTE KALSCHEUR
ORTSVEREINE

„Mir sind die Ortsvereine wichtig, die wir überall in NRW haben. Ich bin im Ortsverein Duisburg und freue mich auf die Treffen, die Stammtische, die Austausche, unseren Medien-Talk. Wir tauschen uns aus, wir unterstützen uns. Es sind immer gute Gründe, zusammen zu sein, ein Bier zu trinken und Mitglied im DJV zu sein."



CORINNA NOHN

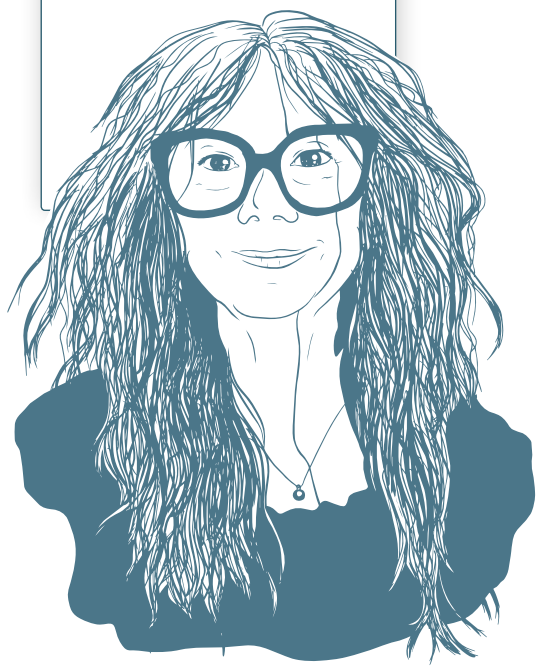
JURISTISCHE UNTERSTÜTZUNG

„Ich freue mich immer sehr, eben nicht nur privat, sondern auch als Betriebsrätin in arbeitsrechtlichen Fragen beim DJV sehr schnell kompetente Ansprechpartner:innen persönlich sprechen zu können und eine profunde und rechtssichere Auskunft zu bekommen. Und von dem Erfahrungsschatz, gerade in der Verlags- und Medienbranche, zu profitieren."

STEPHANIE HAJDAMOVI

SOLIDARITÄT

„Ich selber bin ganz bewusst seit über 40 Jahren Mitglied in einer Gewerkschaft, weil mir Dinge wichtig sind wie Solidarität, Gerechtigkeit, füreinander da sein und sich für die Arbeitsbedingungen aller einsetzen. Mein Appell: Solidarisiert euch, seid füreinander da, kämpft füreinander und vernetzt euch!"





CARSTEN VOGEL

UNTERSTÜTZUNG BEI BETRIEBSRATSARBEIT

„Einer der wichtigsten Gründe für mich, dabei zu sein, ist, dass ich während meiner Arbeit als Betriebsrat den DJV-NRW über die Jahre enorm schätzen gelernt habe. Warum? Der Grund ist einfach: Der DJV-NRW berät und unterstützt uns Betriebsräte in unserem Arbeitsalltag und steht uns mit Rat und Tat zur Seite. Eine Hilfe, die für uns absolut wertvoll ist!"



KAI HEDDERGOTT

WEITERBILDUNG

„Der DJV-NRW macht mich schlauer. Durch Weiterbildungsveranstaltungen, durch Netzwerktreffen, durch solche Veranstaltungen wie den Journalistentag. Dort begegnet man Menschen und Kolleginnen und Kollegen, die sehr viel über den Journalismus wissen und wohin er sich entwickelt. Da hole ich sehr, sehr viel raus."

SEBASTIAN BROCK

ANLAUFSTELLE FÜR JUNGE JOURNALIST:INNEN

„Der DJV ist eine super Anlaufstelle für junge Journalist:innen, die vielleicht gerade ihr Volo begonnen haben und noch ein bisschen Orientierung brauchen. Es kann gerade hilfreich sein bei Medienhäusern, die vielleicht keinen Betriebsrat haben."



Illustration: Vera Molthagen

ZU VIELES NOCH UNGEWISS

Die Programmreform beim Deutschlandfunk besorgt nicht nur Freie

von Corinna Blümel

Montagfrüh vor dem Hochhaus des Deutschlandfunks (DLF) im Kölner Süden: Wer am 7. September zur regulären Mitarbeitendenversammlung ins Funkhaus kam, lief oder fuhr an der Mahnwache vorbei, zu der Gewerkschaftsmitglieder in der Freienvertretung aufgerufen hatten. Mit zwei großen Bannern wiesen die Kolleginnen und Kollegen auf die ungewisse Situation der Freien hin: Wenige Wochen vor Umsetzung der großen Programmreform beim DLF ist für viele langjährige Freie nicht klar, ob und wie sie im künftigen Programm ihren Platz und ihre Aufträge finden werden.

Bekannt ist zu diesem Zeitpunkt, dass mit dem neuen Programmschema ab 30. November Sendungen wie „Tag für Tag", „Forschung aktuell", „Büchermarkt", „Wirtschaft am Mittag" oder „Campus und Karriere" entfallen werden. Ein tiefer Einschnitt für die Redaktionen und ihre Freien genauso wie für die treue Stammhörerschaft.

Dabei bleiben die Fachredaktionen erhalten. Sie sollen ihre Inhalte in längeren Magazinen und Schwerpunktsendungen des linearen Programms präsentieren sowie in neuen digitalen Formaten, die teils noch entwickelt werden. Vor allem sollen sie ihre Angebote stärker den aktuellen, reichweitenstarken Informationsstrecken zuliefern. Wie gut das gelingt, wenn sie ihre Spezialthemen gegeneinander „pitchen" müssen, wird sich ab Dezember zeigen.

Ungewissheit für die Freien

Was genau das alles für die Freien in diesem Bereich bedeutet, ist im September noch nicht klar, erzählen Britta Wagner und Vivien Leue, Erstere Vorsitzende und Zweitere Mitglied der Freienvertretung sowie Beisitzerin im DJV-NRW-Landesvorstand. Wie finden Beiträge in der neuen Struktur ihren Platz? Klappt das auch für Nischenthemen? Wie finden Hörerinnen und Hörer künftig „ihre" Inhalte, für die sie den Deutschlandfunk bisher einschalten? Und nicht zuletzt: Wie wird das Programm eigentlich künftig klingen? Bleibt ein eigener DLF-Ton oder wird es sich anhören wie andere öffentlich-rechtliche Wortprogramme?

Entscheidung für die große Reform

Es ist eine Frage, die Medienhäuser seit Jahren umtreibt: Wie lange vertrauen sie auf bewährte Formate? Ab welchem Punkt richten sie das Programm an aktuellen Nutzungsgewohnheiten und an bisher nicht erreichten Zielgruppen aus? Wer behutsam und in kleinen Schritten vorgeht, riskiert über Jahre latente Unruhe im Haus. Wer den radikalen Schnitt macht, schafft größeren Schrecken bei Festen und Freien, den aber dafür zeitlich begrenzt.

Der Deutschlandfunk (DLF) hat sich für die zweite Option entschieden und arbeitet seit rund zwei Jahren an einer grundlegenden Programmreform. Es ist die erste, seit der Sender 1994 im Deutschlandradio aufging (siehe Kasten „Geschichte des Deutschlandfunks"). Dabei soll das bisher stark gegliederte lineare Programm mit kurzen Einzelsendungen zugunsten längerer Sendestrecken, Magazine und Schwerpunktsendungen weichen. Zugleich sollen Hörerinnen und Hörer verstärkt

Geschichte des Deutschlandfunks

Der Deutschlandfunk (DLF) wurde 1962 gegründet, als deutsch- und fremdsprachiges Auslandsprogramm für die DDR, Osteuropa und die westeuropäischen Nachbarländer. Innerhalb von Deutschland durfte der DLF nicht flächendeckend senden. Nach der Wiedervereinigung änderte sich das. Die Europa-Abteilung wechselte mit ihren Fremdsprachenprogrammen 1993 zur Deutschen Welle. 1994 ging der DLF mit dem West-Berliner RIAS und dem ehemaligen DDR-Sender Deutschlandsender Kultur in der neuen Körperschaft Deutschlandradio auf. Das Sendegebiet umfasst heute das gesamte Bundesgebiet. Unter den drei eher wortlastigen Deutschlandradio-Programmen – Deutschlandfunk, Deutschlandfunk Kultur und Deutschlandfunk Nova – zeichnet sich der Erstgenannte durch einen besonders hohen Wortanteil aus.





Fotos (2): Jessica Sturmberg

Mit einer Mahnwache haben die Freien beim Deutschlandfunk auf ihre Sorgen aufmerksam gemacht. Ihr Motto dabei: „Alle von Relevanz" in Anlehnung an den bekannten Claim des Senders („Alles von Relevanz").

ins Digitale gelockt werden und Fachinhalte in der Audiothek nutzen.

Hinter dem geplanten Umbruch steht die grundsätzliche Frage nach der Zukunft des linearen Radios. Das bisherige DLF-Programmschema setzt darauf, dass einzelne Sendungen gezielt eingeschaltet werden, weil der Inhalt interessiert. Das ist genau, was Hörerinnen und Hörer schätzen, wie aus vielen Gesprächen zu hören ist.

Was die Medienforschung sagt

Der allgemeinen (nicht DLF-spezifischen) Mediennutzungsforschung zufolge ist Radio primär längst Begleitmedium: Wer Zeit zum Hören hat, sucht das passende Programm – meist zu festen Zeiten, etwa beim Frühstück oder im Auto auf dem Arbeitsweg. An den „Drive Times" mit der höchsten Audionutzung richten viele Sender seit Jahren ihr Programm aus.

Aktueller ist ein zweiter Trend: Wer sich für bestimmte Inhalte interessiert, hört zunehmend „on demand", nutzt also die Audiotheken. Allerdings zeigen Erfahrungen nicht nur im DLF, dass aufgezeichnete Sendungen in der Regel unbeliebter sind als Angebote, die direkt fürs Netz produziert werden. Um das Non-Lineare mit eigenständigen Formaten zu stärken, schichtet der DLF aus dem Linearen um, so wie es auch andere Sender tun.

Nicht zuletzt geht es darum, den „Generationenabriss" zu verhindern. Dieser droht überall dort, wo es Medien nicht gelingt, jüngere Nutzende für sich zu gewinnen. Eine besondere Herausforderung für den Deutschlandfunk mit seiner eher älteren Hörerschaft.

Auch ein Auftrag der Medienpolitik

Zwar arbeitet der DLF an seiner Programmreform seit zwei Jahren und aus eigenem Antrieb. Aber heute müsste er zumindest Teile davon sowieso in Angriff nehmen: Der Ende 2025 verabschiedete Medienänderungsstaatsvertrag enthält für die Öffentlich-Rechtlichen den expliziten Auftrag, jüngere Zielgruppen zu erreichen. Auch der Ausbau digitaler Angebote steht – neben Themen wie mehr Kooperationen unter den Sendern und einem verstärkten Dialog mit dem Publikum – auf dem medienpolitischen Aufgabenzettel.

Die DLF-Senderspitze sieht sich dabei auf gutem Weg zu einem vielfältigen Angebot mit thematischer Breite und fachlicher Tiefe. Teile des Stammpublikums und der Mitarbeitenden fürchten dagegen eine Verflachung und eine Konzentration auf Themen, die andere Medien sowieso behandeln. Diese Sorge formuliert auch eine Petition gegen die Reform und lobt das aktuelle Programm, das „gut informierte, höchst interessant aufbereitete, unaufgeregte und verlässliche Informationen" biete. Auch Mitglieder im DLF-Hörfunkrat, der sich in der Sitzung am 10. September zum wiederholten Mal mit der Reform befasste, befürchten einen Verlust der publizistischen Tiefe und warnen vor einer Abkehr treuer Stammhörer, wie epd Medien berichtete.

Ob die versprochene Kombination aus thematischer Breite und fachlicher Tiefe gelingen wird? Das erfüllt auch die Freien, von denen viele für Fachredaktionen arbeiten, mit Skepsis: „Themenvielfalt ist ja das, wofür der Deutschlandfunk steht", sagt Vivien Leue. „Aber wir haben die Sorge, dass genau diese Vielfalt abnehmen wird." Und Britta Wagner weist darauf hin, „dass sich Freie auf Dauer eine Spezialisierung nur leisten können, wenn sie gute Chancen sehen, ihre Beiträge im Programm unterzubekommen. Das könnte in Zukunft schwieriger werden."

Wie zu hören ist, verschickt der Sender nach und nach sogenannte Einschränkungsmitteilungen an betroffene Freie – als Zeichen, dass sie sich darauf einstellen müssen, beim DLF künftig weniger zu verdienen. Für Unmut sorgt zudem, dass sich etliche freie Kolleginnen und Kollegen langwierigen Bewerbungs- und Castingverfahren unterziehen müssen, auch wenn sie seit vielen Jahren „on air" sind. Dabei sind sich Freienvertretung und Personalrat einig: Der Deutschlandfunk braucht auch in Zukunft die Expertise der Freien.

Bei einer digitalen Info-Schalte am 9. September hat unter anderem DJV-NRW-Justiziar Christian Weihe über die Rechte der arbeitnehmerähnlichen Freien informiert. Für Mitglieder steht das DJV-NRW-Justiziariat auch weiterhin gerne zur Verfügung.||

WANN KEHRT WIEDER RUHE EIN?

Bei RTL ist der nächste Stellenabbau angekündigt

von Carmen Molitor und Corinna Blümel

Bei RTL Deutschland reißen die Sorgen für die Beschäftigten nicht ab. Nach dem Abbau von 600 Stellen Anfang des Jahres (siehe „Die Wochen nach dem Beben", JOURNAL 1/26), stehen nun weitere 500 Vollzeitstellen auf dem Streichplan. Das schürt Unruhe bei RTL News in Köln.

Dass weiter Personal reduziert wird, kommt zwar nicht überraschend, der Umfang schon. Hintergrund ist die Übernahme von Sky Deutschland, die RTL zum 1. Juni formell abschließen konnte. Schon zu Beginn des Prozesses war klar: Die erhofften Synergien sollen unter anderem durch den Abbau von Doppelstrukturen erreicht werden. Nachdem bisher einige Änderungen in der Chefetage vorgenommen wurden, sind jetzt wohl Verwaltung, Produktion und Redaktionen dran.

Die Fusion bekommt ein Preisschild

„Spätestens jetzt bekommt die Fusion von RTL und Sky ein Preisschild", kritisierte der DJV-Bundesvorsitzende Mika Beuster: „Die Sender-Chefs nennen das Synergien. Für die Beschäftigten sind es verlorene Arbeitsplätze und für den Journalismus ein massiver Kompetenzverlust."

Der größte Teil der Maßnahmen soll noch im laufenden Jahr abgeschlossen sein, der Rest bis Ende 2027. Versprochen ist ein sozialverträglicher Abbau – ohne betriebsbedingte Kündigungen. Dazu gehört, dass auslaufende Verträge nicht verlängert und offene Stellen nicht nachbesetzt werden. Der Rest soll wie zu Beginn des Jahres über ein Anspracheverfahren laufen.

Noch traumatisiert vom Januar

Genau das bereitet dem Betriebsrat bei der Inhaltetochter RTL News Bauchschmerzen, sagt erklärt Wolfram Kuhnigk, Betriebsratsvorsitzender bei RTL News: „Wir haben eine erneute Phase der Unsicherheit in unserer Firma: Wer wird jetzt angesprochen werden, wer soll dieses Mal seinen Arbeitsplatz verlieren?" Dabei seien die Kolleginnen und Kollegen noch traumatisiert vom Prozess Anfang des Jahres - „als wir schon viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verloren haben".

Thomas Rabe, Chef des RTL-Mutterkonzern Bertelsmann, räumte im Gespräch mit dem Handelsblatt ein, dass 500 Stellen „natürlich eine große Zahl" seien. Doch sei dies erforderlich, um „ein noch schlagkräftigeres Unternehmen aufzubauen". Er beteuerte, man schneide „keineswegs in die Substanz".



Wolfram Kuhnigk, Betriebsratsvorsitzender bei RTL News.

Wie andere Medienhäuser kämpft RTL damit, dass das Lineare schneller an Bedeutung verliert als gedacht (siehe auch „WDR: So viel Umbau war nie", Seite 37). Weil das bei Privatsendern zu Rückgängen der Werbeeinnahmen führt, setzt RTL entschieden auf Streaming. Tatsächlich konnte die RTL Group im ersten Halbjahr in diesem Bereich erstmals schwarze Zahlen vermelden. Für das Gesamtjahr erwartet Bertelsmann sogar ein bereinigtes operatives Ergebnis von rund 120 Millionen Euro.

Auch Kuhnigk hat diese Entwicklungen im Blick und weist darauf hin: „Die Geschäftsführer sind nicht nur dem Gesellschafter gegenüber verantwortlich, sondern auch unseren Kolleginnen und Kollegen. Jahrzehntelang war RTL ein sicherer Arbeitgeber, dieses Image steht infrage."

Vor allem bei Sky in Unterföhring soll die Erschütterung groß sein. Offenbar hat die Belegschaft wenig Erfahrung mit solchen Prozessen. Für den Konzernbetriebsrat war „maßgeblich und wichtig, dass auch Unterföhring und das Landesstudio Ost in den bestehenden Sozialplan von RTL Deutschland aufgenommen werden", erklärt Kuhnigk. „Und dass auch die Transfergesellschaft für die neuen Kolleginnen und Kollegen gilt." In Köln hoffen die Kolleginnen und Kollegen derweil aller Unruhe zum Trotz, dass es sie dieses Mal nicht so schwer trifft wie im Januar. ||

WDR: SO VIEL UMBAU WAR NIE

Der Abbau beginnt mit klaren Zielvorgaben

von Volkmar Kah

Die Mediennutzung ändert sich rasanter als gedacht. Aktuelle Prognosen gehen davon aus, dass in Kürze mehr Menschen non-lineare Video-Inhalte (Streaming, Mediathek, Social Media) schauen als klassisches lineares Fernsehen. Angesichts dieses sogenannten Kipppunkts steht der WDR vor einem tiefgreifenden Umbau.

Ein neuer Zeitabschnitt

Am 25. September informierte WDR-Intendantin Dr. Katrin Vernau Mitarbeitende, Gremien und Presse, was bis 2030 geplant ist: eine noch stärkere Konzentration auf non-lineare Inhalte verbunden mit einer Reduzierung des originären Programms in Fernsehen und Hörfunk und eine kleinere Belegschaft. Vernau hatte schon länger das Motto „Mehr Kraft in weniger Angebote“ ausgegeben.

Konkret entfallen im ersten Schritt 76 Angebote – von Newslettern und Apps über einzelne Sendungen in Hörfunk und Fernsehen, darunter Frau TV, Menschen hautnah und WDR Story, bis zur lange angekündigten Einstellung des Nischensenders One sowie von Cosmo und WDR Event.

Unter dem Strich kann man sagen: Für den WDR beginnt ein neuer Zeitabschnitt. Aber zumindest gibt die Hausspitze dafür ein klares Ziel vor. „Es ist ein Weg, der der derzeit schon hoch belasteten Belegschaft – fest wie frei – in den nächsten Jahren eine Menge abverlangen wird“, kommentierte Stefan Lenz, stellvertretender Vorsitzender des DJV-NRW. Zumindest sei „gut und richtig, dass zu Beginn eines solchen Prozesses eine klare Aussage bezüglich Zielsetzung, Zeithorizont und Art der anstehenden Veränderungen erfolgt.“ In der Vergangenheit hat der WDR oft nicht so strukturiert kommuniziert.

Der Prozess ist mit einem deutlichen Personalabbau verbunden: Für jede dritte Stelle, die in den kommenden drei Jahren im WDR durch Rente oder Pensionierung frei wird, gilt eine Wiederbesetzungssperre. Angesichts der Altersstruktur im WDR geht es um 133 Stellen.

Widersprüchliche Ziele

In den Regionalstudios sollen einhundert Stellen in der Produktion wegfallen, teils ganz gestrichen, teils verlagert. Fraglich ist allerdings, wie das mit der Infostrategie zur Stärkung regionaler Inhalte zusammenpasst. Schon jetzt wird im Regionalen immer mehr inhaltliche Verantwortung auf die Freien übertragen. Zu befürchten ist, dass der angekündigte Abbau in der Produktion der Lokalstudios das verschärfen wird. Lenz: „Wir werden Seite an Seite mit dem Personalrat darauf achten, dass das nicht auf dem Rücken der verbleibenden Belegschaft und auf Kosten der journalistischen Qualität ausgetragen wird.“

Zugleich unterstützt der DJV den Personalrat in seiner Kritik, dass er viel zu kurzfristig informiert wurde. Die klare Forderung: In die anstehenden Maßnahmen muss der Personalrat frühzeitig eingebunden werden!

Ein besonderes Augenmerk gilt den mehr als 2300 arbeitnehmerähnlichen Freien im WDR. Denn die Intendantin hat angekündigt, dass es künftig weniger Aufträge geben wird. Für die Kolleginnen und Kollegen, die teilweise seit Jahrzehnten mit großer Loyalität zum Haus das Programm gestalten, fordert der DJV konkrete Antworten.

Angesichts der Nutzungsverschiebung sei nachvollziehbar, dass ein Veränderungsprozess notwendig sei, sagt Lenz, stellt aber auch klar: „Wenn der gelingen soll, muss ihn insbesondere die operative Führungsebene transparent und mitnehmend für feste und freie Mitarbeitende gestalten.“||

Mehr Infos

Was bedeuten die Pläne für Feste und Freie? Wie reagiere ich auf ich eine Einschränkungsmitteilung? Der DJV-NRW informiert auf seiner Unterseite zum WDR über diese Fragen und gibt Tipps, worauf Freie achten sollten (siehe QR-Code oder Link unten). Das Justiziariat berät Mitglieder in Info-Schalten und gebenenfalls individuell.

djv-nrw.de/wdr-news

EIN UNWÜRDIGES ENDE

Wie DuMont die Rheinische Redaktionsgemeinschaft abserviert

von Corinna Blümel

Viel Salbungsvolles war im September in der Sonderausgabe zu 150 Jahren Kölner Stadt-Anzeiger (KStA) und 80 Jahren Kölnische Rundschau (KR) zu lesen: Tageszeitungen als wichtige Säulen der Demokratie und Beitrag zum Zusammenhalt. Es ging um Tradition, um Nähe zu den Menschen und um das Gespür für Themen. Und in einem Interview mit vier Mitgliedern der DuMont-Familienstämme sagt Hannibal DuMont Schütte: „Die regionale Verankerung wird in Zukunft nochmal an Bedeutung gewinnen – das sind in großen Teilen Informationen, die eine KI nun einmal nicht haben kann. Lokalberichterstattung ist unser Alleinstellungsmerkmal."

Genau das Gegenteil gemacht

Wenn DuMont sich mal an diese Erkenntnis halten würde. Stattdessen legte das Medienhaus zeitgleich die Axt an seine Verankerung im Lokalen und bereitete die Schließung der Rheinischen Redaktionsgemeinschaft (RRG) vor: Am 30. September 2026 war Schluss für die Tochtergesellschaft, die seit 2014 für die Berichterstattung und Produktion der Regionalteile KStA und KR in fünf Landkreisen rund um Köln zuständig war. Das Aus für 63 erfahrene Lokalredakteurinnen und -redakteure plus zwölf Sekretärinnen.

Während die Tätigkeit der RRG „endet" und 57 Vollzeitstellen „entfallen", wie es DuMont in seiner Mitteilung vornehm formulierte, geht der Auftrag über an die Tochtergesellschaft KStA Medien Metropolregion Köln GmbH: Digitale Regio-Teams sollen angeblich Inhalte für alle Ausspielwege produzieren – mit viel KI, die Workflows automatisieren und die Inhalte für Zeitung, E-Paper und neue journalistische Apps und Portale aufbereiten soll. Letztere sollen ab Herbst entstehen.

Das Ziel laut DuMont: die Printausgabe „langfristig wirtschaftlich abzusichern, unabhängigen Journalismus auch im Lokalen zu bewahren und zugleich die digitalen journalistischen Angebote vor Ort auszubauen". Umfang, Lokalteile und Zustellung blieben dabei wie gehabt, beteuert DuMont. Zudem versichert das Haus: „Reporterinnen und Reporter der Kölner Stadt-Anzeiger Medien bleiben in allen Regionen präsent, persönlich erreichbar und für feste Berichtsgebiete verantwortlich."

Ein Zaubertrick?

Wie dieser Zaubertrick zu schaffen ist, wird die KStA Medien mit seiner Tochter Metropolregion Köln noch beweisen müssen. Schließlich haben alle RRG-Kolleginnen und -Kollegen, die größtenteils seit Jahrzehnten in ihrem Berichtsgebiet unterwegs sind, die Kündigung erhalten. Immerhin können sie sich auf die neuen Stellen bewerben – zu deutlich schlechteren Konditionen. Zudem sind für die neue Tochtergesellschaft gerade mal 30 Vollzeitstellen vorgesehen - weniger als die Hälfte der über die Jahre bereits systematisch ausgedünnten Ausstattung der RRG-Redaktionen.

Nur mit Mühe konnte der Betriebsrat unter Stefan Lenz, dem stellvertretenden Vorsitzenden des DJV-NRW, dem Haus im September einen Sozialplan abringen, der sich am unteren Ende des Üblichen bewegt. Ein unwürdiges Ende für die Gesellschaft, die als Sparmaßnahme entstanden war.

Die Lokalredaktionen von KStA und KR wurden damals in einer gemeinsamen – tariflosen – Tochter von DuMont und Heinen-Verlag zusammengelegt. Ein Schlag für die Beschäftigten der vorherigen Konkurrenzblätter. Allerdings wuchsen die Kolleginnen und Kollegen spätestens mit dem langen und erfolgreichen Streik um einen Haustarifvertrag zusammen (siehe auch „Von Schock zu Schock", Seite 66).

Als der Heinen-Verlag im Frühjahr seine publizistische Tätigkeit einstellte und die Rundschau-Redaktion bei DuMont landete (siehe „Wieder zwei weniger", JOURNAL 2/26), nahm die Vernachlässigung des Arbeitgebers für die inzwischen 100-prozentige DuMont-Tochter RRG rapide zu. Schon länger waren einzelne Redakteurs- und Sekretärinnenstellen vakant. Immer mehr Redaktionen arbeiteten am Limit. Eine neue Doppelspitze erklärte, sie wolle sich das „in Ruhe anschauen und zum Jahresende entscheiden", wie aus der Belegschaft zu hören war.

Der Betriebsrat hakte beharrlich nach. Warum das vergeblich war, wissen



Mit Streiks wie diesem 2018 in Euskirchen hatte die Belegschaft der RRG einen Haustarifvertrag erstritten.

Foto: Klaus Daub

alle Beteiligten heute. Stefan Lenz: „Wir müssen davon ausgehen, dass die Stilllegung der RRG von langer Hand geplant war, ähnlich wie im Herbst 2023 die überfallartige Schließung der DuMont- Druckerei."

Kritik aus Politik und Leserschaft

Zwar gab es nach Bekanntwerden der Schließung keinen großen Aufschrei, aber in den betroffenen Regionen kommt die Entwicklung nicht gut an. Schon bald meldeten sich Leserinnen und Leser bei den Redaktionen, die die Entscheidung deutlich kritisierten. Und zu dem Zeitpunkt war noch nicht mal bekannt, dass DuMont zum 1. Oktober auch noch die Abopreise erhöhen würde. Frei nach dem Motto „Mehr zahlen für weniger Lokaljournalismus".

Auch einzelne Politiker sind in Kontakt zu „ihrer" Redaktion vor Ort, wie zu hören ist. Andere sind nach eigener Aussage direkt an den Verlag herangetreten und haben ihre Sorge geäußert, dass der eigene Landkreis aus dem Fokus fällt.

In Vertretung der RRG-Belegschaft hatte die Kölner Journalisten-Vereinigung im September 40 Landes- und Bundespolitikerinnen und -politiker angeschrieben, von denen einige direkt geantwortet und ebenfalls ihren deutlichen Unmut geäußert haben. Ihnen ist klar, dass die beste KI keinen Lokaljournalismus macht, dass es Kolleginnen und Kollegen mit Expertise und Ortskenntnis braucht, die wissen, mit wem man wie über welches Problem sprechen kann.

Nicht zuletzt wurde in ersten Gesprächen deutlich, dass genau das eintreten kann, was Zeitungshäuser gerne kritisieren: Kommunen könnten ihre Pressestellen aufstocken, um die entstehende publizistische Lücke auszugleichen.||

Welt künftig ohne NRW-Teil

Ab Ende 2026 erscheinen Die Welt und Welt am Sonntag (WamS) ohne NRW-Teil. Auch die Lokalausgabe für Hamburg entfällt. der DJV-Bundesvorsitzende Mika Beuster kritisierte „ein weiteres Ausdünnen des publizistischen Angebots". Wo redaktionelle Strukturen abgebaut werden, gehe dies zulasten journalistischer Qualität. „Guter Journalismus braucht eigene Redaktionen vor Ort, die Themen recherchieren und umsetzen können. Weniger Journalistinnen und Journalisten bedeuten am Ende weniger fundierte Berichterstattung."
Der DJV forderte den Axel-Springer-Verlag auf, journalistische Ressourcen in Nordrhein-Westfalen und in Hamburg zu sichern und die betroffenen Redakteurinnen und Redakteure umfassend einzubeziehen.

Correctiv-Plattform: Medienbildung für alle

Medienbildung gewinnt zunehmende Bedeutung. Correctiv hat jetzt seine Angebote in diesem Bereich auf einer neuen Plattform gebündelt. Unter correctiv.org/medienbildung finden Lehrkräfte, Bildungsträger, Jugendliche und Erwachsene Lerninhalte und Formate rund um Journalismus und Medien sowie Informationsangebote zu den Themen Desinformation und Faktenchecken. Eingebunden sind auch Formate und Angebote der Jugendredaktion Salon5 sowie von Correctiv.Faktencheck, Correctiv.Verlag und Reporterfabrik.
„Medienbildung bedeutet für uns, journalistisches Wissen zu demokratisieren. Wir wollen Menschen nicht nur erklären, wie Journalismus funktioniert, sondern ihnen die Werkzeuge geben, selbst zu recherchieren, Informationen zu überprüfen und ihre Perspektiven einzubringen", erklärt Hatice Kahraman, Chefredakteurin von Salon5.
Gegründet wurde Salon5 2020 mit dem Ziel, Jugendlichen journalistisches Handwerk, Medienkompetenz und fundierte Kenntnisse über die digitale Medienwelt zu vermitteln (siehe JOURNAL 1/24). Jüngst wurde das Projekt vom NRW-Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration als Träger der freien Jugendhilfe anerkannt – eine Würdigung der kontinuierlichen Bildungs- und Beteiligungsarbeit. Als anerkannter Träger der freien Jugendhilfe kann Salon5 seine Bildungsarbeit künftig noch stärker in der Jugendhilfelandschaft verankern und Kooperationen mit Partnern aus Jugendhilfe, Bildung und Zivilgesellschaft weiter ausbauen.

Deutsche Welle: Der Griechische Dienst bleibt

Im Februar hatte die Deutsche Welle (DW) verkündet, dass der Griechische Dienst aus finanziellen Gründen wegfallen soll (siehe JOURNAL 1/26). Nach Protesten kam jetzt die Kehrtwende: Der DW-Rundfunkrat beschloss am 18. September die Fortführung von DW-Griechisch – allerdings ab 1. Januar 2027 mit einem reduzierten Etat.
Denn die finanzielle Lage der DW bleibt angespannt. Zwar hat der Bund für 2026 Personalverstärkungsmittel zum teilweisen Ausgleich tarifbedingter Mehrkosten gewährt, und auch für 2027 sind entsprechende Mittel in Aussicht gestellt. Trotzdem sieht der Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2027 Kürzungen gegenüber der Mittelfristplanung vor. Damit steigt der Konsolidierungsdruck insbesondere ab 2028.
Für den Erhalt des Griechisch-Dienstes hatte es tagesschau.de zufolge im Zielland eine breite Unterstützungswelle aus der deutsch-griechischen Zivilgesellschaft gegeben. Zudem habe der griechische Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis griechischen Medienberichten zufolge zweimal bei Bundeskanzler Friedrich Merz angerufen.
Diskussionsbedarf scheint der Rundfunkrat auch zu den Plänen für das Deutsch-Angebot zu haben, bei dem die Mittel drastisch gekürzt werden sollen. Die DW plant, die journalistischen Inhalte und das Sprachlernen in einem integrierten digitalen Angebot für Deutschlernende weltweit sowie für deutschsprachige Communitys im Ausland zusammenzuführen. Nach ersten Beratungen in der Septembersitzung will sich der Rundfunkrat in einer der kommenden Sitzungen weiter mit der Neuausrichtung befassen.



Foto: Frank Liesegang/DW

„Erleichtert, aber nicht zufrieden“

von Carmen Molitor



Die streikbereiten Kolleginnen und Kollegen (wie hier am 17. Juni in Essen) haben wesentlich zum Erfolg beigetragen.

Nach einem zehnstündigen Verhandlungsmarathon konnten DJV, ver.di und Unisono beim WDR am 29. Juli den Durchbruch verkünden: Die siebte Tarifrunde endete mit einem Abschluss für Festangestellte, Azubis und die Beschäftigten in den Orchestern. Ihre Gehälter steigen in drei Stufen um insgesamt bis zu 5,73 Prozent.

Rückwirkend zum 1. Februar 2026 gibt es 1,23 Prozent mehr. Zum 1. Februar 2027 steigen die Gehälter um 2 Prozent und zum 1. Februar 2028 beträgt das Plus bis zu 2,5 Prozent. Dabei sind 1,5 Prozent Mindestanpassung garantiert. Die weiteren Steigerungen stehen unter Vorbehalt: Plus 0,5 Prozent gibt es, wenn sich die Tarifparteien ARD-weit auf eine Regelung zur Personalgestellung einigen, also eine Entsenderegelung, die es erlauben würde, Beschäftigte an andere ARD-Anstalten oder externe Unternehmen „auszuleihen“. Weitere 0,5 Prozent Steigerung hängen daran, ob der Rundfunkbeitrag erhöht wird. Dazu steht ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus.

Die Honorare der Freien steigen in gleichem Umfang. Hier haben die Gewerkschaften es geschafft, den Auszahlungsvorbehalt bezüglich der Einigung zur Personalgestellung wegzuverhandeln. Für die Freien ist also in der dritten Stufe ein Plus von 2 Prozent sicher. Zudem gibt es eine Einmalzahlung für arbeitnehmerähnliche Freie von 600 Euro.

Für alle viel rausgeholt

DJV-Verhandlungsführer Volkmar Kah zeigt sich erleichtert über den Kompromiss – nicht nur wegen der schwierigen Lage im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Vor allem aber, weil der WDR Anfang Juni mit der Gewerkschaft VRFF einen Abschluss getroffen hatte, der wesentliche Teile der Belegschaft ausschloss (siehe JOURNAL 2/26).

So schwierig die Verhandlungen waren: Das Erreichte kann sich sehen lassen, denn es konnten bessere und vor allem verlässlichere Konditionen für die festangestellten und freien Kolleginnen und Kollegen vereinbart werden. Kah machte aber auch deutlich: „Ohne das Vorpreschen der VRFF wäre für alle deutlich mehr drin gewesen. Absolut zufrieden sind wir deshalb nicht.“

Stolz kann die Verhandlungskommission darauf sein, dass es trotz vieler Blockaden des Senders gelungen ist, auch für Freie und Azubis so viel herauszuholen. Erstmals ist es gelungen, auch für Freie in der Produktion Effektivhonorare zu vereinbaren, sodass ihre Honorare künftig bei allen Gehaltsverbesserungen mit steigen. Für die Azubis wurde die Übernahmegarantie um ein Jahr verlängert. Zudem gibt es einen weiteren Urlaubstag, und der vom WDR gekündigte Manteltarifvertrag für Auszubildende ist wieder in Kraft.

Kah machte klar: „Erreichen konnten wir diese Ergebnisse nur dank der Streiks, an denen sich wieder besonders viele Freie beteiligt hatten. Dafür einen großen Dank!“||

Der Stand in den anderen Sendern

Deutsche Welle: Die zweite Verhandlungsrunde am 29. September endete ohne Ergebnis. Der DJV fordert eine Erhöhung um sieben Prozent für Gehälter und Honorare (Mindest- und Effektivhonorare) bei einer Laufzeit von zwölf Monaten. Weitere Forderungen betreffen die Verbesserung für befristet Beschäftigte und Freie und weitere Beschäftigtengruppen, etwa Volos und Azubis. Der Arbeitgeber legte ein Angebot vor, das die Gewerkschaften wegen der langen Laufzeit und der geringen Steigerung als inakzeptabel einstufen. Der nächste Verhandungstermin ist bereits am 14. Oktober.

Deutschlandradio: Gewerkschaften und Arbeitgeber verhandeln immer noch unterhalb der Tarifvertragsebene über den Bestandsschutz für Freie. Fortgeführt werden diese Gespräche im November. Ein erster Termin für die Gehaltstarifverhandlungen lässt noch auf sich warten.

Lokalfunk: Die Gespräche zwischen Tarifgemeinschaft Lokalfunk (TGL) und DJV gehen in kleiner Runde weiter. Neben tariflichen Perspektiven geht es auch um kürzlich angestoßene Systemreform (siehe Seite 44). Dabei haben beide Seiten im Blick, in der finanziell angespannten Lage eine Sanierung des Systems zu ermöglichen. Bei künftigen Treffen wollen die Tarifparteien ausloten, wie der offene Gehaltstarifvertrag wieder in Kraft gesetzt werden kann und unter welchen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen künftig Gehaltssteigerungen im NRW-Lokalfunk möglich sind.

ZDF: Hier haben die Gewerkschaften mit der Arbeitgeberseite Eckpunkte vereinbart, die allerdings noch in einen Tarifvertrag gegossen werden müssen. Insgesamt liefe es bei einer Laufzeit bis Ende 2028 auf eine Steigerung von knapp 5,88 Prozent und auf weitere Verbesserungen hinaus.

WELCHE UNTERSTÜTZUNG LOKALJOURNALISMUS BRAUCHT

Lokaljournalismus steht an vielen Orten unter Druck. Um die Situation zu verbessern, fordert der DJV eine Journalismusförderung. Brigitte Lieb und Kristian van Bentem vom Presseverein Münster-Münsterland haben im Sommer acht Bundestagsabgeordnete aus dem Münsterland dazu getroffen. Im Interview sprechen sie über skeptische Nachfragen und parteiübergreifende Gemeinsamkeiten.

Von Raphael Balke

JOURNAL: Sie haben mehrere Bundestagsabgeordnete getroffen, um sie von einer Förderung für den Lokaljournalismus zu überzeugen. Warum braucht es die im Münsterland?
Beigitte Lieb: Es hat vor 20 Jahren angefangen: Als die Münstersche Zeitung verkauft wurde, sodass die publizistische Vielfalt im Münsterland abgenommen hat. Verstärkt wurde die Entwicklung beispielsweise durch den Verkauf des Zeitungsgeschäfts des Aschendorff Verlags an die Rheinische Post. Das sind Entwicklungen aufseiten der größten Verleger in der Region. Ein kleineres Beispiel ist der Westfalenspiegel, der seine Printausgabe eingestellt hat. Auch die Lokalradios stehen unter Druck.
Kristian van Bentem: Es gibt auch noch einen ganz praktischen Grund: Das Münsterland ist eine Flächenregion. Es ist groß und weit. Das macht es schwer, hier noch flächendeckend eine Lokalberichterstattung hinzubekommen. Da wird Personal abgebaut, immer kleinere Redaktionen sind für immer größere Gebiete zuständig. Ich kenne Kollegen, die müssen drei, vier Orte betreuen. Man besucht dann keine Ausschüsse und keine Ratssitzungen mehr, weil man es nicht mehr schafft.

JOURNAL: Sie haben 14 Bundestagsabgeordnete aus der Region angefragt, mit acht von ihnen haben Sie seitdem gesprochen. Warum genau?
Van Bentem: Ortsvereine haben viel mehr Potenzial, als nur Veranstaltungen auf die Beine zu stellen. Beim Thema Journalismusförderung kann nicht nur der Bundesverband in Berlin Lobbyarbeit übernehmen. Auch wir können mit den Abgeordneten sprechen, die für uns verantwortlich sind. Die sollten schon wissen, unter welchem Druck Medien vor Ort stehen.

JOURNAL: Braucht es dafür denn unbedingt eine Journalismusförderung?
Van Bentem: Die etablierten Verlage haben sich hier in der Region personell in eine Lage gespart, in der es fast nicht gelingen kann, das Ruder herumzureißen. Zumindest wird selbst eine maßgebliche Steigerung der Einnahmen aus digitalen Produkten nicht genügend verlässliche Einnahmen generieren. Das kann aus meiner Sicht nur durch eine Förderung gelingen, wieder so viele starke Inhalte zu generieren, dass Menschen auch bereit sind, dafür Geld auszugeben.

JOURNAL: Es gibt ganz unterschiedliche Modelle, wie eine solche Förderung aussehen kann. Für welches Modell haben Sie bei den Abgeordneten geworben?
Van Bentem: Eines der Modelle setzt genau dort an, wo eine Förderung nachhaltig wirken kann. Wir nennen das bewusst Journalismusförderung und nicht Presseförderung.
Das Modell fördert nach Zahl der journalistischen Arbeitsplätze in Redaktionen. Das heißt, es gibt für jede Stelle einen Förderbetrag, in Luxemburg sind das 30 000 Euro. Baue ich mehr Personal auf, bekomme ich mehr Förderung, baue ich ab, weniger. Das Verhältnis von Werbeeinnahmen zu Einnahmen auf dem Lesermarkt hat sich in den letzten 20 Jahren verändert. Umso wichtiger wird es, dass man künftig über die Inhalte mehr Einnahmen generieren kann. Und das geht nur, wenn Redaktionen entsprechend ausgestattet sind.
Lieb: Sehr wichtig ist dabei, dass das Geld direkt in den Redaktionen ankommt und nicht in den Händen der Verleger.

JOURNAL: Wie haben die Abgeordneten auf Ihre Punkte reagiert?
Lieb: Erstmal waren sich alle einig, dass Journalismus eine wichtige Säule der Gesellschaft ist. Das überrascht zwar nicht, es ist aber schön, dass es diesen gemeinsamen Nenner gibt. Dann wurden viele Fragen gestellt: Sind wir nicht vielleicht



Anna Garmissen und Kristian von Bentem vom Presseverein bei Gesprächen quer durchs Parteienspektrum: Bild oben l. mit Grünen-Politikerin Sylvia Rietenberg (Mitte). Bild unten l. mit Stefan Nacke und Henning Rehbaum (CDU) sowie Tim Kühnel vom Presseverein. Bild unten Mitte mit Ulrich Thoden von der Linken und Bild rechts mit Jürgen Coße (SPD).



Fotos (4): privat





schon zu spät? Bekommt man eine Förderung wirklich staatsfern organisiert? Ein Einwand war, dass Kultur und Medien eher auf Länderebene geregelt werden.

Van Bentem: Es gab auch durchaus Skepsis, ob man Journalismus überhaupt staatlich finanziert fördern sollte oder ob sich Medien als Wirtschaftsunternehmen nicht selbst finanzieren müssen. Wir haben deutlich gemacht, warum wir der Meinung sind, dass der Lokaljournalismus wahrscheinlich nicht selbst wieder auf die Beine kommt. Ein Argument, das immer wieder kam: Wir haben momentan sowieso kein Geld. Aber die Kosten, die anfallen, wenn der Lokaljournalismus weiter zerbröselt, die werden viel höher sein – sowohl finanziell als auch gesellschaftspolitisch.

JOURNAL: Und wirtschaftlicher Druck ist nicht der einzige im Journalismus …

Van Bentem: Ja, wir haben in den Gesprächen auch auf die Probleme bei der geplanten Änderung am Informationsfreiheitsgesetz hingewiesen und wie sehr das die Arbeit im Lokalen erschweren würde. Außerdem haben wir auch das geplante Arbeitszeitgesetz angesprochen. Wir wissen, dass es Bestrebungen der Verleger gibt, die Zeiterfassungspflicht für Journalisten darin explizit auszuschließen. Wir haben verdeutlicht, warum diese notwendig ist und auch funktionieren kann.

JOURNAL: Denken Sie, Ihre Argumente sind bei den Abgeordneten angekommen?

Van Bentem: Ich glaube, wir konnten mehr Verständnis wecken, unter welchen Bedingungen Lokalmedien inzwischen arbeiten. Beispielsweise, warum Journalistinnen und Journalisten seltener Ratssitzungen oder Pressetermine besuchen. Ich glaube, das war so nicht im Bewusstsein der Abgeordneten.

Lieb: Wir haben auch auf Untersuchungen aus den USA verwiesen. wo es längst lokaljournalistische Medienwüsten gibt, also Kreise und Gemeinden ohne Lokalzeitung oder -sender. Dort nehmen unter anderem Korruption und Umweltverschmutzung zu.

JOURNAL: Gab es je nach Partei Unterschiede beim Blick auf die Situation?

Van Bentem: Ich würde das nicht von Parteien, sondern eher von Personen abhängig machen. Manche haben die Notwendigkeit deutlicher gesehen, andere waren eher abwartend. Auch Abgeordnete gleicher Parteien haben da zum Teil sehr unterschiedlich draufgeblickt. Das zeigt ganz gut, dass man diese Überlegungen nicht nur den Spezialisten im Bereich Medienpolitik auf Bundesebene überlassen sollte.

JOURNAL: Was passiert nun nach den Gesprächen?

Lieb: Erstmal wollen alle Abgeordneten die Erkenntnisse in ihrer Fraktion weitergeben, teilweise spezifisch an die medienpolitischen Sprecher oder an Landtagsabgeordnete, weil das Thema eben auch da relevant ist. Die Grünen haben schon einen Antrag vorgelegt zum Thema Lokaljournalismus, der möglicherweise nach der Sommerpause behandelt wird. Soweit ich das verstanden habe, sind dort auch durchaus Punkte aus unseren Gesprächen eingeflossen.||

GEMEINSAM AUF DEM WEG

Endlich zeigt das Lokalfunksystem eigenen Veränderungswillen

von Sascha Fobbe

Eine stärkere Konzentration auf lokale Inhalte, eine optimale Verzahnung programmlicher und digitaler Angebote sowie ein insgesamt konsistenter Markt- und Markenauftritt: Das ist, was die Hörerinnen und Hörer im NRW-Lokalfunk im besten Fall von der jetzt angestoßenen Systemreform bemerken sollen – dafür möglichst wenig von einer Veränderung der Organisationsstrukturen.

Ein neuer Impuls, der nicht mit der von der Landesanstalt für Medien NRW (LFM) initiierten Strukturreform zu verwechseln ist, sondern aus dem Lokalfunksystem selbst kommt: Denn dahinter stehen Radio NRW, der Verband der Betriebsgesellschaften (BG-Verband) sowie der Verband Lokaler Rundfunk (VLR). Diese informierten im Juni gemeinsam über den Prozess, der sich vor allem um Zentralisierung dreht: Einheitliche Technik, zentrale Steuerung von Markenprozessen, strategische Weiterentwicklung lokaler Angebote und Optimierung zentraler Inhalte. Das soll Doppelstrukturen vermeiden und eine größere Verbindlichkeit in der Umsetzung erreichen, wie die Genannten in einer gemeinsamen Antwort auf die (individuellen) Anfragen des JOURNALs schreiben.

Gemeinsam - ein positives Signal

Auch das ist ein Zeichen für das neue gemeinsame Auftreten. Frühere Versuche einer Vereinheitlichung im Lokalfunksystem, etwa bei der Sendetechnik, scheiterten an persönlichen Befindlichkeiten und mangelnder Einsicht. Inzwischen haben die Verantwortlichen erkannt, dass sie angesichts der wirtschaftlichen Herausforderungen – immer weniger Radiohörerinnen und -hörer bei immer mehr Wettbewerbern – an einem Strang ziehen müssen.

Ein positives Signal für Volkmar Kah, Geschäftsführer des DJV-NRW: „Das hat für mich eine neue Qualität, endlich unternehmen die Akteure im System gemeinsam etwas für die Zukunft des Lokalfunks." Die Frage sei jedoch, wie viel Lokales aufgrund der Zentralisierungen auf der Strecke bleibe und wie die Beschäftigten in dem Prozess mitgenommen werden.

„Versuch, lokale Stärke zu erhalten"

„Alles, was lokale Nähe braucht, bleibt in den Regionen", heißt es in der gemeinsamen Antwort. „Alles, was zentral besser, schneller und wirksamer für das Gesamtsystem geleistet werden kann, wird gebündelt. Die Reform ist damit kein Abbau lokaler Identität, sondern der Versuch, lokale Stärke zu erhalten, indem wir ein langfristig tragfähiges gemeinsames Fundament errichten."

Zugleich wurden und werden im Lokalfunk allerdings weiterhin Stellen gestrichen und Freienetats gekürzt; immer weniger Menschen sorgen für das Lokale im Programm. In den vergangenen Monaten sind ganze lokale Sendestrecken sowie Nachrichtenausgaben besonders nachmittags und am Wochenende entfallen.

„Wenn wir Kräfte bündeln, können wir auch mit veränderten Ressourcen journalistisch viel erreichen", hält der Verein der Chefredakteure (VdC) dagegen, in dem die meisten Chefredakteure der NRW-Lokalradios vertreten sind. Ob ein Programm relevant, also nah an der Lebenswirklichkeit seiner Zielgruppe in den lokalen Sendegebieten ist, hängt nach Überzeugung des VdC aber nicht nur an den journalistischen Inhalten: Genauso gehörten „die richtige Anmutung, passende Aktionen und der Markenauftritt" dazu. „Wir stärken das, was für den Erfolg unserer Programme entscheidend ist, bündeln Kräfte und lassen gegebenenfalls aber auch Dinge weg, die weniger relevant und eher ‚nice to have' sind." Wichtig sei vor allem, dass Veränderungen am Ende dazu beitrügen, das lokale Programm erfolgreicher zu machen. Das stärke zugleich den Gesamtverbund.

Technische Änderungen können helfen, mehr lokale Inhalte in den Sendestunden des Mantelprogamms von Radio NRW zu platzieren. Aber jemand muss diese lnhalte produzieren. Dabei macht den Lokalradios nicht nur weniger Personal zu schaffen. Langjährige erfahrene Kolleginnen und Kollegen verlassen das System, weil sie dort keine Zukunft mehr sehen oder woanders deutlich besser verdienen. Um diese Leistungsträger zu halten, „braucht es in teressante Aufgaben, Entwicklungsmöglichkeiten und

Perspektiven - und eine angemessene Bezahlung", erklärt der VdC. Die Tarifverhandlungen liegen allerdings seit Längerem auf Eis, und in aktuellen Gesprächen zeichnet sich keine Bereitschaft der Arbeitgeber ab, die Gehälter zu erhöhen (siehe auch Seite 41).

Fokus auf relevante Themen

Eine mögliche Entlastung gerade für Sender mit kleineren Teams sieht der VdC in der stärkerer Fokussierung auf relevante Themen. Ermöglichen soll dies die neue Position des „Chief Product Officer". Lennart Thies, bisheriger BG-Chef von vier Münsterlandsendern und davor Chefredakteur von Radio WMW, soll den Posten 2027 übernehmen. Zu seinen Aufgaben gehören unter anderem die Formatentwicklung, die strategische Weiterentwicklung der lokalen Angebote, die Optimierung zentraler Inhalte für die gesamte Gruppe sowie die engere Verzahnung von lokalen und zentralen Einheiten. Zudem nimmt der CPO eine wichtige Schnittstellenrolle zwischen programmlichen und wirtschaftlichen Verantwortlichkeiten im Sinne des Zwei-Säulen-Systems ein, heißt es in der gemeinsamen Stellungnahme von Radio NRW, BG-Verband und VLR. Ein Eingriff in die programmliche Autonomie soll das ausdrücklich nicht sein, betonte Timo Naumann, Geschäftsführer des VLR, in der Juliausgabe des Lokalfunk-Podcasts des DJV-NRW.

Stattdessen sollen lokale Relevanz und lokale Identität durch die Reform gestärkt werden, indem man definiere, „welche Inhalte und Aufgaben besser zentral beziehungsweise arbeitsteilig übernommen werden können, um in den Redaktionen vor Ort größere Kapazitäten für die Konzentration auf lokale Inhalte aufzubauen".

Das heißt, die Verantwortlichen setzen vermehrt auf lokale Relevanz statt auf Lokalität: Gesendet wird, was die Menschen vor Ort interessiert, nicht unbedingt, was vor Ort passiert. Kah verweist in diesem Zusammenhang auf die Aufgabe der Lokalradios, das öffentliche Geschehen im Verbreitungsgebiet darzustellen und wesentliche Anteile an Information, Bildung, Beratung und Unterhaltung zu senden. Ob das eingehalten wird, wird aber nicht ernsthaft überprüft. Die LFM als Lizenzgeber wird nur tätig, wenn es „Anlass zu Zweifeln an der Einhaltung der programmlichen Vorgaben" gibt, sagt ein Sprecher.

Der Wandel geht weiter

Die Sparmaßnahmen der jüngeren Vergangenheit wie gemeinsame Funkhäuser, Stellenabbau und weggefallene Sendungen haben bereits den Arbeitsalltag der betroffenen Kolleginnen und Kollegen verändert. Die Systemreform könnte sich weiter auf Aufgabenprofile und Zuständigkeiten auswirken. Aktuell werden die Planungen für alle Bereiche - etwa Technik, Vermarktung und Inhalte - konkretisiert, teilweise aber auch schon umgesetzt. Die Verantwortlichen werden „zu gegebener Zeit" darüber informieren.

Der VdC, der nicht zu den Trägern der Reform gehört, freut sich „auf gute Zusammenarbeit, klare Strukturen und möglichst wenig Reibungsverluste". Wichtig ist dem VdC vor allem, dass Veränderungen transparent gestaltet und die Beschäftigten mitgenommen werden. Aus den Belegschaften hört der DJV-NRW allerdings eine deutliche Verunsicherung – ein Zeichen dafür, dass die Transparenz nicht überall gegeben ist. Auch die Vertreterinnen und Vertreter des DJV-NRW in den Veranstaltergemeinschaften fühlen sich oft nicht ausreichend informiert. Hier gibt es wohl noch deutlich Luft nach oben.

Am Ende sollten aber alle Beteiligten dasselbe Ziel haben: einen erfolgreichen und zukunftsfähigen Lokalfunk, der als Produkt, aber auch als Arbeitgeber attraktiv ist. Für die LFM ist entscheidend, dass die große Stärke des Systems gewahrt bleibe: „die lokale publizistische Vielfalt und die verlässliche Versorgung der Menschen in NRW mit relevanten lokalen Nachrichten". Unter diesen Voraussetzungen ist auch der DJV-NRW bereit, die Veränderungen mitzutragen.||

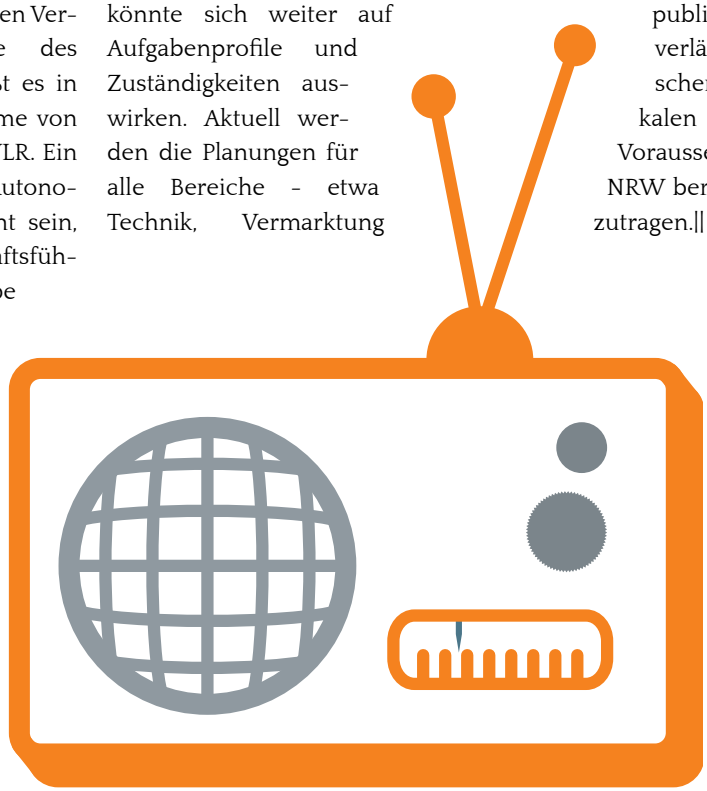


Illustration: Karl-Hermann Hildebrandt

NEW

Jetzt beantragen:



kostenfrei für Mitglieder

IHR PRESSEAUSWEIS FÜR 2027

Ab sofort beantragen – möglichst bald und am besten online

Wer seinen Presseausweis regelmäßig bei der Arbeit braucht, sollte bereits im vierten Quartal daran denken, ihn **für 2027 zu beantragen**. Nur wenn Ihr Antrag bis **Anfang Dezember** in der Geschäftsstelle in Düsseldorf vorliegt, kann der Landesverband den Presseausweis ab Mitte Dezember verschicken. Bei späterer Antragstellung oder unvollständigen Angaben können sich Ausstellung und Versand verzögern.

Falls Sie ein **Autopresseschild** brauchen, müssen Sie diese Option im Antrag ankreuzen. Es wird nicht automatisch ausgestellt.

Link Onlineantrag
www.djv-nrw.de/pa27

Weitere Informationen
www.djv-nrw.de/presseausweis

Der nebenstehende Antrag auf Papier dient hauptsächlich zu Ihrer Erinnerung: Nutzen Sie ihn bitte nur, wenn Sie keinen Zugang zum Internet haben. **Wer im Beruf steht, sollte das interaktive Onlineformular auf unserer Website verwenden** (siehe: „Link Onlineantrag“ als Kurz-URL oder QR-Code). Bei diesem Formular laufen die Daten, die Sie eingeben, direkt in unsere EDV. Das verkürzt die Bearbeitungszeit und verhindert Fehler, die beim Abtippen entstehen können. **Achten Sie bitte darauf, Ihren Namen so einzugeben, wie er bei uns erfasst ist.**

Unterschrift leider noch erforderlich

Leider brauchen wir beim Onlineformular weiterhin Ihre Unterschrift. Mit dem „Drucken“-Button auf der Seite können Sie das fertig ausgefüllte Formular auf Ihrem Gerät ausdrucken, um es dann zu unterschreiben. Anschließend bitte das Formular wieder einscannen und es nach dem Drücken des „Weiter“-Buttons als pdf-Datei hochladen. Auch ein Foto können Sie auf dieser Seite hochladen. Sollte das nicht funktionieren, können Sie den unterschriebenen Antrag als pdf- oder jpg-Dokument einscannen und es an **zentrale@djv-nrw.de** mailen. Alternativ können Sie den unterschriebenen Antrag faxen oder per Post an uns schicken.

Sollte Ihr Browser Probleme mit dem Onlineformular haben, steht Ihnen als Alternative auf der Presseausweis-Seite (siehe Link im Kasten: „Weitere Informationen“) ein Antragsformular als **pdf** zur Verfügung, das Sie online ausfüllen können. Natürlich brauchen wir auch in diesem Fall Ihre Unterschrift. Also gilt auch hier: das Dokument bitte ausdrucken und unterschrieben an den DJV-NRW mailen, faxen oder schicken.

Wenn Sie im laufenden Jahr einen Presseausweis beim DJV-NRW beantragt haben, liegt Ihr Foto in der Regel in unserer Datenbank vor. Falls es im Einzelfall nicht mehr verfügbar ist, melden wir uns und bitten um ein neues Bild.

Die meisten Mitglieder des DJV-NRW können den Presseausweis beantragen, ohne weitere Belege beizufügen. Mit wenigen Ausnahmen: **Studierende** oder **Erwerbslose** fragen bitte in der Geschäftsstelle nach, unter welchen Bedingungen sie einen Presseausweis erhalten können. Für **Rentnerinnen und Rentner** gelten seit 2018 besondere Regelungen. Auch hier hilft die Geschäftsstelle bei Unklarheiten.

Für **Mitglieder** sind Ausweis und Autopresseschild **kostenlos**, ebenso ein Ersatzausweis im Falle des Verlustes.

Nichtmitglieder müssen bestimmte **Voraussetzungen** erfüllen, um einen Presseausweis zu erhalten (siehe dazu Link im Kasten „Weitere Informationen“). Nichtmitglieder **zahlen für die Ausstellung des Presseausweises** 89,25 Euro, für das Autopresseschild 9,00 Euro. Bei Verlust kostet das Ausstellen eines Ersatzausweises für diese Personengruppe 47,60 Euro (alle Preise inkl. MwSt.).

Übrigens: Seit 2018 trägt der Presseausweis wieder das Signum der Innenministerkonferenz. Der DJV ist einer der sechs ausstellungsberechtigten Medienverbände.||

Neue Presseausweis-Nr.
(vom Landesverband auszufüllen)

1

Antrag auf Ausstellung eines Presseausweises

Bitte deutlich lesbar ausfüllen

Foto
(bitte aufkleben, nicht mit Drahtklammern fixieren)
35 x 45 mm
Farbe

Deutscher Journalisten-Verband
Landesverband Nordrhein-Westfalen

PF 10 19 62
40010 Düsseldorf

Unterschrift umseitig bitte nicht vergessen!

Bitte ankreuzen: ☐ Mitglied ☐ Nichtmitglied
☐ Erstantrag ☐ Folgeantrag Bisherige Presseausweis-Nr:

☐ Herr ☐ Frau

Akad. Titel, Vorname[1]

Nachname[1]

PRIVATE ANSCHRIFT

Straße und Hausnummer[1]

PLZ/Wohnort[1]

Notwendige Adresszusätze:

Land

Staatsangehörigkeit[1]

Geburtsdatum (Tag/Monat/Jahr)[1]

Geburtsort[1]

[1] Bitte nur die vorgegebenen Kästchen verwenden, es handelt sich jeweils um die auf dem Presseausweis maximal druckbare Zeichenanzahl

☐ Angestellt ☐ Freie journalistische Tätigkeit

Arbeitgeber

Bitte ankreuzen:
☐ Tageszeitung ☐ Pressestelle ☐ Zeitschrift ☐ Anzeigenblatt ☐ Hörfunk ☐ Online-Medien
☐ Fernsehen ☐ Pressebüro ☐ Nachrichtenagentur ☐ Sonstiges ☐ Wort ☐ Bild/Kamera

Tätigkeitsbezeichnung

Medium

Redaktion

Tel. (dstl.)

Tel. (priv.)

Fax (dstl.)

Fax (priv.)

Handy (d.)

Handy (p.)

E-Mail (dstl.)

E-Mail (priv.)

PKW-Schild „Presse“ wird zusätzlich beantragt: ☐ ja ☐ nein

Hiermit bestätige ich, dass ich bei keinem anderen Landesverband/-bezirk den Presseausweis beantragt habe. Ich habe Kenntnis davon genommen, dass der Presseausweis nur an hauptberuflich tätige Journalistinnen und Journalisten ausgegeben wird. Ich verpflichte mich, den Presseausweis nur in Ausübung journalistischer Tätigkeit und nicht bei privaten Anlässen zu benutzen. Mir ist bekannt, dass der Presseausweis Eigentum des ausstellenden Landesverbandes/-bezirkes bleibt und von diesem jederzeit zurückgefordert werden kann, insbesondere wegen missbräuchlicher Benutzung. Wenn ich nicht mehr hauptberuflich journalistisch tätig sein sollte, werde ich den Presseausweis unverzüglich dem zuständigen Landesverband/-bezirk zurückgeben. Das gleiche gilt bei Austritt aus dem Landesverband/-bezirk.

Die erforderlichen Nachweise über die hauptberufliche journalistische Tätigkeit (z.B. Arbeitsvertrag, Impressum, KSK-Bescheinigung, Pauschalisten-Vertrag, Honorarnachweis der letzten 6 Monate) habe ich beigefügt. Mir ist bekannt, dass diese Nachweise die eigenverantwortliche Prüfung des Landesverbandes nicht ersetzen können.

Mir ist bekannt, dass die in diesem Antrag gemachten Angaben zum Zwecke der Ausstellung eines bundeseinheitlichen Presseausweises elektronisch verarbeitet werden. Dies geschieht in Erfüllung der Verpflichtungen nach der „Vereinbarung zwischen dem Vorsitz der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder und dem Trägerverein des Deutschen Presserats e. V. über die Wiedereinführung eines bundeseinheitlichen Presseausweises“ vom 30.11./01.12.2016. Hiernach unterrichten sich die ausstellungsberechtigten Verbände wechselseitig über Fälle des Missbrauchs eines Presseausweises. Umfassende Informationen über die Datenverarbeitung bei der Ausstellung von Presseausweisen finde ich unter: Datenschutzhinweis http://t1p.de/ybcj

X

Datum

X

Unterschrift des Antragstellers

Bearbeitungsgebühr für Nichtmitglieder inkl. MwSt	1) Presseausweis pro Jahr:	89,25 €	3) PKW-Schild pro Jahr:	9,00 €
	2) Presseausweis im Falle des Verlustes:	47,60 €	4) PKW-Schild im Falle des Verlustes:	9,00 €

VERKEHRSUNTERNEHMEN IN NRW



Foto: Denis Mamin/stock.adobe.com

Über 130 Unternehmen des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und des Schienengüterverkehrs sind in Nordrhein-Westfalen im Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) organisiert. Hinzu kommen zahlreiche Subunternehmer, die Busverkehrsleistungen erbringen.



Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH
Pressesprecher:
- Dr. Andreas Leistikow, Tel. 0251/6270-120
  andreas.leistikow@wvg-online.de

Regionalverkehr Ruhr-Lippe GmbH
Pressesprecherin:
- Alexandra Schäfer, Tel. 02961/9702-45
  alexandra.schaefer@rlg-online.de
- Annette Zurmühl, Tel. 02961/9702-46
  annette.zurmuehl@rlg-online.de

Regionalverkehr Münsterland GmbH
Pressesprecher:
- Björn Lindner, Tel. 02591/939-422
  bjoern.lindner@rvm-online.de
- Tino Nitsch, Tel. 02591/939-414
  tino.nitsch@rvm-online.de

Die VDV-Mitgliedsunternehmen stehen somit für ca. 76 Prozent der Beförderungen im Land.

Mit Bussen, Straßen-, U- und S-Bahnen sowie Regionalzügen (öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) der VDV-Mitgliedsunternehmen in Deutschland) beförderten sie 2025 rund 9,9 Milliarden Fahrgäste; in NRW waren es allein im zweiten Quartal 2026 ca. 545 Millionen Fahrgäste. Im Eisenbahnverkehr stieg die Beförderungsquote um ca. 10,5 %, im Busverkehr sank sie um -0,6 %, die Straßenbahnbeförderung sank um -2,2 % gegenüber den Zahlen aus 2025. Im ersten Quartal 2025 waren deutschlandweit sogar nochmals rund 5 % mehr Fahrgäste mit Bus und Bahn unterwegs als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres.

Nachdem die Fahrgastzahlen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) durch die Corona-Pandemie stark zurückgegangen waren, steigt die Nachfrage seit dem Jahr 2022 wieder an.

Die Fahrgäste des ÖPNV in NRW nutzen zu 62,4 Prozent Busse, zu knapp 30,5 Prozent die Straßenbahnen und zu gut 23 Prozent Eisenbahnen. Im Jahr 2024 gaben rund 30 Prozent der Arbeitnehmer an, mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu fahren. 97 Prozent der Bürger in NRW haben um ihren Wohnort in maximal 600 Metern (Bus) bzw. 1.200 Metern (Bahn) Luftlinie eine Haltestelle mit mindestens 28 Abfahrten am Tag. Damit liegt NRW unter den Flächenländern weit vorn und deutlich über dem Bundesschnitt. Deutschlandweit ist für 90% der Bevölkerung eine Haltestelle des ÖPNV zu Fuß erreichbar. Eingesetzt werden in NRW knapp 1.400 Straßenbahnen und gut 8.700 Busse, die zum Teil auch bei privaten Subunternehmern angemietet werden.

In den VDV-Mitgliedsunternehmen im ÖPNV arbeiten rund 152.000 Beschäftigte, wovon rund 20 Prozent in Nordrhein-Westfalen beschäftigt sind. Im Jahr 2024 transportierten die VDV-Unternehmen im öffentlichen Schienengüterverkehr 270 Millionen Tonnen Güter. Das ersetzt am Tag rund 46.000 voll beladene Lkw auf deutschen Straßen.

SOZIALWIRTSCHAFT/WOHLFAHRTSVERBÄNDE IN NRW



Foto: Moe Magnas/pexels

Der Begriff der freien Wohlfahrtspflege fasst die Dienste und Einrichtungen des sozialen Bereichs und der Gesundheitswirtschaft in gemeinnütziger Trägerschaft zusammen. Sie bilden das größte Segment der Sozialwirtschaft in NRW. In der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Nordrhein-Westfalen ***(freiewohlfahrtspflege-nrw.de)*** sind 16 Spitzenverbände zusammengeschlossen – darunter die Arbeiterwohlfahrt, die Caritas, die Diakonischen Werke, der Paritätische Wohlfahrtsverband, das Deutsche Rote Kreuz und die Jüdischen Gemeinden. Mit ihren Einrichtungen und Diensten bietet sie „eine flächendeckende Infrastruktur der sozialen Unterstützung für alle, vor allem aber für benachteiligte und hilfebedürftige Menschen an", so die FW.

Die Arbeiterwohlfahrt ist organisiert in vier Bezirksverbänden und zahlreichen Kreisverbänden oder Unterbezirken mit insgesamt 65.000 Beschäftigten im Land ***(awo-nrw.de)***. Die Caritas gliedert sich in fünf Diözesanverbände mit rechtlich selbständigen lokalen und regionalen Verbänden vor Ort und beschäftigt rund 218.000 Menschen ***(caritas-nrw.de)***. Ähnlich von den Dimensionen sind die Diakonischen Werke, die mit rund 5.000 evangelischen Sozialeinrichtungen rund 200.000 Hauptamtliche in NRW beschäftigen und von einem landesweiten Spitzenverband, der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe, repräsentiert werden ***(diakonie-rwl.de)***. Der Paritätische ist der konfessionell und parteipolitisch unabhängige Spitzenverband der Wohlfahrtspflege und repräsentiert 3.100 soziale Organisationen mit 7.000 Einrichtungen und Diensten sowie rund 157.000 hauptamtlich Beschäftigten in allen Feldern der sozialen Arbeit. Das Deutsche Rote Kreuz in NRW gliedert sich in die beiden Landesverbände Nordrhein und Westfalen-Lippe mit insgesamt 66 Kreisverbänden und rund 30.000 Hauptamtlichen.

Neben den Institutionen der Freien Wohlfahrtspflege gibt es die privaten Unternehmen der Pflege- und Sozialwirtschaft, mit dem mitgliederstärksten Landesverband freie ambulanten Krankenpflege e.V. an der Spitze ***(lfK-online.de)*** sowie dem Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienst e.V., der eine Landesgeschäftsstelle in Düsseldorf unterhält ***(bpa.de)*** und weiteren Dachverbänden.

Diakonie
Rheinland
Westfalen
Lippe



»Die Diakonie RWL ist einer der größten Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland.

In NRW repräsentieren wir 2.500 evangelische Sozialeinrichtungen, in denen 200.000 Mitarbeitende hauptamtlich tätig sind.

Gern sind wir für Sie da bei Ihren Recherchen zu allen Fragen rund um unseren Sozialstaat. Diakonie RWL - auf uns ist Verlass.«

Franz Werfel
Leitung Stabsstelle Politik und Kommunikation
0211 6398-268 | 0160 8465587 | pressestelle@diakonie-rwl.de |
www.diakonie-rwl.de

AWO NRW

Katrin Mormann
Pressesprecherin

Telefon: 0231 5483-234
E-Mail: katrin.mormann@awo-ww.de

www.awo-nrw.de

Energieversorger in NRW

JOURNAL Ausgabe 4/2026
Anzeigenschluss: 07.12.2026

Bei Fragen steht Ihnen gerne
Meinhard Drucks, RDN Verlags GmbH,
zur Verfügung
Tel.: 02361 490491-13
Mail: m.drucks@rdn-online.de

DER PARITÄTISCHE Nordrhein-Westfalen

Sozialpolitik in NRW

Wir ergreifen Partei für Menschen, die keine Lobby haben. Konfessionell und parteipolitisch unabhängig.

Der Paritätische NRW ist das Dach von 3100 Organisationen mit rund 7000 Einrichtungen und Diensten in allen Feldern der sozialen Arbeit – von der Kita bis zum Pflegedienst.



Annette Ruwwe
Pressesprecherin

Telefon: 0202 28 22 488
Mobil: 0173 58 30 079
presse@paritaet-nrw.org
www.paritaet-nrw.org

Direkter Draht zur caritas

Markus Lahrmann
Caritas in NRW
Pressesprecher
0211 5160662-1
lahrmann@caritas-nrw.de

Christian Heidrich
Caritasverband für das Bistum Aachen
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
0241 431-227
cheidrich@caritas-ac.de

Nicola van Bonn
Caritasverband für das Bistum Essen
Pressesprecherin
0201 81028-719
nicola.vanbonn@caritas-essen.de

Oliver Barth
Caritasverband für das Erzbistum Köln
Leiter Information und Kommunikation
0221 2010-308
oliver.barth@caritasnet.de

Carolin Kronenburg
Caritasverband für die Diözese Münster
Pressesprecherin
0251 8901-215
kronenburg@caritas-muenster.de

Miriam Konietzny
Caritasverband für das Erzbistum Paderborn
Fachbereichsleitung Kommunikation
05251 209-429
kommunikation@caritas-paderborn.de

KRANKENKASSEN UND -VERSICHERUNGEN IN NRW

Die Branche der Krankenkassen und -versicherungen ist durch eine Vielzahl unterschiedlicher Unternehmen gekennzeichnet. Allein in Nordrhein-Westfalen sind rund 53 gesetzliche Krankenkassen tätig.

Wichtigste Unterscheidung in der Branche ist die nach gesetzlichen Krankenkassen und privaten Krankenversicherungen. Die meisten Menschen, nämlich rund 74,43 Millionen bundesweit, sind über die gesetzlichen Kassen versichert. Diese wiederum haben sich zum Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen (GKV-Spitzenverband) zusammengeschlossen ***(www.gkv-spitzenverband.de)***. Unter ihnen lassen sich ferner Allgemeine Ortskrankenkassen (AOK), Betriebskrankenkassen (BKK), Innungskrankenkassen (IKK), Ersatzkassen, Knappschaft und die Landwirtschaftliche Krankenkasse (LKK) unterscheiden. Die Wahl der Krankenkasse ist heute nach § 175 SGB V grundsätzlich frei – berufs- und betriebsunabhängig. Die größte Versicherung in NRW ist mit mehr als 3 Millionen Versicherten ist die TK. Allein im ersten Halbjahr 2026 kamen mehr als 51.000 Neuversicherte hinzu. In Nordrhein-Westfalen arbeiten mehr als 3.300 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, in mehr als 50 Kundenzentren. Mit einem Marktanteil von 37% ist die AOK ebenfalls eine der größten Versicherungen bundesweit

Insgesamt mehr als 6,6 Millionen Menschen sind bei den in NRW tätigen Ersatzkassen (TK, Barmer, DAK-Gesundheit, KKH, hkk und HEK) versichert. Das ist mehr als ein Drittel der nordrhein-westfälischen Bevölkerung. Dachverband ist der Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek) ***(www.vdek.de/Bereich „Landesvertretungen“)***. Eine weitere Gruppe sind die 14 Betriebskrankenkassen (BKK), die im BKK-Landesverband Nordwest zusammengeschlossen sind. Der BKK-Landesverband Nordwest, mit einer Hauptverwaltung in Essen und in Hamburg, ist die Dachorganisation für die Betriebskrankenkassen in NRW, Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. Er steht für rund 3 Millionen Versicherte. ***(www.bkk-lv-nordwest.de)***. Aktuell sind bundesweit rund 11,55 Millionen Versicherte in vier Landesverbänden bei den BKK.

Vornehmlich im Bereich des Handwerks sind die Innungskrankenkassen tätig. Die größte ist mit bundesweit 2,86 Millionen Versicherten die IKK classic ***(www.ikk-classic.de)***, unter allen Krankenkassen rangiert sie bundesweit auf Platz zehn. Als eigenständige Kassenart versichert auch die Knappschaft, die Kranken- und Pflegeversicherung der Knappschaft Bahn-See mit Sitz in Bochum, bundesweit über 1,12 Millionen Menschen ***(www.knappschaft.de)***. Landwirte und ihre Angehörigen sind über die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG) versichert. Bundesweit handelt es sich um rund 461.000 Versicherte ***(www.svlfg.de)***. Den gesetzlichen Kassen stehen die privaten Krankenversicherungen gegenüber. Der Verband der Privaten Krankenversicherung zählt 39 ordentliche und zehn außerordentliche Mitgliedsunternehmen. Von den ordentlichen Mitgliedern bieten 33 eine Krankheitsvollversicherung an. Hinzu kommen zwei sogenannte verbundene Einrichtungen. Rund 8,79 Millionen Menschen sind bundesweit privat vollversichert. Etwa ein Drittel der Mitgliedsunternehmen hat seinen Sitz in NRW. Vertreten werden sie vom PKV-Verband. ***(www.pkv.de)***.

Barmenia Gothaer

Auf alle Fragen eine gute Antwort.

Weil du wichtig bist.

BarmeniaGothaer AG
Externe Kommunikation & Social Media
Telefon 0202 438 3649
presse@barmenia.de und presse@gothaer.de

BKK Landesverband NORDWEST

Partner und Interessenvertretung der Betriebskrankenkassen gegenüber Presse, Politik und Öffentlichkeit

Georg Stamelos
Pressesprecher

Postfach 99 01 22
47298 Duisburg
Fon 0201-179-1516
Mobil 01522-88 75 975
Georg.Stamelos@bkk-nordwest.de

www.bkk-nordwest.de

SIGNAL IDUNA Pressestelle:

Edzard Bennmann
Pressesprecher, Leiter Unternehmenskommunikation
Telefon 0231 135-3539
edzard.bennmann@signal-iduna.de

Ann-Kathrin Löchtefeld
Pressesprecherin (Stellvertreterin)
Schwerpunkte: Private Krankenversicherung
Telefon 0231 135-2514
ann-kathrin.loechtefeld@signal-iduna.de

Claus Rehse
Pressesprecher (Stellvertreter)
Schwerpunkte: Unfall- und Sachversicherungen
Telefon 0231 135-4245
claus.rehse@signal-iduna.de

Thomas Wedrich
Pressesprecher (Stellvertreter)
Schwerpunkte: Lebensversicherungen, Finanzdienstleistungen
Telefon 040 4124-3834
thomas.wedrich@signal-iduna.de

SIGNAL IDUNA Gruppe, 44121 Dortmund oder 20351 Hamburg

SIGNAL IDUNA

VIACTIV Krankenkasse

SIE HABEN FRAGEN ZUR VIACTIV?
UNSER PRESSETEAM IST FÜR SIE DA:



Monika Hille
Pressesprecherin
Mobil 0171 8605975
presse@viactiv.de



Tobias Dunkel
Pressesprecher
Mobil 0162 2760256
presse@viactiv.de

Aktuelle Pressemitteilungen und weitere Infos finden Sie unter:
viactiv.de/presse-und-medien
Oder einfach den QR-Code scannen!

Branchenspecial:
Umwelt, Klima, Nachhaltigkeit in NRW

JOURNAL Ausgabe 1/2027
Anzeigenschluss: 10.03.2027

Bei Fragen steht Ihnen gerne
Meinhard Drucks, RDN Verlags GmbH,
zur Verfügung
Tel.: 02361 490491-13
Mail: m.drucks@rdn-online.de

AOK

Sie suchen ...

eine kompetente Person für Ihre Fragen zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung?

Wir bieten Ihnen ...
fundierte Antworten, frische Zahlen, Daten und Fakten sowie Themen und Meinungen – aus NRW für NRW.

Ihr Kontakt zur Pressestelle der AOK NordWest:

Jens Kuschel
Andrea Eisenplässer
Andrea Gahrens
Birte Jansen
Jörg Jockisch
Jörg Lewe
Michaela Tietze

Kopenhagener Str. 1
44269 Dortmund

Telefon: 0231 4193-505528
Mobil: 01520 1566 136
E-Mail: presse@nw.aok.de
Web: aok.de/pp/nordwest
X: @AOKNordWest

AOK. Die Gesundheitskasse.

SPARKASSEN IN NRW

Das Bundesland Nordrhein-Westfalen „teilen“ sich der Sparkassenverband Westfalen-Lippe und der Rheinische Sparkassen- und Giroverband.

Mit insgesamt 41 Mitgliedssparkassen in den Regionen Münsterland, Ostwestfalen-Lippe, Ruhrgebiet und Südwestfalen zählt der Sparkassenverband Westfalen-Lippe 1.052 Geschäftsstellen inklusive SB-Geschäftsstellen. Die Sparkassen in Westfalen-Lippe beschäftigen 21.889 Mitarbeiter, darunter 1.400 Auszubildende. Aktuell sind 4,3 Mio. Privatgirokonten verzeichnet. Im ersten Halbjahr 2026 kamen die westfälisch-lippischen Sparkassen auf eine Bilanzsumme von 171,7 Mrd. Euro.

Die insgesamt 27 rheinischen Sparkassen (Stand E 919 nde 2024), darunter 314 SB-Geschäftsstellen, unter anderem in großen Städten wie Aachen, Köln, Düsseldorf und Wuppertal. 25.169 Menschen arbeiten für die rheinischen Sparkassen, davon befinden sich 1.846 in einer Ausbildung. Die Zahl der Girokonten beläuft sich auf 5,1 Mio. Für das Jahr 2025 erzielten die rheinischen Institute eine Bilanzsumme von 195,8 Mrd. Euro.



Foto: Lumina Images/stock.adobe.com

Sparkassenverband Westfalen-Lippe



Kommunikation:
Andreas Löbbe
Tel.: 0251 2104-609
presse@svwl.eu
www.svwl.eu

Rheinischer Sparkassen- und Giroverband

Kommunikation und Medien

Notker Becker

Postfach 10 42 64
40033 Düsseldorf
Tel. 0211 38 92-232
presse@rsgv.de
www.rsgv.de

Sparkasse am Niederrhein

Pressesprecher und Abteilungsleiter:
Dr. Jörg Zimmer
Pressereferent: Holger Schmitz
Sekretariat: Martina Kubica
Ostring 4-7 · 47441 Moers
Telefon: 02841 / 206-2352
www.sparkasse-am-niederrhein.de

Unsere Sparkasse ist jetzt 182 Jahre alt und zugleich eines der digitalsten Kreditinstitute in Deutschland. Neben der persönlichen Beratung vor Ort schätzen unsere Kunden das vielfältige Angebot unserer rund um die Uhr geöffneten Internet-Filiale. Wir sind über diverse Messenger-Dienste oder via Videoberatung zu erreichen, telefonisch sowieso und über unsere Online-Terminvereinbarung bieten wir persönliche Wunschtermine – auch außerhalb der Öffnungszeiten. Unsere Sparkassen-App, die mehr als 20 Millionen Kundinnen und Kunden nutzen, ist Testsiegerin der Stiftung Warentest, seit kurzem bietet sie auch ein kostenloses Wertpapierdepot. Vor mehr als 25 Jahren waren wir die erste deutsche Sparkasse mit einer tagesaktuellen Online-Zeitung. Der Sparkassen-Kurier bietet unter **www.sparkasseamniederrhein.de** aktuelle Pressemitteilungen sowie ein bis in das Jahr 2000 zurückreichendes Archiv. Unsere Abteilung für Presse und Kommunikation erreichen Sie jederzeit unter der Rufnummer **02841 / 206-2688**.



GESUNDHEIT

Bei Fragen rund um die Apotheke und die Versorgung mit Arzneimitteln stehen wir jederzeit gern zur Verfügung.



Jens A. Krömer
Apothekerkammer
Nordrhein
0211 8388-119
j.kroemer@aknr.de



Sebastian Sokolowski
Apothekerkammer
Westfalen-Lippe
0251 52005-82
s.sokolowski@akwl.de

Als Körperschaften des öffentlichen Rechts sind die Apothekerkammern Teil der berufsständischen Selbstverwaltung. In NRW vertreten sie die Interessen der rund 20.700 Kammerangehörigen, die in öffentlichen Apotheken, Krankenhäusern, Wissenschaft, Industrie und Verwaltung oder bei der Bundeswehr tätig sind. Die Apotheke vor Ort übernimmt eine hoheitliche Aufgabe: die sichere, vom Heilberuf getragene, wohnortnahe Versorgung der Menschen mit Arznei und Hilfsmitteln, 365 Tage im Jahr, rund um die Uhr.

WEIL ES UM MENSCHEN GEHT.
DIE APOTHEKE.

FINANZEN & VERSICHERUNGEN

Deutsche Rentenversicherung
Rheinland

Mehr Durchblick bei Reha und Rente

Francesco Fronholt
Leiter Referat Presse und Information
Königsallee 71, 40215 Düsseldorf
Telefon: 0211 937-2926
francesco.fronholt@drv-rheinland.de
Ausbildung bei uns: www.perfekt-starten.de
www.deutsche-rentenversicherung-rheinland.de



Deutsche Rentenversicherung
Westfalen

Fragen zu Rente, Reha oder Prävention?

Sara Schwedmann
Pressesprecherin
Gartenstraße 194, 48147 Münster
Telefon 0251 238-2049
sara.schwedmann@drv-westfalen.de
www.deutsche-rentenversicherung-westfalen.de



Branchenspecial: Kliniken & Krankenhäuser in NRW

JOURNAL Ausgabe 1/2027 | Anzeigenschluss: 10.03.2027

Bei Fragen steht Ihnen gerne Meinhard Drucks,
RDN Verlags GmbH, zur Verfügung
Tel.: 02361 490491-13 | Mail: m.drucks@rdn-online.de



GELSENWASSER

Wasser, Abwasser, Kreislaufwirtschaft, Energie

WIR HELFEN WEITER.

Heidrun Becker
Pressesprecherin
Telefon: +49 209 708-247
presse@gelsenwasser.de
www.gelsenwasser.de

André Ziegert
Stellvertretender Pressesprecher
Telefon: +49 209 708-714
www.gelsenwasser-blog.de

Branchenspecial: Energieversorger in NRW

JOURNAL Ausgabe 4/2026
Anzeigenschluss: 07.12.2026

Bei Fragen steht Ihnen gerne
Meinhard Drucks, RDN Verlags GmbH,
zur Verfügung
Tel.: 02361 490491-13
Mail: m.drucks@rdn-online.de

Pressestellen: Branchenspecials im DJV-JOURNAL

Das JOURNAL ist das Medienmagazin für NRW und erreicht 9.000 Journalistinnen und Journalisten sowie sämtliche Redaktionen des Landes. Zeigen Sie Gesprächsbereitschaft mit Ihrer Pressestellen-Anzeige:

JOURNAL 3/2026:
Energieversorger in NRW | Aus- & Weiterbildung für Journalisten
Anzeigenschluss: 07.12.2026

1/8-Seite	(88B x 59H mm)	s/w	155,– Euro	1/4-Seite	(88B x 123H mm)	4c	395,– Euro
1/8-Seite	(88B x 59H mm)	4c	250,– Euro	1/4-Seite	(180B x 59H mm)	s/w	310,– Euro
1/4-Seite	(88B x 123H mm)	s/w	310,– Euro	1/4-Seite	(180B x 59H mm)	4c	395,– Euro

Druckvorlagen & Gestaltung – Sie haben die Wahl:
1. Gestaltung durch den Verlag nach einheitlichem Muster mit allen wichtigen Informationen (Ansprechpartner mit Themengebieten innerhalb der Pressestelle, Kontaktdaten, Unternehmenslogo).
2. Übersendung einer gestalteten Anzeige (pdf-Datei).

Info & Buchung: RDN Verlags GmbH
Meinhard Drucks · 02361 490491-13 · E-Mail: m.drucks@rdn-online.de

SEIT 1803

Krombacher

Unternehmenskommunikation

presse@krombacher.de
www.krombacher.de/presse

Peter Lemm
Leiter Unternehmenskommunikation
Telefon: +49 (0) 2732 880 813
E-Mail: p.lemm@krombacher.de

Pia Munschek-Jung
Abteilungsleiterin Unternehmenskommunikation
Telefon: +49 (0) 2732 880 499
E-Mail: p.munschek-jung@krombacher.de

Krombacher Brauerei Bernhard Schadeberg GmbH & Co. KG
Hagener Straße 261 · 57223 Kreuztal

VELTINS

Brauerei C. & A. Veltins

Ulrich Biene
Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
☎ 0 29 34 / 959 325 @ ulrich.biene@veltins.de

Kerstin Raschke
Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
☎ 0 29 34 / 959 327 @ kerstin.raschke@veltins.de

Julia Schuchardt
Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
☎ 0 29 34 / 959 326 @ julia.schuchardt@veltins.de

An der Streue
59872 Meschede-Grevenstein
Medienservice: www.bierpresse.de

Branchenspecial: Aus- & Weiterbildung für Journalisten

JOURNAL Ausgabe 4/2026
Anzeigenschluss: 07.12.2026

Bei Fragen steht Ihnen gerne
Meinhard Drucks, RDN Verlags GmbH,
zur Verfügung
Tel.: 02361 490491-13
Mail: m.drucks@rdn-online.de

Communications

DEICHMANN

Für alle Medienanfragen erreichen Sie uns unter:

E-Mail:
presse@deichmann.com

Christopher Zurheiden
Leitung

Sonja Schröder
Corporate Communications

Katharina Martin
Product Communications

DEICHMANN SE, Deichmannweg 9, 45359 Essen

SEMINARE

Kreatives Schreiben mit KI

Wie viele Möglichkeiten zur Kreativität stecken in Texten mit generativer KI? Welche KI-Chatbots haben dafür welche Vorteile? Dieser halbtägige Online-Workshop zeigt, wie man kreative Ideen für Texte entwickeln kann, wie dabei bekannte Kreativitätstechniken zum Einsatz kommen können und wie man sicherstellt, dass es zu 100 Prozent der eigene Text bleibt. Im Zentrum stehen praktische Übungen.



Datum: 9.12.2026 / Zeit: 9:30 – 13:30 Uhr
Mitglieder: € 54,00 |
Nichtmitglieder: € 82,00

Mehr Informationen zu den Seminaren und zur Anmeldung

KI-Wissen zur Mittagszeit: Sechsteiliges Seminar rund um Künstliche Intelligenz

Dieser Online-Workshop vermittelt Informationen zum Thema KI kompakt und praxisnah. Vom 10. November bis zum 15. Dezember gibt es jeweils dienstags zwischen 12 und 13 Uhr handfestes KI-Wissen im Vortragsformat. Zwischen den Terminen können die Teilnehmenden die besprochenen Tools und Arbeitsschritte in ihrem Arbeitsalltag direkt ein- und umsetzen. Nach dem Einstieg am ersten Dienstag behandelt die Seminarreihe die Einsatzmöglchkeiten von KI in der Recherche, beim Schreiben und Redigieren, für den Social-Media-Auftritt, für das Generieren von Fotos, Audios und Videos und für die SEO-Optimierung. Die Module der Reihe sind nicht einzeln buchbar. Zu jedem Workshop gibt es eine ausführliche Präsentation, die den Teilnehmenden im Anschluss zur Verfügung gestellt wird.



Datum: 10.11. – 15.12.2026 / Zeit: 12 – 13 Uhr
Mitglieder: € 99,00 | Nichtmitglieder: € 149,00

Von der Planung bis zur Finanzierung: So gelingt meine Auslandsrecherche

Andere Länder und Kulturen bereisen, vor Ort recherchieren und anschließend spannende Reportagen veröffentlichen – das ist und bleibt ein Traumziel vieler Medienschaffender. Aber wie geht man es am besten an? Dieses Kompaktseminar zeigt euch, wie Ihr Auslandsrecherchen strategisch plant und finanziell auf solide Beine stellt. Ihr erhaltet konkrete Tipps zu Honoraren und Reisebudgets in Redaktionen, zur Mehrfachverwertung von Themen, zu Stipendien sowie Anlaufstellen und Programmen. Gleichzeitig erfahrt Ihr, wann und wofür es sich bei Auslandsrecherchen lohnt, auch mal selbst Geld in die Hand zu nehmen. An Beispielen aus der Praxis lernt Ihr, wie sich typische Fallstricke bei Recherchereisen vermeiden bzw. lösen lassen – etwa hohe Kosten und Bürokratie bei Visum und Akkreditierung oder Frust bei Interviewanfragen, die ins Leere laufen.



Datum: 3.11.2026 / Zeit: 9:30 – 13:30 Uhr
Mitglieder: € 54,00 | Nichtmitglieder: € 82,00

BERGISCHER JOURNALISTENVEREIN

50 JAHRE: ULRIKE KAISER


Foto: Frank Sonnenberg

Ulrike Kaiser gehört zu den Menschen, die im DJV seit Jahrzehnten in verschiedenen Funktionen präsent sind. Immer freundlich, sachlich, voller Energie und dabei auf das Wesentliche, auf den Kern der Dinge fokussiert. Die 1952 in Remscheid Geborene war Chefredakteurin des *journalist*, Pressesprecherin des DJV und stellvertretende Bundesvorsitzende. Vom DJV-NRW entsandt, saß sie fast vier Jahrzehnte in der Medienkommission der Landesanstalt für Medien NRW (siehe dazu auch „Wichtig ist der öffentliche Diskurs“, Seite 18).

In den Journalismus startete Ulrike Kaiser 1970 mit einem Volontariat bei der Rheinischen Post, wo sie anschließend bis 1976 als Redakteurin arbeitete. Es folgte ein Pädagogik-Studium in Bielefeld. Mit dem Diplom in der Tasche fand sie 1981 eine Anstellung als Referentin am Deutschen Institut für publizistische Bildungsarbeit Haus Busch. Die Leitung des *journalist* übernahm sie 1985 und prägte das Magazin bis 2007. Für einen dort erschienenen Text, der Schleichwerbung in der Serie Marienhof aufdeckte, wurde sie 2005 zusammen mit Volker Lilienthal mit dem Bert-Donnepp-Preis ausgezeichnet. Nach dem Ausscheiden aus der Redaktion wurde sie 2007 zur stellvertretenden Bundesvorsitzenden des DJV gewählt und übte dieses Amt bis 2015 aus.

In allen Stationen ihres beruflichen Lebens und darüber hinaus hat Ulrike Kaiser sich für journalistische Aus- und Weiterbildung sowie Qualitätssicherung eingesetzt. Bis heute ist sie in der Initiative Qualität im Journalismus aktiv, die sie im Jahr 2000 mitgegründet hat.

Gemeinsam mit ihrem Mann Lothar Kaiser, ehemaliger stellvertretender Vorsitzender des DJV-NRW und vor seiner Pensionierung Studioleiter beim WDR in Wuppertal, hat sie eine Stiftung gegründet, die Einrichtungen der Jugendhilfe, Kultur und Sport sowie hilfsbedürftige Personen in Remscheid unterstützt. Auch wenn Ulrike Kaiser heute nicht mehr so oft selbst schreibt, ist für sie klar: Journalistin ist mehr als eine Berufsbezeichnung. Es ist eine Identität./**Corinna Blümel**

KÖLNER JOURNALISTEN-VEREINIGUNG

60 JAHRE: ROUMIANA TASLAKOWA

Der Lebensweg der in Sofia geborenen Journalistin und Autorin Roumiana Taslakowa ist von zwei Kulturen geprägt: der bulgarischen und der deutschen. Aber auch der Kalte Krieg und der Fall des Eisernen Vorhangs spielten eine große Rolle in ihrem Leben. Im Alter von 17 Jahren flüchtete sie in den Westen. Das kommunistische Regime verurteilte sie damals in Abwesenheit zu fünf Jahren Gefängnis wegen Republikflucht.

Nach einem Studium der Betriebswirtschaft und Slawistik in Köln begann sie 1963 als Übersetzerin und Sprecherin in der frisch gegründeten bulgarischen Redaktion der Deutschen Welle (DW). Schnell stieg sie dort zur Redakteurin auf und blieb dem Auslandssender 45 Jahre treu. In dieser Zeit initiierte Taslakowa die Herausgabe zahlreicher Bücher – mit ausgewählten Texten aus DW-Sendungen und von namhaften bulgarischen Autoren wie Alexander Andreev, Mirela Ivanova, Ivan Kulekov und Emmy Barouh.

Bis 1989 gehörte die DW zu den wichtigsten unabhängigen Informationsquellen für Menschen in Bulgarien. Nach der Wende war der Demokratisierungsprozess in Bulgarien ein wichtiges Thema.


Foto: Carmen Molitor

Im letzten Jahrzehnt bei der DW übernahm Roumiana Taslakowa die Leitung des Bulgarischen Programms und nutzte die Funktion, um es zu reformieren. Auch im Ruhestand bleibt ihr der Austausch zwischen Deutschland und Bulgarien ein großes Anliegen./**Corinna Blümel**

VEREIN DÜSSELDORFER JOURNALISTEN

PRAXISLUFT GESCHNUPPERT

von Stanley Vitte

Was machen Studierende der Geisteswissenschaften, die sich für das Berufsfeld Journalismus interessieren? In Düsseldorf besuchen sie den Praxistag Journalismus, den der Verein Düsseldorfer Journalisten (VDJ) seit 2023 jeden Sommer in Kooperation mit der Heinrich-Heine-Universität veranstaltet.

Auch dieses Jahr war der Saal im Haus der Universität gut gefüllt und die Studierenden hatten zahlreiche gute Fragen mitgebracht: Wie bleibe ich unabhängig, wenn meine Reichweite von Klicks und Algorithmen abhängt? Was machen Journalistinnen und Journalisten noch, wenn die KI immer besser wird? Wie können Redaktionen das Vertrauen beim Publikum aufrechterhalten? Welche Rolle spielt Subjektivität im journalistischen Arbeiten? Welche journalistischen Fähigkeiten sind in Zukunft noch gefragt? Und kann man davon gut leben?

„Der Praxistag bietet Studierenden jedes Jahr spannende Einblicke in den journalistischen Berufsalltag – mit Diskussionsrunden, praktischen Übungen und vielen Möglichkeiten zum Austausch mit erfahrenen Medienprofis“, erklärte der VDJ-Vorsitzende Stanley Vitte, der die Tagung im Jahr 2023 ins Leben gerufen hat und sie seitdem jährlich koordiniert und moderiert.

Media-Safari und Speeddating

Das Programm begann mit Vivien Leue vom Landesvorstand des DJV-NRW, die im offenen Talk nicht nur den Wert des Journalismus für Demokratie und Gesellschaft verdeutlichte, sondern den Studierenden auch Rede und Antwort stand bei Fragen zu Berufseinstieg, Handwerk und Freiberuflichkeit. Danach absolvierten die Studierenden in Kleingruppen mehrere Praxis-Stationen, indem sie beim Hochschulradio bei einer Nachrichtensendung gastierten, im Medienlabor vor Greenscreen in die Kamera sprachen und beim VDJ ein schnelles Gewerkschaftsquiz absolvierten.

Höhepunkt der Veranstaltung war schließlich das Speeddating mit erfahrenen Journalistinnen und Journalisten, die einst selbst in Düsseldorf studiert haben und heute fest im Beruf stehen. Jeweils drei Gruppen kamen hier intensiv ins Gespräch mit Uwe-Jens Ruhnau (Chefreporter der Rheinischen Post), Hannah Monderkamp (Mitglied der heise-Chefredaktion) und Lucas Krol (RTL-Journalistenschule).

Austausch und Nachwuchsförderung

Stanley Vitte führte durch den Tag, die stellvertretende VDJ-Vorsitzende Constanze Tillmann dokumentierte das Geschehen fotografisch, und Beisitzerin Marie Kirschstein lud Studierende zum „Job-Roulette des Journalismus“ ein. Durch einen Dreh am Glücksrad konnten sie auf spielerische Weise diverse redaktionelle Berufe kennenlernen und dabei etwas gewinnen: Marsella und Rika ergatterten jeweils einen Gutschein für das Seminar-Angebot des DJV-NRW, Mia sogar eine einjährige Schnupper-Mitgliedschaft im DJV.

Über den informellen Ausklang in der Düsseldorfer Altstadt existiert zwar kein Protokoll, aber im Evaluations-Fragebogen äußerten sich die Studierenden fast ausnahmslos positiv über den Praxistag („Gutes Programm, viel Abwechslung, nette Leute“). Auch DJV-Landesvorständin Vivien Leue zog ein positives Fazit: „Es macht mir Mut zu sehen, wie viele junge Menschen sich auch in diesen Zeiten für einen Beruf im Journalismus oder in den Medien interessieren. Sie sind mit interessanten und sehr relevanten Fragen angereist.“||



Kritische Diskussionen, praktische Übungen und vertrauensvolle Gespräche bot der Praxistag Journalismus. | Foto: Constanze Tillmann

VEREIN DÜSSELDORFER JOURNALISTEN
Vorsitzender: Stanley Vitte
Tel. 0163 4201563
vorstand@duesseldorferjournalisten.de |
www.djv-duesseldorf.de

JOURNALISTENKREIS EMSCHER LIPPE

AUF TOUR ZUR IGA-BAUSTELLE

von Manfred Wieczorek

„Sie werden heute viel Fantasie brauchen, um sich vorzustellen, wie das hier bald aussehen soll“, sagte Sascha Fox zur Begrüßung seiner Gäste vom Journalistenkreis Emscher Lippe (JK EL). Im April 2027 wird die Internationale Gartenausstellung im Gelsenkirchener Nordsternpark, einem ehemaligen Zechenareal, eröffnet. Statt eines Sommerfestes hatte sich der Journalistenkreis für eine Exkursion über das Gelsenkirchener IGA-Gelände entschieden, das neben Dortmund und Duisburg zu den großen Standorten der IGA zählen wird.

Doch bevor es mit dem rund vier Kilometer langen Rundgang über das IGA-Gelände und einem Ausblick auf die Zukunft losging, blickte Reinhold Adam erst einmal zurück. Er war Bergmann auf der Zeche Nordstern und engagiert sich in einem Geschichtsforum. „Als hier der erste Schacht abgeteuft wurde, war es die nördlichste Zeche, daher der Name. Über hundert Jahre später war sie dann ganz im Süden des Kohlereviers“, erinnert er an die Geschichte des Bergbaus. Nicht zum ersten Mal soll es hier eine blühende Zukunft geben. Schon 1997 gab es in Gelsenkirchen eine Bundesgartenausstellung.

Der ehemalige Kohlebunker der Zeche sei schon während der BuGa eines der Highlights gewesen, erläuterte Sascha Fox. Hier soll der Greentower entstehen, mit einer Plattform für Besucherinnen und Besucher, die vom begrünten Kohlebunker einen weiten Ausblick über das Areal genießen werden. Wenn es denn in wenigen Monaten so weit ist – noch ist es eine mit Planen verhängte Baustelle.

Auch an einer der nächsten Stationen ist Fantasie gefragt. Direkt am ehemaligen Kohlehafen der Zeche Nordstern wird ein Steg gebaut, hier sollen Wasserbecken entstehen. Mit Blick auf die Baumaschinen erahnt man ein wenig, wie es einmal aussehen soll. Sascha Fox beunruhigt all das nicht. Er ist überzeugt, dass zum Start der IGA 2027 alles fertig sein wird.

Ein wenig „fertig“ waren dann auch alle, die an diesem warmen Julitag am Rundgang teilgenommen hatten. Zum Abschluss ging es ins Pottgold. Im Restaurant eines Golfclubs inmitten der ehemaligen Galopprennbahn in Gelsenkirchen-Horst gab es zur Stärkung Currywurst und vegetarische Gerichte bei diversen Kaltgetränken.

In dieser Runde war auch June Domke dabei. Die Stipendiatin des Journalistenkreises studiert an der Westfälischen Hochschule in Gelsenkirchen-Buer und in Uganda Journalismus und PR. Sie entführte mit ihrem Bericht aus Uganda dann noch in eine völlig andere Welt.||

JOURNALISTEN-KREIS EMSCHER-LIPPE
Vorsitzende: Andrea Groß
jk-el@djv-nrw.de | djv-nrw.de/jk-el



Anstelle eines Sommerfestes lud der Journalistenkreis Emscher Lippe zu einer Exkursion über das Gelände der IGA 2027 ein. | Foto: Manfred Wieczorek

PRESSECLUB NIEDERRHEIN

NIEDERRHEIN-LEUCHTE FÜR PFARRER DAVID GRÜNTJENS

von Chrismie Fehrmann

Pfarrer David Grüntjens ist der neue Träger der Niederrhein-Leuchte, die der Presseclub Niederrhein (PCN) in regelmäßigen Abständen verleiht. Sie geht jeweils an eine Person, die ein vertrauensvolles, offenes und ehrliches Miteinander mit Journalistinnen und Journalisten pflegt, sie ernst nimmt und ihre Arbeit versteht. Dies alles trifft auf den stadtbekannten Pfarrer von St. Dionysius in Krefeld zu.

„David Grüntjens weiß, dass Medien keine Gegner sind, sondern ein wesentlicher Bestandteil unserer offenen Gesellschaft" sagte Sigrid Baum, die Vorsitzende des PCN, in ihrer Lobrede. „Wo andere ausweichen, sucht er das Gespräch. Wo Misstrauen entstehen könnte, schafft er Transparenz."

Vielleicht kommt das daher, dass er bereits als Siebenjähriger Kontakt mit der Presse hatte. Damals stoppte er mit Klassenkameraden und in Begleitung der Polizei vor der Fabrik Heeder Autofahrer, die zu schnell gefahren waren. Über diese Aktion wurde berichtet. „Ich habe also schon früh mit der Zeitung angefangen", berichtet er mit einem Lächeln. „Heute weiß ich, dass Pressearbeit für die Kirche wichtig ist. Die Journalisten transportieren für uns relevante Themen und informieren die Leute. Pressearbeit ist keine Einbahnstraße."

Grüntjens' Kontakte mit Redaktionen und Öffentlichkeit sind umfassend, er ist selbst ein Medien-Profi. Baum verwies auf seinen eigenen Wikipedia-Eintrag. Danach sei er nicht nur Pfarrer, sondern auch Spiegel-Bestseller-Autor und Influencer und vielleicht ja auch zukünftig in einem Comic vertreten? In seinem Podcast „Frengels & Chef", den er gemeinsam mit Gemeindereferentin Michelle Engel betreibt, lasse er Kirche „in einem lebendigen, modernen und menschlichen Licht erscheinen".

Die Leuchte, die für eine hervorleuchtende Persönlichkeit steht, sei einer römischen Öllampe nachempfunden, erklärte PCN-Vorstandsmitglied Chrismie Fehrmann. Gefunden wurde das Original in einem der berühmten 6 000 Römer-Gräber in Krefeld-Gellep, dem früheren Gelduba.

Die Auszeichnung wird seit 1985 verliehen, lange Jahre von der Niederrheinischen Journalisten-Vereinigung Krefeld, die seit 2023 zum Presseclub Niederrhein gehört (siehe Kasten). Zu den Preisträgern der Vergangenheit zählen unter anderem Generalintendant Michael Grosse, Zoodirektor Wolfgang Dreßen und David Pastors, Geschäftsführer der Action Medeor in St. Tönis. David Grüntjens ist mittlerweile der vierte Pfarrer auf der Liste.||

Doppelte Leuchte

Unschwer zu erkennen: Die Niederrhein-Leuchte gibt es doppelt. Früher haben zwei benachbarte Ortsvereine sie gemeinsam im Wechsel verliehen: die Niederrheinische Journalisten-Vereinigung Krefeld, die 2023 im PCN aufging, und der Niederrheinische Presseverein (siehe rechts). Jetzt wurde die Auszeichnung parallel vergeben.



Mit der Niederrhein-Leuchte zeichneten PCN-Vorstandsmitglied Chrismie Fehrmann (l.) und PCN-Vorsitzende Sigrid Baum den Krefelder Pfarrer David Grüntjens aus. | Foto: Andreas Bischof/Presseclub Niederrhein

PRESSECLUB NIEDERRHEIN
Vorsitzende: Sigrid Baum
Tel. 0 28 35/44 01 24
SigridBaum@gmx.de |
www.presseclub-niederrhein.de



V. l. n. r.: Herbert Baumann und Michael Obst zeichneten Karl Sasserath, den langjährigen Leiter des Arbeitslosenzentrums (ALZ), in Gegenwart von Mönchengladbachs Oberbürgermeister Felix Heinrichs mit der Niederrhein-Leuchte 2026 aus. | Foto: Markus Rick/Niederrheinischer Presseverein

NIEDERRHEINISCHER PRESSEVEREIN

DIE „STIMME DER ANDEREN“ AUSGEZEICHNET

von Michael Obst

Journalistinnen und Journalisten vom Niederrhein haben die Niederrhein-Leuchte 2026 in einer Feierstunde in Anwesenheit von Mönchengladbachs Oberbürgermeister Felix Heinrichs und mehr als 60 Gästen an Karl Sasserath verliehen. Der langjährige Vorstand des Arbeitslosenzentrums e.V. (ALZ) wurde als die „Stimme der anderen“ gewürdigt, weil er seit mehr als vier Jahrzehnten unermüdlich Menschen Gehör verschafft, die in der Öffentlichkeit nicht immer angemessen wahrgenommen werden.

Michael Obst, Vorsitzender des Niederrheinischen Pressevereins: „Karl Sasserath ist in Mönchengladbach bekannt als Stimme, die sich einmischt, wenn soziale Fragen auf der Tagesordnung stehen, aber auch als engagierter Lokalpolitiker, der das öffentliche Leben in Mönchengladbach unter anderem als Bezirksvorsteher geprägt hat.“

Auch den Medienpreis des Deutschen Journalisten-Verbandes am Niederrhein gibt es seit mehr als vier Jahrzehnten (siehe Kasten auf Seite 62). Verliehen wird dieser an Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die sich durch einen offenen, fairen und transparenten Umgang mit den Medien auszeichnen. Er richtet sich besonders an Menschen, die Journalistinnen und Journalisten nicht als Gegner betrachten, sondern als notwendigen Teil einer demokratischen Öffentlichkeit.

Mit der Niederrhein-Leuchte setzt der DJV-Regionalverband in Mönchengladbach ein Zeichen für Offenheit statt Abschottung, für Dialog statt Sprachlosigkeit, für Transparenz statt Hinterzimmer und für Respekt gegenüber der Arbeit der Journalistinnen und Journalisten in freien und unabhängigen Medien. „Diesen Kriterien entspricht Karl Sasserath in besonderer Weise“, betonte Michael Obst. „Während die Niederrhein-Leuchte Licht ins Dunkel bringt, bringt Karl Sasserath Menschen ins Licht.“

Wer die Niederrhein-Leuchte erhält, wird deshalb nicht nur für seine Leistungen geehrt. Ausgezeichnet wird zugleich eine Haltung: die Bereitschaft, Öffentlichkeit auszuhalten, Fragen zu beantworten und den Dialog mit Medien und auch mit Bürgerinnen und Bürgern ernst zu nehmen.

Herbert Baumann, langjähriger Redakteur der Westdeutschen Zeitung (WZ) und heute ehrenamtlich Vorstandsmitglied im Arbeitslosenzentrum e.V., nahm die Gäste mit auf eine Zeitreise von der Selbsthilfegruppe arbeitsloser Menschen bis zum professionell aufgestellten Verein, der zunehmend auch Geflüchtete betreut, die ins Arbeitsleben eingegliedert werden wollen.

Angesichts der Tatsache, dass die Niederrhein-Leuchte und Karl Sasserath jeweils seit vier Jahrzehnten im Licht der Öffentlichkeit stehen, nannte der Leiter des Arbeitslosenzentrums es eine besondere Ehre, von den Journalistinnen und Journalisten am Niederrhein gewürdigt zu werden, die seinen Lebensweg so lange begleitet haben.||

NIEDERRHEINISCHER PRESSEVEREIN
Vorsitzender: Michael Obst
Tel. 02161/270 2010
michael.obst@relations-co.de |
www.niederrheinischer-presseverein.de

BONNER JOURNALISTENVEREINIGUNG

DISKRETE MATHEMATIK UND KONKRETE KUNST

von Monika Freitag-Doering

Wer mal schnell eine Rechenaufgabe lösen will, macht dies heutzutage ruckzuck mit dem Handy. Doch Geräte zum Rechnen sind keine Erfindung der Neuzeit. Bereits im 17. Jahrhundert gab es Rechenmaschinen, die oft als prunkvolle Schaustücke Herrschern und Wissenschaftlern vorbehalten waren. Über das Rechnen in früheren Zeiten informierte sich die Bonner Journalistenvereinigung (BJV) im Rahmen ihres Sommerfestes. Besucht wurde das „Arithmeum", das nicht nur ein Museum ist, sondern auch das Forschungsinstitut für Diskrete Mathematik der Universität Bonn beheimatet.

Die Sammlung historischer Rechenmaschinen mit mehr als 10 000 Exponaten gelte als weltweit führend, betonte Direktorin Prof. Dr. Ina Prinz in ihrer Begrüßung. Sie gab einen kurzen Einblick in die Entwicklungsgeschichte des Museums, die bereits in den 1970er-Jahren begann, als Mechanik durch Elektronik ersetzt wurde. Der Gründer und Stifter der Museums-Sammlung, Prof. Dr. Bernhard Korte, begann noch während seines Mathematikstudiums, historische Rechenmaschinen zu sammeln. Diese bildeten später den Grundstock des Arithmeums, das 1999 eröffnet wurde.

Ina Prinz, heute Professorin für Mathematik- und Informatikgeschichte, galt damals mit 24 Jahren als jüngste Museumsleiterin Deutschlands. Sie unterstrich die Einzigartigkeit des klar und modern gestalteten Hauses, das eine Schatzgrube nicht nur für Fans des Rechnens ist. Neben historischen Rechenmaschinen mit prunkvollen und originellen Unikaten zeigt das Museum unter anderem frühe Computerentwicklung bis hin zu modernen Logikchips.

Auf großes Interesse stieß bei der Führung auch die Bibliothek des Arithmeums, die mit rund 4 000 Werken der frühen Mathematikgeschichte (das älteste Werk ist eine Handschrift aus dem 14. Jahrhundert) als eine der weltbesten ihrer Art gilt. Eine aktuelle Sonderausstellung der Privatsammlung Pohl-Goldschmidt zeigt mathematische und wissenschaftliche Instrumente der Renaissance. Und auch Kunst hat im Arithmeum ihren Platz – mit geometrisch-konstruktiven Gemälden der sogenannten Konkreten Kunst.

Im Anschluss an den informativen Besuch ging es in den nahegelegenen Evangelischen Kirchenpavillon, der von den Gemeinden Bonns finanziert wird und allen Bürgerinnen und Bürgern als Bistro-Treffpunkt offensteht. Nachhaltigkeit sei bei den preisgünstigen Mahlzeiten oberstes Gebot, erklärte die Leiterin Franziska Rabus, nichts werde weggeworfen. Die beiden BJV-Vorsitzenden Lambert-Sebastian Gerstmeier und Steffen Heinze informierten über die anstehenden Vorstandswahlen bei der Bonner Journalistenvereinigung im kommenden Jahr. Danach klang das diesjährige BJV-Sommerfest mit einem mediterranen Buffet und angeregten Gesprächen aus.||



Weltweit führend sei das Arithmeum mit seinen historischen Rechenmaschinen, erklärte Direktorin Prof. Dr. Ina Prinz der BJV-Besuchergruppe. | Foto: Alexandra Bartschat

BONNER JOURNALISTENVEREINIGUNG
Vorsitzender: Lambert-Sebastian Gerstmeier
Tel. 02 28/976 394 81
DJV-Bonn@DJV-Bonn.de | www.djv-bonn.de



Foto: Carmen Molitor

Ehrung für langjährige Mitgliedschaft: Stefan Lenz im Gespräch mit Wilfried Kochner (50 Jahre).



Foto: Carmen Molitor

Susanne Heim (60 Jahre), Petra Tabeling (25) und Siegfried Schmidtke (40) teilten die „Themen mit Psy“.

KÖLNER JOURNALISTEN-VEREINIGUNG

„NIE WAR ES SO WICHTIG, MITGLIED IM DJV ZU SEIN“

von Corinna Blümel

Ein Blick auf Jahrzehnte voller Medienwandel und auf journalistische Arbeit in allen Facetten: Das bietet die Jubilarehrung der Kölner Journalistenvereinigung (KJV) alle zwei Jahre. Eine Rolle spielten diesmal auch die zunehmenden Verwerfungen in der Medienlandschaft – im Lokaljournalismus wie aktuell bei DuMont, aber auch bei öffentlich-rechtlichen und privaten Sendern (siehe Rubrik Medienszene ab Seite 34). Vor diesem Hintergrund kam Werner Sonne zu dem Schluss: „Nie war es so wichtig, Mitglied im DJV zu sein.“ Zuvor hatte der ehemalige ARD-Korrespondent vom stellvertretenden Landesvorsitzenden Stefan Lenz Nadel und Urkunde für 60 Jahre im DJV entgegengenommen.

Werner Sonne war einer der 20 von rund 140 Jubiläums-Kolleginnen und Kollegen aus den Jahren 2025 und 2026, die der Einladung des Vorstand gefolgt waren. Neben spannenden Lebensläufen und manchem Wiedersehen mit ehemaligen Kolleginnen und Kollegen gab es an diesem Samstag ein Mittagsbüffet und lebhafte Gespräche.

Nach und nach überreichte Stefan Lenz goldene Nadeln an drei 60er-, einen 50er- und fünf 40er-Jubilarinnen und -Jubilare sowie elfmal Silber für 25 Jahre. Wie immer ergaben sich sich zufällige Gemeinsamkeiten. Da waren die 25er, die von den Einschnitten im Printmarkt betroffen waren: Claudia Freytag, Reiner Thies (zu dem Zeitpunkt noch bei der RRG) und Anzeigenblattredakteurin Montserat Manke. Da waren einige mit aktuellem oder ehemaligem WDR-Bezug: Jana Gerich und Jana Tosic (beide 25), Brigitte Simnacher (40) und Wilfried Kochner (50). Aus dem Deutschlandradio waren Thomas Blümel und Britta Wanger gekommen (beide 25). Auf 25 Jahre blicken auch Christine Elsässer, Claudia Schulte zu Surlage und Constantin Graf von Hoensbroech zurück, die im Bereich Pressearbeit tätig sind.

Einen wissenschaftlichen Hintergrund brachten Susanne Becker (25) und Gerlinde Witte (40) mit. Und Petra Tabeling (25) und Susanne Heim (60) haben sich genau wie Siegfried Schmidtke einen Teil ihres Berufslebens mit Themen rund um Psychologie, Psychiatrie und psychischen Belastungen befasst. Wie Schmidtke es formulierte: „Ich war damals für alles mit Psy zuständig.“

Spannende Einblicke boten auch diejenigen, die in der Vorstellung unter dem Label „Internationales“ zusammengefasst waren. Dazu gehörten der gebürtige Amerikaner Rick Fulker, Helle Jeppsen aus Dänemark (beide 40 Jahre) und Roumina Taslakowa (60 Jahre), die mit 17 vor dem kommunistischen Regime in Bulgarien nach Deutschland geflohen war. Während diese drei für die Deutsche Welle gearbeitet hatten, war Werner Sonnes Heimatsender der WDR, für den er unter anderem aus Washington und Warschau berichtet hatte.

Wie viele im Ruhestand arbeitet Sonne noch und war kurz vor der Ehrung beruflich in Israel. Von seinen Eindrücken aus diesem zerrissenen Land und den anstehenden Wahlen dort hatte er in einem spannenden Hintergrundgespräch am Vorabend der Jubilarehrung berichtet. Ein kurzer Text dazu findet sich auf der Seite der KJV (Link siehe unten).||


Foto: Carmen Molitor

Spannende Einblicke zur Situation in Israel vor den Wahlen bot das Hintergrundgespräch mit Werner Sonne.

KÖLNER JOURNALISTEN-VEREINIGUNG
Vorsitzende: Corinna Blümel
Tel. 02 21/81 67 67
corinna.bluemel@gmx.de | www.djv-koeln.de

Mein Blick auf die Medienwelt – von Claudia Freytag

VON SCHOCK ZU SCHOCK

Die Rheinische Redaktionsgemeinschaft (RRG) begann mit einem Schock. Und dann wurde aus früheren Konkurrenten eine echte Gemeinschaft. Zwischen die meisten von uns passte kein Blatt Papier. Bis zuletzt.

Viele der 63 Kolleginnen und Kollegen, die jetzt ihren Job verlieren, sind wie ich lange vor der RRG für Kölner Stadt-Anzeiger (KStA) oder Kölnische Rundschau (KR) unterwegs gewesen, teils seit Jahrzehnten. Wenn ich durch Köln gehe, sehe ich die Eistütenskulptur auf dem Einkaufszentrum am Neumarkt und denke an die Pressekonferenz, bei der sie vorgestellt wurde; dort war ich in meinen ersten Jahren als freie Mitarbeiterin. Wenn ich durch Siegburg gehe, sehe ich, wo ich die letzten Jahre meines Berufslebens hätte verbringen sollen. Vorbei. Dabei haben wir nichts falsch gemacht. Wir hätten uns in jede neue Technik hineingefuchst, das gehörte seit Jahren zum Alltag. Wir hätten unsere Leserinnen und Leser begleitet in einer anstrengenden Zeit. Wir wären da gewesen.

Als wir Anfang Februar 2014 erfuhren, dass die Außenredaktionen von Kölner Stadt-Anzeiger und Kölnischer Rundschau in eine tariflose Tochtergesellschaft übergehen sollten, arbeitete ich seit einem Jahr am neu geschaffenen Regiodesk des KStA. Dort produzierten wir in der Zentrale die Lokalausgaben außerhalb von Köln. Auch wir mussten wechseln. Und: Von einem Tag auf den anderen hatten wir nicht nur eine Zeitung zu bauen, sondern zwei. Doppelte Arbeit bei gleichbleibender Besetzung, und das bei einem ersten Andruck um 17 Uhr. Das schweißte uns als Team zusammen. Aber es war die quälendste Zeit meines Arbeitslebens.



Der Wendepunkt kam mit unserem Kampf für einen Haustarif. Zuvor hatte ich noch nie gestreikt, weder als freie Mitarbeiterin noch als stellvertretende oder kommissarische Leiterin, zuerst aus Angst, nicht mehr beschäftigt zu werden, dann aus Pflichtbewusstsein. Nach einem ersten Treffen im Brauhaus „Em kölsche Boor“ 2016 wusste ich: Das hier ist zu wichtig, um nicht mitzustreiken. Schließlich hatten wir unseren Haustarifvertrag, zum 1. Januar 2019. Ein besseres Teambuilding, scherzten wir später, hätten unsere Arbeitgeber sich gar nicht einfallen lassen können.

Am Regiodesk überstanden wir die Trennung durch das Homeoffice, durch Corona, wir überstanden das in die Cloud verlagerte und eindeutig verschlechterte Redaktionssystem, die ständigen Umzüge innerhalb des Hauses – bis zur Auflösung der Abteilung.

Dass das auch das Ende meiner Leitungsfunktion bedeutete, war für mich außer ein paar Schrammen fürs Ego kein Problem. Meine Kolleginnen und Kollegen in Siegburg, dorthin wurde ich versetzt, kenne ich schon lange. Und ich war öfter in der Redaktion als im Homeoffice, zum ersten Mal seit sechs Jahren.

Es wäre eine gute Zeit geworden: noch einmal Lokalredaktion, vielleicht wieder mehr schreiben, anstatt nur zu layouten. Noch einmal eine Ausgabe aktiv mitgestalten. Stattdessen endet die RRG wie sie angefangen hat: mit einem Schock. Ich muss mein bisheriges Berufsleben in eine Kiste packen. Und ich muss einen Ort finden, wo ich sie abstellen kann, um wieder nach vorn zu sehen.||

Das war die RRG

Die Rheinische Redaktionsgemeinschaft (RRG) entstand 2014 aus den Umland-Lokalredaktionen des Kölner Stadt-Anzeiger und der Kölnischen Rundschau in Bergisch Gladbach, Siegburg, Brühl/Bergheim, Gummersbach und Euskirchen/Gemünd sowie dem Regiodesk in Köln. Die Belegschaft der zunächst tariflosen RRG erkämpfte mit zähen Verhandlungen und mehreren Streiks einen Haustarifvertrag, der zum 1. Januar 2019 in Kraft trat.

Im Juli 2026 verkündete die Geschäftsführung, dass die RRG ihre Arbeit zum 30. September beendet. Die lokalen Inhalte beider Titel werden stattdessen von Digitalteams einer anderen Gesellschaft der KStA Medien erstellt.

Mehr zur RRG und ihrer rigorosen Abwicklung: „Ein unwürdiges Ende“, Seite 38.

BLUMEN KÖNNEN AUCH SCHLAGZEILEN.

Das größte Gartenfestival Europas 2027!



Klimawandel, Stadtentwicklung, Mobilität, gesellschaftlicher Zusammenhalt: Die IGA 2027 Ruhrgebiet macht die großen Fragen unserer Zeit sichtbar.

Wir unterstützen Sie bei Ihrer Idee und Recherche:
Jascha Habeck
Leitung Medienkommunikation I Pressesprecher
Telefon: +49 201 565 769 44 | E-Mail: j.habeck@iga2027.ruhr

IGA2027.RUHR

Internationale Gartenausstellung 2027
Ruhrgebiet

23. April bis 17. Oktober

Manchmal werden aus Zahlen die besten Geschichten. Oder gleich eine ganze Stiftung.

Der EhrenamtAtlas ist die Vermessung des freiwilligen Engagements in NRW und eine Grundlage für die Gründung der Bingo! Ehrenamtsstiftung NRW.

WESTLOTTO | EhrenamtAtlas Eine Initiative von WESTLOTTO

www.ehrenamtatlas.de

Bingo! Ehrenamtsstiftung NRW

www.bingo-ehrenamtsstiftung.nrw